

**für Horst
keinen
Siebzigsten**



Hallo allerseits,

vielleicht seid ihr gerade auf dem Weg nach Chemnitz, während wir diese Zeilen schreiben, oder bereitet euch schon auf den Erdogan-Besuch vor oder ihr trotz dem Wetter und den Bullen im Hambacher Wald. Wir grüßen euch! Vielleicht sitzt du aber auch alleine vorm Computer und spielst.

Wir schaffen es leider selten, schnell nach dem Einsendeschluss zu erscheinen. Das dauert immer ein bisschen. Deshalb fallen viele Nachrichten und Texte, die wir erhalten hinten rüber, wenn sie sich auf Tagesaktuelles beziehen. Das ist schade, aber nicht zu vermeiden. Das zweitägige Update zu eurer Hausbesetzung wird im Blättchen also keinen Raum bekommen können. Gerne aber z.B. eure Auswertungen.

Wie immer fehlt viel und wie immer wird einiges geboten. Dieses mal berichten wir wie immer von Aktivitäten und Geschehnissen aus der BRD, Europa und der Welt. Vom Lesetipp über die knappe Bekennung und das Interview bis zu langen Grundsatzüberlegungen - von allem was dabei. So finden wir das gut. Was diesmal leider fehlt ist die Chronik - wir geloben Besserung. Was aber vor allem fehlt ist etwas zum NSU-Urteil und auch

allgemein zum Thema Antifa und Antira haben wir wenig drin. Damit das nicht immer so ist, schickt uns gerne Texte dazu! Die Auseinandersetzungen um Faschisierungstendenzen und den autoritären Staat sollten unserer Ansicht nach intensiver geführt werden. Schreibt dazu, was ihr denkt.

Noch eine gute Nachricht: Es gibt eine neue Zeitung! Im Mai 2018 ist die klandestine anarchistische Zeitung *Fantasma* zum ersten mal erschienen. Eine Zeitung, deren Autor_innenschaft „[...] als Unsichtbar-Gemachte über dieses Unsichtbar-Sein“ sprechen und sich über Zuschriften freuen.

Ein Text, den wir zugeschickt bekommen haben, ist draußen geblieben: Die Verfasser_innen vertraten die Meinung, dass der Sozialismus immer national sein müsse – habt ihr eigentlich nen Knall?!

Dank der eingegangenen Spenden können wir ohne Unterbrechung erscheinen. Danke für die Scheinchen!!! Der Wehrmutstropfen bleibt: Es reicht halt für diese Ausgabe. Das Betteln wird unser täglich Geschäft bleiben. Nun: Geld her! Ok: Bitte!

Impressum:

Nr. 34 September-November 2018

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:

autonomes-blaettchen@nadir.org
neuer PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:

962E E3CF F873 19AA 5647
5D93 E37A 4489 E058 5969

ViSdP:

Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Post:

Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:

autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibt's auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unserer Homepage schicken. Wie das funktioniert, wird dort erklärt.

Einsendeschluss:

normalerweise alle drei Monate:
1. Dezember, 1. März, 1. Juni, 1. September

In diesem Blättchen...

RWE im Hambacher Forst: Roden um jeden Preis	4	Smart-TVs	34
Alternative Energien? Wozu dient die Energie?	5	Captain Future	35
Progressiver und regressiver Neoliberalismus		Von (linken) Gemütlichkeiten und anderen Wegen	36
und die völkischen Rechten	8	Rebellion und Schmerz	39
Scherbenbesuch bei Chef der CG-Gruppe	12	Machtwechsel in Armenien	40
glasbruch hanova	13	Wer hat an der Uhr gedreht	44
Über den sogenannten Pflegenotstand	13	Verschärfung der Polizeigesetze:	47
Das Ausbleiben sozialer Kämpfe in Deutschland	16	Knastinterview mit Lisa	50
„Es wird weitere Angriffe geben!“	18	Urteil gegen Krawalle in Rio de Janeiro	52
Für mehr grobe Deutlichkeiten	20	Solidarität nach Nantes!	54
Sabotage während des G7-Gipfels	22	Feindliche Nachschublinie angegriffen	54
Beitrag zur Militanzdebatte	22	Brand von Militärfahrzeugen in Roveré della Luna	55
Ein Funkmast brennt	30	Krieg dem Krieg! Feuer für die DGAP	56
Angriff auf Smart City	32	Als die Welt sich abwandte	58
Mautpfeiler angezündet	34		



**Deutsche Polizisten ...
... Gärtner und Floristen**

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

autonomes
Blättchen



Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

RWE im Hambacher Forst: Roden um jeden Preis

Selten standen die Sterne für den Widerstand so günstig, den politischen Preis für die Kohleverstromung in schwindelerregende Höhen zu treiben. Die Luft wird spürbar dünn für RWE.

Im August war durchgesickert, dass die Polizei in der Zeit vom 22.8.-22.9. mit Räumungen der Besetzungen im Hambacher Forst beginnen will. Die Baumhaussiedlungen hatten in letzter Zeit enormen Zulauf verzeichnet. Die Vorbereitungen auf eine ab 1. Oktober angekündigte Rodung haben lange zuvor begonnen.

Zuletzt hatten Umweltverbände, grüne Politiker und auch Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) darauf gedrängt, die Entscheidung über die Rodung des Waldes so lange auszusetzen, bis sich die sogenannte Kohlekommission über die künftige Verstromung von Braunkohle „geeignet“ habe. Ein solches Moratorium sei auch ein Zeichen an die Umweltaktivisten im Hambacher Forst, die eine Zerstörung des 12 000 Jahre alten Waldes verhindern wollen. Aus Sorge vor einer Eskalation der Gewalt hatte auch der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Michael Mertens, gefordert, man solle „erst reden, dann roden“. Mertens warnte, man dürfe nicht „über Monate hinweg Tausende Polizisten in einen gefährlichen Einsatz schicken, während Politik und Wirtschaft nur kurze Zeit später einen Ausstieg aus dem Braunkohleabbau verkünden“. So habe er vor Jahren den Streit um den Ausstieg aus der Atomenergie erlebt.

NRW-Regierungschef Laschet spricht sich hingegen klar gegen ein solches Moratorium aus und auch der Betreiber RWE hält unbeirrt an der Rodung des letzten verbleibenden Waldstücks unmittelbar zu Oktoberbeginn fest. Die Rodungen seien „ein normaler betrieblicher Vorgang“ und seien „zwingend erforderlich, um die Kohleförderung aus dem Tagebau Hambach sicherzustellen.“

Folgerichtig muss der gesellschaftliche Druck auf RWE weiter erhöht werden - ebenfalls ein innerbetriebliche Notwendigkeit auf Seiten des Widerstands. Aktivist*innen

haben somit in der letzten Augustwoche bereits mächtig die Schlagzahl erhöht:

Autobahn-Sperrung, direkte Angriffe auf die Bullen im Wald mit Zwillen, Steinen und Mollis sowie diverse Spreng-Attrappen in Reaktion auf die massive Polizeipräsenz und diverse Razzien im Wald. In diesem Zusammenhang ist eine Genoss*in am 25.8. festgenommen worden. Die Bullen haben den Hambacher Forst ab 31.8. als „gefährlichen Ort“ definiert - das war lange geplant, um volle Handhabe im klar definierten Konflikt-Monat September zu haben. Die damit möglichen anlasslosen Kontrollen gab es allerdings schon vorher. Und dennoch wird das nichts daran ändern, dass es für RWE noch viel dicker kommen wird.

RWE - ein echter Dinosaurier

Der Wald hat im Kampf um Deutschlands Energieerzeugung schon immer eine zentrale Rolle gespielt. Oft standen Wälder den Konzernen bei der Durchsetzung zentraler Energieerzeugungsphantasien im Weg. Und Bürger, die diese Wälder verteidigten. Im badischen Wyhl, wo einst eines der ersten deutschen Atomkraftwerke entstehen sollte, stellten sich 1975 Tausende schützend vor die Bäume. Erst kapitulierte die Polizei, später auch der Bauherr. Wyhl wurde nie gebaut. Den Taxöldener Forst in der Oberpfalz verteidigten wenige Jahre später Zigtausende gegen die Waldarbeiter. Dabei kämpften sie weniger gegen die Rodung als gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, mit Erfolg. In Gorleben errichteten Gegner die „Freie Republik Wendland“ mitten im Forst - und sorgten dafür, dass der Protest bundesweit Schlagzeilen machte. Diese sollten über drei Jahrzehnte nicht enden.

Wyhl, Wackersdorf, Gorleben - drei Orte, die deutsche Geschichte schrieben. Drei Projekte, die nie Realität wurden. Drei Schauplätze, an denen der Widerstand Konzerne in die Knie zwang, weil nicht nur das Argument, sondern auch die Macht der Bilder auf ihrer Seite war. Und jetzt: der Hambacher Forst.

Die Proteste sind groß und sie wachsen noch weiter. RWE verweist auf rechtskräftige Genehmigungen, die vor Gericht Bestand haben. So wie auch die Bauherren in Wyhl, Wackersdorf, Gorleben Genehmigungen hatten. Genutzt hat es ihnen nichts. Und wenn die RWE-Spitze in der Lage wäre, sich diese Geschichten nüchtern anzuschauen, dann würde auch sie auf die Rodungen verzichten. Sie kann nur verlieren ...

Schreiben wir weiter Geschichte und fahren unsere Angriffe gegen RWE und seine dutzend-fache Gefolgschaft auf Maximum - Jetzt!

militant supporters of Hambacher forest

aktuelle Infos inklusive Wald-Ticker unter:
<https://hambacherforst.org>



Alternative Energien? Wozu dient die Energie?

Zwar wird mittlerweile selbst in bürgerlichen Medien mit vorsichtigem Verständnis über den Widerstand gegen Kohleabbau berichtet, es steht aber selten in Frage, dass die Alternative halt die erneuerbaren Energien seien. Eine entscheidende Frage wird fast nie gestellt: Wofür wird all die Energie überhaupt produziert? Der Großteil für all den Mist, den wir ablehnen: Konsumgesellschaft, individualisierte Mobilität, Militär. Es ist höchste Zeit sich der Frage zu nähern, wozu all die produzierte Energie eigentlich dient. Und wem sie dient. Eine Sicht auf das Thema bietet der Text „Wozu dient die Energie?“ aus dem Buch Die Smartifizierung der Macht.

Er wirft grundsätzliche Fragen auf und zeigt, dass es globalen Widerstand gegen die Politik der Energiekonzerne gibt. Deswegen haben wir ihn unautorisiert gekürzt und ans Blättchen geschickt. (Leude)

Wozu dient die Energie?

[unautorisiert gekürzte Fassung]

An der Küste der Provinz Lecce in Italien, im Standing-Rock-Reservat in North Dakota in den Vereinigten Staaten, in Hythe, einem kleinen Dorf in der Region von Alberta, Kanada, im deutschen Niederzier, im französischen Haute Durance, in der Bourgogne, in der Haute-Vienne oder im finnischen Pyhäjoki – überall leisten Menschen starken Widerstand gegen die Ausbeutung energetischer Ressourcen. Widerstand, der oft die Beschränktheit des legalen Dissens verlässt, um in der offenen Revolte zu münden.

Nun, als Synonym für die Kraft, die dem Leben ermöglicht, sich auszudrücken, läuft die Energie nahezu nie Gefahr, in Frage gestellt zu werden.

Alle fordern sie, weil niemand die Schwäche liebt, die fehlende Mobilität, die Lähmung, (die mit dem Mangel an Energie verbunden wird). Das führt dazu, dass die Akkumulation von Energie, das Finden und Ausbeuten ihrer Quellen, allgemein als totale Selbstverständlichkeit verstanden wird, immer positiv und daher anerkanntswert. Man kann den Gebrauch einiger Energiequellen im speziellen kritisieren, die - wie die Atomenergie - als verschmutzend und gefährlich gelten, aber nicht den Bedarf nach Energie selbst. Und das erklärt, warum auf der einen Seite viele Gegner dazu neigen, die Arroganz beim Vorantreiben der verschiedenen energetischen Projekte und Entscheidungen auf technischer Ebene zu kritisieren, als ihre Zielsetzung.

Auf der anderen Seite erklärt es, warum die Unterstützer dieser Projekte größtes Staunen vorgeben, wenn man es wagt, das zu behindern, was in ihren Augen mehr oder weniger den Fortbestand des Lebens auf dem Planeten bedeutet.

In den Vereinigten Staaten und in Kanada zum Beispiel ist die Zielscheibe der Proteste eine Erdölpipeline. Mit der 2000 Kilometer langen Dakota Access Pipeline (DAP), die beinahe fertig ist, haben sich viele Indianerstämme - angefangen bei den Sioux - auf den Kriegsfuß gestellt. Außer den gewöhnlichen Petitionen und Appellen an die Autoritäten haben die Nachfahren von Sitting Bull vergangenen September ein Lager vorbereitet, das ein Zentrum für die Wahrung der Kultur und für den spirituellen Widerstand gegen die Ölpipeline sein sollte und auf das tausende Demonstranten kamen (unter ihnen viele Weiße). An anderen Orten kam es zu gewaltsamen Zusammenstößen mit den Ordnungskräften. Die Ölleitung würde wichtige historische und religiöse Stätten zerstören und die Wasserreserven gefährden, Die Gegenseite - die Energy Transfer Crude Oil - beharrt darauf, dass diese Ölpipeline das sicherste und am meisten ökologische und ökonomische System für den Transport von Erdöl sei und den Vereinigten Staaten helfen würde, unabhängiger von politisch instabilen Ländern zu werden. Die Pipeline würde auch tausende Arbeitsplätze schaffen.

Auf der anderen Seite der Grenze in Kanada, hat jemand am vergangenen 15. Januar die auf der Baustelle vorhandenen Maschinen benutzt, um einen Abschnitt einer anderen sich in Bau befindenden Ölleitung auszugraben und zu zerstören, wodurch Schäden von 700 000 Dollar verursacht wurden (aber keine für die Umwelt schädlichen Substanzen ausgetreten sind). In der Gegend von Hythe haben in den letzten Jahrzehnten hunderte direkter Aktionen gegen Gas- und Erdölpipelines stattgefunden.

In der Gegend von Niederzier in Westfalen, befindet sich die berühmte Mine von Hambach. Braunkohle statt Erdöl. Aktiv seit 1978 erstreckt sie sich über 34 Quadratkilometer und hat eine Tiefe von 450 Metern. Hambach ist das größte vom Menschen gemachte Loch in Europa. Im Lauf der letzten Jahre wurden in dieser Zone ganze Dörfer von der Erdoberfläche gefegt, verschlungen von der Braunkohleindustrie.

Und nun bedroht die vorgesehene zusätzliche Erweiterung der Mine auch den gleichnamigen Wald, zu dessen Rettung sich zahllose Personen aufmachen. Es gibt die, die kleine Hütten in den Bäumen bauen um dort zu leben und so ihre Abholzung zu verhindern und es gibt die, die sich anderen Störungsaktivitäten widmen. Unter den letzteren auch jene, die am vergangenen 25. November auf die Nacht gewartet haben, um in der Gegend der Mine einige Strukturen der Multinationalen RWE mit Feuer anzugreifen. Anfang Januar diesen Jahres 2017 waren es die Gleise der Eisenbahnlinie zur Mine, die in Flammen aufgingen.

In Frankreich dagegen sind es sowohl die Hochspannungsleitungen, als auch die Windparks, die in Frage gestellt werden. In der Haute-Durance kann man die

Sabotagen nicht mehr zählen, die in den vergangenen Jahren begangen wurden, um gegen ein Projekt zu protestieren, das nach Vorstellung der RTE (Netz für den Transport von Energie) ein wahres Wunder hätten vollbringen sollen: nämlich es durch den Bau von zwei neuen Hochspannungsleitungen mit hunderten von Masten nicht nur zu schaffen, die Entwicklung erneuerbarer Energien zu garantieren, sondern auch die Entwicklung der Biodiversität des Territoriums!

Die Abhängigkeit von der Nuklearenergie spielt auch bei der Verbreitung der Windparks eine wichtige Rolle, die in vielen Zonen Frankreichs (und Italiens) vorgesehen sind. Aber auch in diesem Fall mangelt es nicht an Widerstand und direkten Aktionen, die die Unterstützer der sogenannten sauberen Energien bestürzt zurücklassen.

So wie die Funktionäre der Gesellschaft Epuron, der für den Windpark in Saint Sulpice les Feuilles verantwortlichen Multinationalen. Die wettern gegen einen grundsätzlichen Widerstand. Sie fördern eine erneuerbare, nicht verschmutzende Energiequelle und verstehen deshalb nicht, warum man im ganzen Land Angriffe auf die Windräder feststellt, die errichtet wurden um die Stärke und Konstanz des Windes zu messen.

Es versteht sich von selbst, dass jeder Gegner der verschiedenen Projekte, die auf der ganzen Welt gebaut werden, seine eigenen guten Gründe hat um zu kämpfen, vom Schutz der Traditionen bis zum Schutz der Natur und des eigenen Lebens. Aber es existieren auch allgemeinere Fragen, die jedoch selten beachtet werden – schon deswegen, weil sie die Zivilisation selbst in Frage stellen würden.

Wozu dient all die Energie in der aktuellen Gesellschaft?

Wenn die Staatsfunktionäre und die von den Multinationalen delegierten Verwalter von Energie von der Notwendigkeit sprechen, neue Quellen davon zu finden - sei es Atom oder Wind, Kohle oder Gas - worauf beziehen sie sich? Aus welchem Grund bereiten sie sich darauf vor, 7,4 Milliarden Tonnen Erdöl aus der Bakken Formation in North Dakota zu gewinnen oder fördern jedes Jahr 30 Millionen Tonnen Kohle aus der Mine von Hambach?

Sorgen sie sich darum, dass unser Essen nicht in den Kühlschränken verfault, dass die Lichter in unseren Häusern nicht ausgehen oder wir bei unseren täglichen Aufgaben nicht auf Schwierigkeiten stoßen, oder doch eher dafür, dass die Warenproduktion weitergeht, dass die Kriegsmaschinerie genährt wird, dass es nie am Treibstoff der Ausbeutung und der Kontrolle mangelt? Es ist eine dieser Banalitäten, die man zu vergessen neigt, obwohl sie uns 24 Stunden am Tag begleiten: Die Energie dient dazu, diese Welt voranschreiten, sie funktionieren zu lassen.

Vielleicht ist der beste Weg, das zu begreifen, ein Blick auf die Geschichte der Energie. Eine Geschichte, die

ausgehend von einer Lüge überliefert wird, nämlich jener von Energiewenden. Solche Übergänge existieren nicht, sie haben nie existiert. Man ist nie vom Holz zur Kohle übergegangen, dann von der Kohle zum Erdöl, dann vom Erdöl zur Nuklearenergie... Die Geschichte der Energie kennt keine Wenden, sondern nur Additionen. Und das enthüllt eine andere

Lüge, jene von den alternativen Energiequellen, auf die man zurückgreifen müsste, um die Verwendung von verschmutzenden Quellen zu vermeiden. In Wirklichkeit tendiert unsere Zivilisation dazu, zu akkumulieren und nicht zu ersetzen. Der Umstand, dass einige Regierungen es vermeiden, eine bestimmte Energiequelle zu nutzen, rührt sicher nicht von einer ethischen Besorgnis her, sondern von einer strategischen Entscheidung.

Deutschland zum Beispiel ist, obwohl es im Sektor der Sonnenenergie führend ist und (für den Moment) beabsichtigt, keine Atomenergie zu nutzen, zugleich der weltweit größte Produzent von aus Kohle gewonnener Energie, die hochgradig verschmutzend ist (die Mine von Hambach wird als drittschädlichste Mine Europas bezeichnet). Und in all diesen Jahren hat der Verbrauch von Kohle, wenn er auch niedriger ist als der von Erdöl, nichts anderes getan, als sich zu erhöhen. Man verbrennt heute mehr Kohle als in der Vergangenheit.

Historisch gesehen gehorchen die energetischen Übergänge/Additionen keiner inneren Logik des Fortschritts (die ersten Dampfmaschinen waren sehr teuer und ineffizient) und noch nicht mal einer Logik der Überwindung eines Mangels (die Vereinigten Staaten verwendeten Kohle, obwohl sie riesige Wälder hatten). Was die Oberhand gewann waren schon immer die Logiken der Macht, die politischen und militärischen Entscheidungen.

Der Fall der Kohle ist beispielhaft. Ihre Hauptrolle ist tatsächlich mit der nordamerikanischen Hegemonie verbunden. Die Kosten von Erdöl sind das ganze 20. Jahrhundert lang immer höher als die der Kohle gewesen, in Europa genauso wie in den USA. Dessen Aufstieg wäre daher von einem rein wirtschaftlichen Blickpunkt aus unerklärlich. Obwohl sie weniger teuer ist, hat die Kohle dennoch einen enormen Schwachpunkt: sie muss Stück für Stück aus den Minen zu Tage gefördert, auf Konvois geladen, auf Eisenbahnstrecken oder Flüssen transportiert werden, dann in Hochöfen geladen werden, die gefüttert, überwacht und geputzt werden müssen. Das bedeutet, dass die Kohle denen, die sie fördern - den Minenarbeitern - die Möglichkeit gibt, den energetischen Fluss zu unterbrechen, der die Wirtschaft nährt. Ihre Forderungen konnten daher nicht von der herrschenden Klasse ignoriert werden, die am Ende des 19. Jahrhunderts in den Kämpfen der Minenarbeiter das Ferment sah, das zum Auftreten von Syndikaten und Massenparteien führte, zur Ausweitung des allgemeinen Wahlrechts und zur Erlassung von Gesetzen zur Sozialsicherung.

Die „Vererdölung“ der Welt hängt deshalb mit dem Versuch seitens der Regierung der USA zusammen, die

Arbeiterbewegung zu schwächen. Das Erdöl wird an der Oberfläche gefördert, es ist leichter zu kontrollieren und zu transportieren und benötigt weniger Arbeiter mit untereinander sehr verschiedenen Aufgaben (was die Bildung von starken Arbeiterorganisationen behindert).

Eines der Ziele des Marshallplans war deshalb eben jenes, die europäischen Länder zu ermutigen, die Kohle zu Gunsten des Erdöls aufzugeben und zu diesem Zweck wurden beachtliche für den Bau von Raffinerien bestimmte Fonds bereitgestellt.

Die von den einzelnen Individuen in ihren Behausungen verbrauchte Energie, die von den Werbespots der multinationalen Energiekonzerne so hoch gehängt wird, ist absolut irrelevant im Vergleich zu der, die für zivile und militärische Industrie notwendig ist. Ein einziges Unternehmen ist fähig, jedes Jahr so viel Energie zu verbrauchen wie von den Bewohnern einer ganzen Stadt für ihre Haushalte verwendet wird. Gar nicht erst vom Krieg zu sprechen, der Energie auf einem unvorstellbaren Level verschlingt. In der Epoche des zweiten Weltkriegs verbrauchte jeder amerikanische Soldat 3,7 Liter Erdöl am Tag. Der Verbrauch stieg auf 33,3 Liter während des Vietnamkriegs, 37 Liter im Laufe von Desert Storm und auf 55,5 Liter im zweiten Golfkrieg. Die neuen Kriegsgewehre verbrennen soviel Energie, dass ihr Verbrauch nicht mehr in Litern pro 100 km, sondern in Litern pro Stunde gemessen wird.

Ein F-15 Jagdflugzeug verbrennt 7000 Liter Kerosin in der Stunde, ein B-25 Bomber 12 000 Liter. 2006 hat allein die nordamerikanische Luftwaffe 9,62 Milliarden Liter Kerosin verbraucht. Das sind Beispiele und Überlegungen, die uns dazu bringen, über einige Grundfragen nachzudenken: Wozu dient die Energie wirklich und wer zieht Profit aus ihrer Beschaffung?

Dass die Welt am Rande des Abgrunds steht ist eine Erkenntnis oder auch nur eine Intuition, die sich immer mehr verbreitet und die kein medial-technologisches Betäubungsmittel aufzuhalten vermag. Nachdem jeder revolutionäre Horizont aus der Geschichte getilgt wurde, zeichnet sich vor der Menschheit nur jene Vernichtung ab, die inzwischen auch für den optimistischsten Experten wahrscheinlich wird. Es existieren keine Rettungsbote auf unserer gesellschaftlichen Titanic. Für die, die das Warten nicht im Gebet oder der Gleichgültigkeit verbringen wollen, ebenso wie für die, die nicht vorhaben, vor dem Fatalismus zu kapitulieren, gibt es keine Zweifel: alles zu blockieren ist das Mindeste, was man versuchen kann zu tun.

Daneben geben die überall auf der Welt stattfindenden Kämpfe gegen die Ausbeutung der energetischen Ressourcen die Möglichkeit dazu, Diskussion anzustoßen. Die Vielfalt und Widersprüchlichkeit ihrer Gründe darf nicht trügen. Sicher, im Gegensatz zur Vergangenheit ist es im dritten Jahrtausend möglich, dass der Wunsch nach Subversion in irgendeinem Bereich mit der Hoffnung auf



Überleben zusammen trifft, jenem Bereich der darauf abzielt, die technische Reproduktion des Bestehenden zu verhindern. Aber es ist ein Zusammentreffen, das dazu bestimmt ist, sich in einen Zusammenstoß zu verwandeln, weil es offensichtlich ist, dass ein Teil des Problems nicht gleichzeitig ein Teil der Lösung sein kann. Um von all der nur für Politiker und Geschäftemacher nötigen Energie loszukommen, muss man von denen loskommen wollen, die sie suchen, ausbeuten, verkaufen, nutzen. Die energetischen Notwendigkeiten einer ganzen Zivilisation - jener des Geldes und der Macht - können sicher nicht einzig durch den Respekt vor Jahrhunderte alten Oliven in Frage gestellt werden oder durch den Schutz von schon zu einem guten Teil verschmutzten Wäldern und Stränden. Das kann nur eine andere Auffassung des Lebens, der Welt, der Beziehungen tun. Nur eine Solche kann die Energie in Frage stellen - was ihre Nutzung und ihren Bedarf angeht und daher auch was ihre Strukturen angeht - und damit diese Zivilisation selbst.

Und das ist der Albtraum jedes Mannes der Macht, besorgt um die eigenen Privilegien und die eigenen Einkünfte. Es ist kein Zufall, dass die Bürokraten der Europäischen Union die Energie als einen ihrer sensibelsten Punkte benannt haben: die Energiequellen sind „kritische Infrastrukturen“, die es um jeden Preis zu schützen gilt. Da haben wir den Grund, aus dem die Regierung beschlossen hat, dass die TAP eine „strategisches“ Projekt ist. In gewissem Sinn weiß sie, dass die Menschen gut (auch besser) ohne all die Energie leben können; der Staat hingegen nicht.

Progressiver und regressiver Neoliberalismus und die völkischen Rechten

In der liberalen Wochenzeitung „Zeit“ debattierte man unlängst, ob es nicht vielleicht irgendwie besser sei, die private Seenotrettung einzustellen. Mariam Lau beklagte da ein universelles und kompromissloses Verständnis von Menschenrechten und plädierte dafür, es einfach zu lassen. In der ebenso bürgerlichen Zeitung „Süddeutsche“ und anderenorts war man schockiert und wertete diesen Vorschlag und überhaupt diese ganze Debatte als unerträglich. Ist sie ja auch. Der einzige Lichtblick war eine Online-Umfrage aus dem Dunstkreis der Titanic, in der abgestimmt werden konnte, ob man Zeit-Journalist_innen öffentlich erschießen sollte. Kann man ja auch mal diskutieren. Wie die Seenotrettung eben. Das war dann aber „Hate-Speech“. Also die Debatte ums Erschießen, nicht die ums Ertränken.

Diese ganze Diskussion machte aber tatsächlich zumindest die Verlogenheit der bürgerlich-liberalen Debatten deutlich. Es sterben jeden Tag Menschen im Mittelmeer, dieses Jahr bereits 1500 offiziell – eine direkte Folge der neokolonialen Wirtschafts- und EU-Flüchtlingspolitik, samt der Abkommen, die mit anderen Staaten getroffen wurden, vor allem mit der Türkei. Angriffe auf die, die versuchen, ein paar der Menschen vor dem Ertrinken zu retten, gibt es seit langem, verbal als auch institutionell.

Wenn man diese Welt der Energie berauben würde, die sie aufrecht erhält, was würde passieren? Würde mit dieser Apokalypse, die die Hüter der Ordnung beschwören, die Blockade der Industrie und der Waren einhergehen - mit ihrem wiederholt beschworenen Anhang aus Vergewaltigungen, Lynchungen und verschiedenen Massakern - oder würde eher eine andere Art zu leben auftauchen, einfacher und achtsamer? So wie sie uns mit der Notwendigkeit sozialer Organisation nicht dazu bringen, den Staat zu akzeptieren, oder mit der Notwendigkeit von Aktivität nicht dazu bringen, die Arbeit zu akzeptieren, bringen sie uns in gleicher Weise mit der Notwendigkeit von Energie nicht dazu, Atomkraftwerke oder Windparks zu akzeptieren, Ölbohrungen oder Gasleitungen. Es geht nicht darum, dieser tödlichen Gesellschaft saubere oder ökonomische Energie zu geben - das einzige Problem, das die bürgertümlichen Techniker des Wachstumsrückgangs mit Leidenschaft erfüllt - es geht darum, diese Gesellschaft aufzuhalten.

Die Energie abzuschneiden, sich den alten und neuen Energiequellen zu widersetzen, heißt ganz und gar nicht, die Menschheit in trostlose Finsternis zurück verfallen lassen zu wollen - im Gegenteil, es bedeutet eine Wette auf eine Zukunft, die vielleicht einmal frei ist von der Erpressung zu überleben und von den Befehlen der Politik und der Wirtschaft, einer Zukunft der Autonomie von allen und jedem zu entdecken ist.

Malta engagiert sich gerade außergewöhnlich in der Verhinderung der Seenotrettung. Von Italien ganz zu schweigen. Und klar hat das was mit der von Deutschland immer verteidigten Dublin 4 Verordnung zu tun. Die Statements von Mariam Lau in der „Zeit“ sind so menschenverachtend wie auch die europäische Politik es ist. Common Sense scheint es aber unter Liberalen zu sein, das Sterben im Mittelmeer zwar institutionell durchzusetzen, aber es doch lieber nicht offen gutzuheißen. Diese Politik offen zu verteidigen, sei dann eben Ausdruck der Missachtung der Menschenrechte. Deutsche und europäische Flüchtlingspolitik wird verteidigt, die Folgen deutscher und europäischer Flüchtlingspolitik sollen aber bitte bedauert werden. Eine der drastischsten Ausdrücke dieser Heuchelei waren die SPD-Fahnen auf den Seebrücke-Demonstrationen in etlichen Städten. Und auch die letzten Debatten um Schiffe mit Geflüchteten, die in Italien anlegen wollten, sprach Bände. Salvini, Innenminister der faschistischen Lega, verweigerte das Von-Bord-Gehen der Geflüchteten, solange sich nicht Länder in Europa finden, die diese „übernehmen“. An vorderster Front Deutschland und Frankreich verurteilten dieses Vorgehen als nicht menschenrechtskonform. Keines dieser Länder mit ihren bürgerlich-liberalen Regierungen erklärte sich aber bereit, die Geflüchteten aufzunehmen. Salvini

Kritik, die Liberalen würden zwar andere maßregeln, sich menschenrechtskonform zu verhalten, dies für sich selbst aber nicht umsetzen, seine Kritik, die liberalen Regierungen Europas seien Heuchler – so bitter es ist – stimmt. Aber Merkel und Macron legen eben dieses freundliche Gesicht dazu auf. Und eine Rhetorik des Zivilen, eine Rhetorik der Menschenrechte und Diversität. Und genau in dieser Rhetorik werden sie zivilgesellschaftlich gestützt, von vielen, die Salvini zu recht Scheiße finden. Diese Kooperation zeigt sich dann eben auch im gemeinsamen Demonstrieren zum Thema Seebrücke.

Progressiver Neoliberalismus

Das ist es wohl, was man (seit Nancy Fraser) progressiven Neoliberalismus nennt. Das Bündnis der Neoliberalen mit einem v.a. auf Diversität und Antidiskriminierung setzenden Teil der Linken. Fraser hat diesen Begriff v.a. entlang des Wahlkampfes in den USA entwickelt. Hillary Clinton galt ihr als drastischer Ausdruck dieses progressiven Neoliberalismus, der v.a. das kognitive Kapital, die linksliberale Kulturindustrie und eine auf Anerkennungskämpfe setzende Linke umfasst. Gegenspieler Trump galt ihr als personifizierter Ausdruck des „reaktionären Populismus“. Das seien die beiden großen Erzählungen dieser Zeiten, so meint es Fraser und plädiert für eine „neue Klassenpolitik“, also dafür, sich als Linke nicht auf eine der beiden Seiten zu schlagen, sich von Identitätspolitik abzuwenden und der Klassenpolitik zu. Dieses Modell lässt sich bedingt auf europäische Kontexte anwenden. Klar, den progressiven Neoliberalismus gibt's auch hier, mit all seiner Integrationskraft bis weit in die radikale Linke hinein. Und er regiert. Neoliberale Wirtschaftspolitik und autoritäre Sicherheitspolitik koalieren mit progressiver Kulturpolitik und Kämpfen um gesellschaftliche Anerkennung. Und so nett sich das anhört mit dem „Progressiven“, so bleibt es doch strikt auf den kulturpolitischen Bereich beschränkt. In anderen Bereichen siehts ganz anders aus: Die autoritären Entwicklungen in Europa gehen ja nicht nur von den Ländern aus, die eine faschistische Regierungsbeteiligung haben, sondern eben gleichermaßen von denen, die von bürgerlich-liberalen Parteien regiert werden. Zunehmende Überwachung und soziale Kontrolle durch Digitalisierung, eine fortschreitende Rücknahme sozialer Errungenschaften, Notstandsgesetze, Militarisierung, Abschottung, Abbau „demokratischer Standards“, teils Übergänge zu Präsidialsystemen. Zeitgleich aber eben auch Liberalisierungen der Geschlechterpolitiken und Einführungen von Antidiskriminierungsstandards.

Wir erinnern uns gut an Merkels Ausspruch, dies sei nicht ihr Land, wenn man einen Wettbewerb führe, wer das unfreundlichste Gesicht aufsetze im Angesicht von schutzsuchenden Menschen – kurz bevor sie mit ihrer großen Koalition ein paar Asylpakete verabschiedete – freilich mit freundlichem Gesicht. Dieser progressive Neoliberalismus von Grünen über die Sozialdemokratie bis zum Merkel-Flügel der Unionsparteien hielt immer eine gestreckte Hand nach links aus. Nicht in die Richtung derer,

die umfassend soziale Gerechtigkeit oder einen antagonistischen Bruch fordern aber durchaus in die Richtung beispielsweise feministischer und antirassistischer Kämpfe, und diese Hand konnte genommen werden zum Preis des Aufgebens der sozialen Gerechtigkeit. Anerkennung ist drin in dieser Politikform, die gleichgeschlechtliche Ehe genauso wie Antidiskriminierungsgesetze und die Anerkennung eines dritten Geschlechts. Niemand soll diskriminiert werden, das heißt aber noch lange kein Ende sozialer Segregation. Arme sollen nicht plump stigmatisiert werden, das heißt aber eben nicht, Armut zu bekämpfen. Ganz im Gegenteil...

Nun gut, soweit sehen wir auch einen europäischen progressiven Neoliberalismus. Vor allem im „Kampf gegen Rechts“ erkennen wir eine ganze Bandbreite an Integrationskräften. Mit der SPD gegen die AfD, mit Unternehmern gegen Nazis und mit den Grünen gegen die CSU.

Schauen wir uns an, was die extreme Rechte selbst von sich gibt, so müssen wir feststellen – so unangenehm das ist – dass ihre Analysen nicht einfach immer falsch sind, ganz im Gegensatz zu ihren Schlussfolgerungen. Wenn die extreme Rechte von einer linken Hegemonie spricht, meint sie genau das, die Verbindungen neoliberaler Akteur_innen mit einem linksliberalen Kulturbetrieb bis hin zu Teilen der radikalen Linken. Einfach zu sagen, es gibt sie nicht, diese linksliberale Hegemonie, stimmt halt irgendwie auch nicht, zumindest auf kulturpolitischer Ebene sind solche Tendenzen schwer von der Hand zu weisen. Seit Jahrzehnten ist es kein Manko, sich beispielsweise im Literaturbetrieb öffentlich als „links“ zu positionieren. Sich öffentlich als „rechts“ zu positionieren ist da schon schwieriger. Es ist gesellschaftlich weitgehend konsensual, Rassismus oder das Patriarchat abzulehnen, es in diesen Begriffen zu verteidigen, ist da schon schwieriger. Es ist leicht zu sagen: „Ich bin Antirassistin“ aber wann haben wir zuletzt jemanden gehört, der sagt: „Ich bin Rassist“ ohne ein Raunen der Umstehenden. Der Trick dabei ist, dass es um Benennungskämpfe geht. Denn die Strukturen, die zu rassistischer oder sexistischer Segregation bzw. Benachteiligung führen, werden gleichzeitig institutionell bestärkt. Das Progressive im progressiven Neoliberalismus bezieht sich auf die kulturpolitische Ebene, nicht auf die Sozialpolitiken, nicht auf Sicherheitspolitiken, nicht auf die Strukturen sozialer Ungleichheit. Diese kulturelle linke Hegemonie bröckelt seit einiger Zeit. Auseinandersetzungen auf Buchmessen mit rechten Verlagen und Schriftsteller_innen sind ein Indiz hierfür. Die Strategie der Neuen Rechten, die „kulturelle Hegemonie“ erobern zu wollen, fruchtet.

Die Gegenspieler: Regressiver Neoliberalismus und völkische Sozialpolitik

Auf der anderen Seite, so meinte es Fraser, gebe es einen „reaktionären Populismus“. Das hört sich ein wenig schwammig an und ist es wohl auch. Vielleicht macht es mehr Sinn von verschiedenen Gegenspielern des progres-

siven Neoliberalismus zu sprechen. Die Differenzen sind schließlich gar nicht so klein zwischen den unterschiedlichen Opponenten. Die „extreme Rechte“ differenziert sich aus:

Ein Ende der Austerität! Das war nicht etwa irgendein linker Wahlkampflogan, der da durch die Medien ging, sondern eine Ankündigung der regierenden Faschist_innen in Italien. Ein „Gesetz der Würde“ verabschiedeten sie, das Arbeitnehmer_innenrechte stärkt, Zeitarbeit erschwert, den Kündigungsschutz untermauert und dazu drängt, befristete Verträge in unbefristete umzuwandeln. Die Unternehmer_innenverbände liefen Sturm, die Sozialdemokratie ebenso, dies sei, so meinten diese Neoliberalen ein Gesetz zur Verordnung von Erwerbslosigkeit.

Ganz anders in Österreich. Die ÖVP/FPÖ-Regierung kündigte vor einiger Zeit quasi als erste Amtshandlung an, den 12 Stunden Tag und die 60 Stunden Woche einzuführen.

Die AfD hängt gerade irgendwie dazwischen. Die Vorbereitungen auf den Rentengipfel der Partei machen das ziemlich deutlich. Meuten schlug vor, diese ganzen komischen sozialen Sicherungen ganz abzuschaffen und „den Bürger“ an der Hand in die Mündigkeit zu entlassen. Muss ein Traum für Neoliberale sein. Von Storch und Weidel, der deutschen Adel und die Hayek-Gesellschaft werden da wohl tendenziell mitgehen, halten sich aber noch zurück. Ganz anders Pohl und Höcke mit ihrem „Thüringer Rentenkonzept“. Weg von der privaten Vorsorge und Betriebsrenten, hin zu Staatszuschüssen. Deutsche Geringverdiener_innen sollen eine „Staatsrente“ bekommen. Also soziale Umverteilung unter rassistischen Gesichtspunkten. Dieser Richtungsstreit steht in der AfD seit langem an. Es ist ein Richtungsstreit zwischen regressivem Neoliberalismus und völkischem Sozialstaat. Was beide Flügel noch eint, ist das kulturpolitisch Regressive, das Feindbild, der nationalistische Ausschluss, die Ethnisierung sozialer Widersprüche.

Die CSU hat das erkannt und strebt danach, den Ort des regressiven Neoliberalismus für sich zu beanspruchen. Mit der Meuthen-Weidel-Fraktion gibt es da tatsächlich mehr Übereinstimmungen als mit Merkel, Maas und von der Leyen. Der Zwist zwischen Merkel und Seehofer war und ist so nicht einfach nur eine gute Show. Klar regieren die zusammen, verabschieden gemeinsam Gesetze, sozialpolitisch und sicherheitspolitisch ticken die bestimmt auch ähnlich. Der Zwist ist einer um die Frage der progressiven oder regressiven Ausrichtung neoliberaler Politik. Und er spielt sich hauptsächlich auf kulturpolitischer Ebene ab – ebenso wie die Angriffe der Weidels und Meuthens auf Merkel und Co. Hier geht es ja nicht um Differenzen um Sicherheitspolitik oder Wirtschaftspolitik, sondern in der Regel um Feindbildkonstruktionen, um Integrationsfragen, um Erinnerungspolitiken, um Geschlechterfragen und Bündnisfragen. Eine der größten rechten Mobilisierungen gegen regierende Politik der letzten Jahre war die zum Thema neuer geschlechtergerechter Bildungspläne in BaWü.

Wir müssen also nicht von einem großen Gegenspieler reden, der den progressiven Neoliberalismus von rechts bekämpft, sondern von (mindestens) zwei: Dem progressiven Neoliberalismus steht so auf der einen Seite eine regressiv neoliberal orientierte Rechte entgegen: die CSU, der Meuthen-Flügel der AfD, die FPÖ, um nur einige zu nennen. Zum anderen opponiert da die völkisch sozialpolitisch orientierte Rechte, die Lega, der Höcke-Flügel und der Front National um nur einige zu nennen. Letztere setzen wirtschaftspolitisch auf exklusive Solidarität, sind nicht neoliberal, aber sicherheitspolitisch ebenso autoritär wie der ganze neoliberale Klüngel, kulturpolitisch ebenso regressiv wie die Vertreter_innen des regressiven Neoliberalismus. Diese ideologische Formation ist die, die seit Jahren äußerst erfolgreich ist mit ihrer laut verkündeten Systemopposition.

Sollte sich dieser Flügel in der AfD durchsetzen und damit die AfD die Partei sein, die in Deutschland die neoliberalen „Reformen“ der Sozialdemokratie „zurückdrehen“ will, die Partei, die Hartz 4 abschaffen will zugunsten eines (exklusiven) Sozialsystems, die Partei, die ein auf gesellschaftliche Umverteilung setzendes Rentenkonzept erarbeitet, wer fragt da dann schon danach, ob diese Konzepte exklusiv, also völkisch sind oder inklusiv. Und wer fragt sich, ob faschistische Politik in ihrer Bewegungsphase, die sich auch historisch als sozialpolitisch generiert hat, in ihrer Machtphase nicht doch mit dem Kapital klüngelt. Die FAZ titelte, dass die AfD zur Arbeiter_innenpartei wird und ja, diese Gefahr besteht. Übrigens ist das sicherlich ein Grund, warum es diese neue „linke“ Sammlungsbewegung unter der Führung von Wagenknecht gibt. Wie die CSU versucht, den Platz der Meuthens und Weidels zu besetzen, so versucht Wagenknecht, den Platz der exklusiven sozialpolitischen Solidarität zu besetzen, frei von den antirassistischen und feministischen Einwänden der „Kulturlinken“ der Partei.

Der liberale Umgang mit den rechten Erfolgsgeschichten

Noch vor drei Jahren konnten wir in den bürgerlichen Zeitungen lesen, dass in Deutschland keine Partei rechts der Union eine Chance hätte. Dies wurde auch in Abgrenzung zu anderen europäischen Staaten formuliert, in denen extreme Rechte beachtliche Wahlerfolge erzielen konnten. Dann gings irgendwie ziemlich schnell und jetzt sitzt die AfD im Bundestag. Mit zweistelligem Ergebnis, in Sachsen wurde sie gar stärkste Partei. Der Einzug der AfD in den Bundestag macht einen Unterschied. „Die AfD zerlegt sich schon selbst“, so tönte es kurz nach der Bundestagswahl nicht nur durch die bürgerlichen Medien. Sie tat es nicht. Es gab einen strategischen (nicht inhaltlichen!) Richtungsstreit der verschiedenen Fraktionen der AfD. Petry stand für einen „realpolitischen Kurs“, sie wollte die AfD kurzfristig anschlussfähig für bürgerliche Parteien machen. Gauland, Höcke und Co. hingegen setzen auf scheinbare Fundamentalopposition, eine Koalition wollen sie sich nur vorstellen als stärkster Koalitionspartner.

Der neoliberale bürgerliche Block schien in ganz Europa panisch das zu machen, was seine Macht auf Dauer nicht sichern wird: Er griff und greift der extremen Rechten voraus: In Frankreich mit den Notstandsgesetzen, in Österreich mit der Abschottung, in Deutschland mit den Asyl- und Integrationsgesetzen, in Schweden mit der Schließung der Grenzen usw. All das geschah auch mit dem Verweis darauf, man wolle die extreme Rechte nicht weiter stärken. Das ist vollkommener Quatsch. Die extreme Rechte wird nicht dadurch geschwächt, dass man selbst ihre politischen Forderungen umsetzt. Aber dieses Argument klang selbst in progressiven Ohren gut. Autoritarismus gegen rechts.

Gleichzeitig fuhr die Integrationsmaschine hoch. Neonazistische Pogrome wurden unterteilt in „besorgte Bürger“, mit denen man reden müsse und organisierte Neonazis, von denen man sich distanzierte. Das Teile und Herrschen kennen wir ja auch ganz gut. Die liberale Integrationsmaschine funktioniert jedenfalls nicht nur nach links. Zeitgleich zum Aufstieg der AfD fand eine Normalisierung der AfD als legitimer Gesprächspartner statt. Es dauerte nach der Wahl keine Woche, bis wir lesen konnten, dass sich bürgerliche Politiker_innen dafür aussprachen, bloß nicht auf Ausgrenzung im Bundestag zu setzen, statt dessen sie zu einer ganz normalen Partei zu machen und sich auf von ihnen gesetzte Debatten einzulassen und sie in die geweihte bürgerliche Mitte aufzunehmen. Statt über die AfD zu sprechen, unterhielt sich der bürgerliche Liberalismus freudig mit ihnen. Es war eine rasante Entwicklung dahin, dass völkisches Denken zu den besten Sendezeiten vertretbar wurde. Wir sollten nicht davon ausgehen, dass eine Atempause ansteht. Die AfD fährt ihren Kurs weiter: Sie nutzt die Bühne, die ihnen geboten wird und versagt sich der Integration. Wenn wir uns anschauen, wie die Erfolgsgeschichte der Faschist_innen in den letzten Jahren aussah, müssen wir feststellen, dass gerade der Fakt, dass sie sich nicht der Macht angebiedert haben, dass gerade der Fakt, dass sie sich als Radikalopposition generierten, dass der Fakt, dass sie sich als Alternative zum „Establishment“, zu den bürgerlichen Eliten aufbauten, als „Systemalternative“, ihnen ziemlich viele Sympathien zugespielt hat. Die extreme Rechte hat gerade in den letzten Jahren auf „Vermittelbarkeit“ geschissen und das war wohl ein Grund für ihren Erfolg, sie haben sich damit wenig integrierbar gemacht, trotz aller Versuche. Den antagonistischen Bruch mit dem progressiven Neoliberalismus vollzieht die extreme Rechte öffentlichkeitswirksam. Genau deswegen waren all die angeblichen „Ausfälle“ der AfD-Obersten Kalkül. Flüchtende an der Grenze erschießen, die erinnerungspolitische Wende, das Lob der Wehrmacht, all das kennzeichnet ihren Bruch mit liberalen Traditionen und dem, was gesellschaftlicher Konsens genannt wird.

Bündnisse und Konkurrenzen

Systemalternativ bietet die extreme Rechte ihre Option an. Wie genau diese aussehen wird, wissen wir nicht. Was ein nicht nur Erstarren faschistischer und anderer

nationalistischer Kräfte bedeutet, sondern ihre realistische Chance auf Regierung, können wir nicht ganz absehen. Wir haben hauptsächlich historische Beispiele und diese zeigen uns, dass der bürgerliche Block dem Faschismus stets zur Macht verhalf. Andererseits, es waren andere Regierungsformen. Heute ergeben sich im Kontext neoliberalen Regierens unterschiedliche Konkurrenzen und Bündnisoptionen. Was deutlich wurde, ist allerdings, dass die AfD nur bereit ist, zu ihren eigenen Bedingungen als Bündnispartner des reaktionären Bürgertums zu wirken. Ganz gleich, wer sich in der AfD durchsetzt, die Neoliberalen oder die völkischen Sozialpolitiker_innen, für die regressiv neoliberalen Kräfte v.a. in den Unionsparteien bietet die AfD auf Dauer eine Koalitionsoption, v.a. auf der Ebene der Sicherheitspolitiken und der Kulturpolitiken und am Ende natürlich in der gemeinsamen Feindkonstruktion.

Für die progressiv Neoliberalen aber bietet die Höcke-AfD vor allem eine Abgrenzungsfläche nach rechts, um die eigene Politik, die oftmals nicht viel besser ist, besser aussehen zu lassen. Setzt sich ein regressiv neoliberaler Kurs der AfD durch, sind wohl auch hier Koalitionen denkbar.

Spannend bleibt ob, schlägt die AfD einen völkisch sozialpolitischen Kurs ein, sich auf dieser Ebene noch andere Bündnisse denken lassen. Mal schauen, vielleicht gibt sich ja auch Wagenknecht her, um mit Höcke Hartz 4 abzuschaufen.

What shall we do...?

Nun, was bringt uns das, verstehen zu wollen, was da los ist? Wir denken, dass es gerade in Zusammenhang mit den Fragen nach einer „Faschisierung europäischer Politiken“ Sinn macht, die verschiedenen ideologischen Blöcke zu umreißen, dass es in diesem Zusammenhang sinnvoll ist, zu verstehen, wo die hegemonialen Konfliktlinien verlaufen, wer da mit wem kämpft. Nicht um selbst die Zuschauer_innenrolle einnehmen zu wollen, sondern um einschätzen zu können, was da gerade passiert. Es geht eben nicht darum, da mitzumischen, ganz im Gegenteil.

Okay, wir stehen also vor einer gesellschaftspolitischen Situation, in der in den „westlichen“ Ländern sich drei ziemlich unangenehme politische Optionen anbieten und gegeneinander um Hegemonie ringen. Auf der einen Seite die liberalen Eliten, neoliberal, EU-orientiert, höchst repressiv in Sozial- Sicherheits- und Außenpolitiken, aber in ihren verlockend progressiven Anleihen in Kulturpolitiken mit einer offenen Hand nach links. Auf der anderen Seite die traditionellen Eliten, neoliberal, EU-kritisch, höchst repressiv in Sozial- Sicherheits- und Außenpolitiken und in ihren offenen rassistischen und antifeministischen Feindbildkonstruktionen und regressiven Kulturpolitiken mit einer offenen Hand nach rechts. Zum dritten sozialstaatlich-völkisch Orientierte, EU-ablehnend, offen rassistisch, antifeministisch, faschistisch. Diese Blöcke, die eigentlich gar keine Blöcke sind und sich durch sämtliche

bürgerlichen Parteien ziehen, bilden nicht nur in Deutschland die momentan sichtbaren Systemalternativen.

Wir sehen, dass sich in europäischen Ländern Regierungskoalitionen gebildet haben, die wir vor 10 Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Wir sehen einen rasanten Aufstieg einer extrem rechten Partei in Deutschland, wir erleben Debatten, die wir so nicht für möglich gehalten hätten, wir sind mit Pogromstimmungen in der Bevölkerung konfrontiert, während Liberale diskutieren, die Seenotrettung auszusetzen. Die Zahl rassistischer Übergriffe nimmt nicht ab, sie wird aber inzwischen wieder weitgehend beschwiegen. Wir sehen in allen hegemonialen politischen Lagern eine massive autoritäre Entwicklung. Wir beschäftigen uns mit neuen Polizeigesetzen und mit einem auf allen Ebenen expandierten „Sicherheitsstaat“. Die Ausmaße der Digitalisierung können wir noch gar

nicht absehen. So unangenehm das ist, wir müssen der Faschisierung in Europa ins Auge schauen. Wir müssen uns darüber unterhalten, was ein digitalisierter Faschismus bedeuten könnte. Wir müssen uns darüber unterhalten, wie wir mit den Integrationsangeboten des progressiven Neoliberalismus umgehen, also mit denen, die Geflüchtete zwar nicht durch die Straßen jagen, sie aber ertrinken lassen und die global die Bedingungen durchsetzen, die es notwendig machen, zu flüchten.

Unsere Frage müsste es doch sein, wie wir die extreme Rechte bekämpfen können, ohne damit den progressiven Neoliberalismus zu stärken. Und umgekehrt: Wie wir unsere Feindschaft gegenüber dem bürgerlichen Staat samt seiner Ideologie, ob progressiv oder regressiv zur Geltung bringen können, ohne der faschistischen Option Spielräume zu eröffnen.

Scherbenbesuch bei Chef der CG-Gruppe

Dokumentation: Köln, 1.9.2018

„Christoph Gröner (CG) ist Bauunternehmer. Die CG-Gruppe ist eines der fünf größten Bauunternehmen in Deutschland. In Leipzig betreut CG rund ein Drittel aller derzeitigen Neubauprojekte, in Berlin wandelt CG den alten Turm des Postcheckamts in Luxuswohnungen um. Und auch die Rigaer Straße in Berlin Friedrichshain wird von der CG „entwickelt“. In Köln überzeugte CG genügend zahlungskräftige Investoren, um nun seit Juli 2018 ein ganzes Stadt-Viertel neuzubauen.

CG ist ein selbst ernannter Macher, einer der Deutschland gestalten will. Er ist Neureicher, der gerne mit seinem Reichtum provoziert: „Ich werfe das Geld zum Fenster raus und es kommt zur Tür wieder herein.“ Sein beträchtliches Vermögen habe er sich hart erarbeitet - er schläft täglich nur vier Stunden. Er ist keine intellektuelle Leuchte: Jeder könne so reich werden wie er; es sei ein Fehler zu glauben sein Reichtum basiere auf der Armut anderer. Aber CG ist ein machthungriger Kleingeist: Er will sich nicht länger von Baustadträten ausbremsen lassen. Wenn er könnte wie er wollte, hätten seine Investoren Aussicht auf noch höhere Renditen. Er geht jetzt selbst in die Politik und dazu plaudert er sich durch die Talkshows der Nation. Er will eine eigene Partei gründen, die sich für mehr Leistungsgerechtigkeit stark macht. Eine Partei irgendwo zwischen FDP und AfD, die Leistungsträgern wie ihm mehr Gestaltungsspielraum garantiert. Denn er hat noch Großes vor: die Smartifizierung des Bausektors. Die digitale Modularisierung des Wohnungsbaus könne die Renditen noch weiter steigern ...

Unabhängig von CGs Kanzlerträumen müssen wir das Alphanimal CG ernst nehmen. Er steht wie kaum ein anderer für das Geschäft mit dem Wohnen. Die hohen Gewinne weniger Investoren durch die Aufwertung ganzer Stadtteile bezahlen viele mit ihrer Verdrängung aus den Städten. Machtbewussten Visionären wie CG können wir nur mit einer überzeugenden Gegenvision begegnen. Eine

Vision, die das Geschäft mit der Verdrängung unmöglich macht, rüttelt unweigerlich an den Grundpfeilern kapitalistischer Verwertung. Eine solche Vision lässt sich nur im Widerstand glaubhaft entwickeln und der braucht Kristallisationspunkte wie die Rigaer Straße, in der sich Leute mit viel Ausdauer militant gegen ihren Ausverkauf wehren. Zum Vergleich: Die Energiefrage stellt sich ebenfalls nicht im theoretischen Diskurs, sondern in der Realität und dem Hambacher Forst.

CG bewohnt ein Luxusapartment im Herzen von Köln. Seine Penthouse-Wohnung mit Domblick (die süd-östliche Wohneinheit in der 5. Etage der K-Star Residence in der Servasgasse) haben wir heute Nacht besucht und dabei die Scheiben seines großzügigen Wohnbereichs zerstört. Wir haben dafür gesorgt, dass unten auf der Straße niemand durch herabstürzende Scheibenteile zu Schaden kommt. Unsere Botschaft an systematische Zerstörer bezahlbaren Wohnraums wie CG: Hoch über der Stadt zu wohnen schützt nicht vor Hausbesuchen durch politische Gegner*innen. Die Polizeibegleitung beim Besuch der Baustelle in der Rigaer Straße, dem vermeintlich „begrenzten Problemviertel“, hilft da nicht weiter.

Mit freundlichen Grüßen (insbesondere an alle Aktivist*innen der Rigaer Straße)

eure cg-gruppe (charismatische gemeinheiten)“



glasbruch hanova

Dokumentation: „Bei der Zweigstelle der städtischen Wohnbaugesellschaft „hanova“ nahe der Limmerstraße in Hannover-Linden sind die Scheiben kaputt. Das Unternehmen war sich nicht zu schade zwei Personen anzuzeigen, die versucht hatten eine Zwangsräumung im vergangenen Jahr zu verhindern. Der angebliche „Schaden“ im Mauerwerk, der durch eine angebrachte Spanplatte verursacht worden sei, war vor Gericht nicht einmal zu beziffern... Die kaputten Scheiben, die „hanova“ jetzt hat, hingegen schon. Wir sind nicht die einzigen, die ein Problem damit

haben, wenn Mieter_innen zwangsgeräumt werden und Menschen, die solidarisch handeln angezeigt werden.

Auseinandersetzungen mit einer städtischen Wohnbaugesellschaft, die den expliziten Auftrag hat, „unternehmerisch zu handeln“, führen wir nicht auf Augenhöhe, sondern gut verummmt.

Für eine ganz andere Stadt!“

anonym

Über den sogenannten Pflegenotstand

Es müsse cool sein, in der Pflege zu arbeiten, sagte Familienministerin Franziska Giffey (SPD) bei einem Treffen mit dem Hassprediger und Gesundheitsminister Jens Spahn (CSU) und ihrem Parteikollegen Hubertus Heil, amtliche Schlaftablette und aktueller Arbeitsminister, welches eigens einberufen wurde, um über den Pflegenotstand in Deutschland zu beraten. Giffey handelte sich mit diesem Ausspruch einen Shitstorm im Internet ein, da sich viele Menschen aus der Pflege nicht mehr ernst genommen fühlten, schließlich gehe es in der Pflege nicht um einen „coolen“ Beruf, sondern vor allem einen Beruf, der menschlich viel voraussetzt und einem menschlich viel abverlangt. Ergänzend zum coolness-Vorstoß der Ministerin kündigte Spahn an, es sei beabsichtigt, 7000 neue Pflegekräfte einzustellen, ein Tropfen auf den heißen Stein, in Anbetracht eines von Verdi ermittelten Mangels von 80.000 Pflegekräften. Ohnehin ist das Problem ja gerade, dass zu wenig Menschen bei ihrer Berufswahl einen der sogenannten Pflegeberufe ergreifen wollen und nicht, dass es zu wenig Stellen gibt.

Das Durchschnittsalter der Gesellschaft verschiebt sich nach oben. Das heißt, dass auf der einen Seite der Bedarf an Pflegekräften steigt, auf der anderen Seite jedoch die Zahl der besetzten Stellen in der Pflege im Verhältnis zum Bedarf sinkt, was tatsächlich bereits dazu geführt hat, dass eine Reihe von Krankenhäusern hunderte Betten leerstehen lassen. In der flüchtigen Beobachtung mag dies im Vergleich zu anderen gesellschaftspolitischen Themen fast nebensächlich wirken, doch enthüllt sich bei näherer Betrachtung die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses „Pflegenotstandes“ und zugleich lässt sich etwas über einen Aspekt der Deformation der Menschen durch ihre Erziehung in der Gesellschaft erfahren.

Der Begriff Pflegenotstand wird für diesen Text beibehalten. Allerdings lässt seine Verwendung in der öffentlichen Debatte bereits wenig Gutes ahnen, denn bekannterweise folgen auf den Notstand die Notstandsgesetze, und sofern der Staat keine Lösung findet, wie er den Pflegenotstand beheben kann, lässt sich erahnen, dass er im Zweifelsfall drastische Maßnahmen zu ergreifen bereit ist. Dass er bei voranschreitender Vernachlässigung pflegebedürftiger Personen nicht viel Widerstand zu erwarten hat, ist abzusehen, da auf die Pflege vor

allem jene angewiesen sind, die aus sozialen Zusammenhängen und Gemeinschaften innerhalb der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Das wiederum bedeutet, dass ihr Schutz nicht aus freundlichen oder gemeinschaftlichen Verbindungen resultiert, sondern lediglich aus Gesetz und Moral und diese beiden sind eine schwache Wache. Das Gesetz nützt ohnehin nur jenen, die die Macht haben es durchzusetzen und die Moral der Menschen ist mit der gegenwärtigen Situation im gleichen Maße befriedigt, wie sie von einem Missstand keine Kenntnis hat – aufgeregt wird sich immer erst hinterher.

Die Bedeutung des Pflegenotstandes

In Deutschland waren Ende 2015 statistischen Erhebungen zufolge knapp 2,9 Millionen Menschen pflegebedürftig, heißt, dass sie sich nicht mehr ausreichend um die Erfüllung von Teilen ihrer Grundbedürfnisse kümmern können, angefangen bei dem Problem, alleine nicht mehr einkaufen zu können, bis hin zu Schwierigkeiten, auf die Toilette zu gehen und sich saubere Unterwäsche anziehen zu können. Neben der Pflegebedürftigkeit im Alltag, die häufiger alternde und „behinderte“ Menschen trifft, gibt es auch noch jene Pflegebedürftigkeit, die aus Krankheit oder schwerer Krankheit resultieren. In diesen Fällen ist es nicht bloß die Schwierigkeit, seine äußeren Angelegenheiten zu erledigen, sondern körperliche Funktionen versagen im Innern des Körpers soweit, dass ein anderer Mensch oder Maschinen diese versagenden inneren Körperfunktionen ausgleichen oder ersetzen muss.

Auch wenn es Ausnahmen geben mag, gilt wohl für die meisten Menschen, dass dieser Zustand nicht erstrebenswert ist. Im Gegenteil hängt er mit dem unfreiwilligen Verlust von Kontrolle zusammen, der in vielen Fällen nicht mehr bloß temporär, sondern Ausdruck eines sich weiter verschlechternden Gesamtzustandes ist.

Wenn die Menschen diesbezüglich einen Wunsch formulieren können, so wünschen sie sich sicherlich, dass die Übernahme von ausfallenden eigenen Fähigkeiten von Menschen erledigt wird, die einem nahe sind, etwa Familienangehörigen oder guten Freund_innen. Wenn dem so ist, kann der Mensch mit seinen eingeschränkten

und/oder verfallenden Fähigkeiten Teil seines sozialen Zusammenhangs bleiben, was ihm sicherlich helfen kann, weniger Scham über sich zu empfinden und zugleich möglichst viel Lebensqualität zu behalten.

Ob es einen solchen sozialen Zusammenhang für einen Menschen gibt, oder ob dieser auch tatsächlich eine solche Aufgabe übernehmen kann oder will, hängt von vielen Faktoren ab. Nicht selten erfährt ein Mensch in so einer Situation erstmals in aller Deutlichkeit, wie eng oder wie wenig eng der eigene soziale Zusammenhang tatsächlich ist. Was auch immer der Grund sein mag, weswegen der soziale Zusammenhang die Pflege eines Menschen nicht übernimmt, etwa weil sie es ganz faktisch aufgrund mangelnder Ressourcen nicht können, aufgrund mangelnder Fähigkeiten oder aufgrund mangelnder Sympathie, der pflegebedürftige Mensch verschwindet nicht und braucht nunmehr die Pflege durch irgendwen anderes. Und das bedeutet, dass ein Teil des Staates sich darum kümmern muss, das Gesundheitswesen.

Es ist wichtig, sich hier kurz klar zu machen, dass die organisierte Pflege in Deutschland in weiten Teilen in der Hand des Staates ist, auch wenn Pflegeeinrichtungen nicht selten von Kirchen oder privaten Pflegediensten übernommen werden. Doch beansprucht der Staat bezüglich des Gesundheitswesens in vielerlei Hinsicht, über die Organisation der Pflege zu bestimmen: Er bestimmt die Richtlinien der Pflegeberufsausbildungen, er bestimmt den gesetzlichen Rahmen, an welchen die Pflege sich zu halten hat, er bestimmt die Mindeststandards, die eine Pflegeeinrichtung erfüllen muss, und er behauptet, über deren Einhaltung zu wachen. Darüber hinaus legt er fest, welcher Anteil der gesellschaftlich vergemeinschafteten Gelder (den Steuern) für die Aufrechterhaltung und den Ausbau der Pflege auszugeben ist.

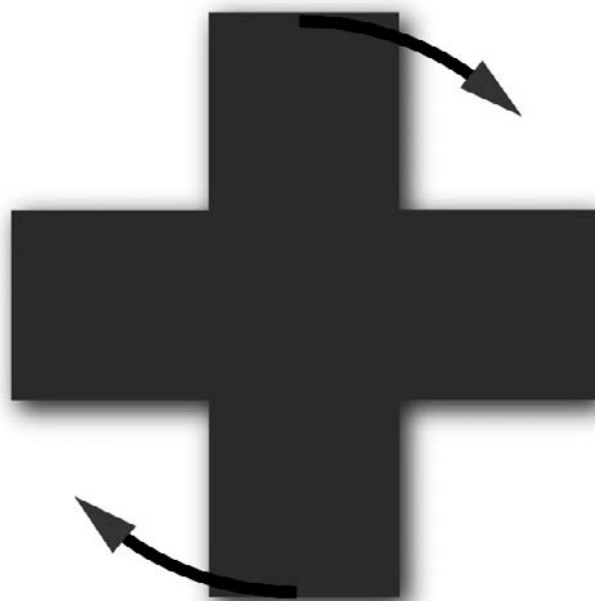
Kümmert sich das Gesundheitswesen um einen Menschen, wird er also in welcher Weise auch immer staatlich gepflegt, ist der Mensch doppelt abhängig. Zum ersten ist er davon abhängig, dass er überhaupt gepflegt wird, da er sich nicht mehr vollständig um seine Angelegenheiten kümmern kann, zum anderen ist er aber auch davon abhängig, dass der Mensch, der die Pflege ausführt, ein guter Mensch ist, heißt die Situation des Pflegebedürftigen nicht ausnutzt, Verständnis für den Menschen hat, etc. Um dies zu gewährleisten, erlässt der Staat die Richtlinien, die die Zulassung zum Pflegeberuf regeln. Allerdings scheint es schon jetzt so zu sein, dass sich die Pflege nicht im besten Zustand befindet. Bei einer Untersuchung bezüglich Gewalt in Pflegeeinrichtungen gaben knappe 50% der Befragten Pflegekräfte und sonstigen Mitarbeiter_innen in der Pflege an, dass Gewalt in der Pflege die Einrichtung, in der sie arbeiteten vor besondere Herausforderungen stellen würde. Insgesamt ist es schwierig, hier verlässliche Zahlen zu erhalten, da pflegebedürftige Menschen nicht selten kaum mehr in der Lage sind, sich über Missstände wahrnehmbar zu beschweren.

Bei einem anhaltenden oder sich verschlimmernden Pflegenotstand ist davon auszugehen, dass sich die Situation

für Menschen, die von Pflege abhängig sind, nicht verbessert, sondern deutlich verschlechtert, zumindest dann, wenn davon ausgegangen wird, dass Misshandlungen in der Pflege auch in schlechter Ausbildung und Überlastung begründet liegen.

Davon betroffen sind alle Menschen, ärmere Menschen mehr als reiche. Niemand kann sich der Situation entziehen, pflegebedürftig zu werden, niemand kann zugleich davon ausgehen, dass Menschen, die vertraut sind, sich um die Pflege kümmern werden. Vielmehr ist es wahrscheinlich, dass der Mensch, der zum Pflegefall wird, in die Hände der staatlich organisierten Pflege fällt. Dort ist die Qualität der Pflege ohnehin gering, bei einem fortschreitenden Auseinanderklaffen von pflegebedürftigen und pflegewilligen Menschen, ist davon auszugehen, dass die Pflegequalität weiter abnehmen wird, die Situation, pflegebedürftig zu werden, also eine gefährliche und bedrohliche Situation ist.

Gesundheitsminister Spahn kündigte bereits an, dass es angesichts des Pflegenotstandes nötig sei, verstärkt Pflegekräfte aus dem Ausland anzuwerben. Zu einem gewissen Grad ist das auch möglich, da der Pflege-



schlüssel, also wieviele Menschen eine Pflegeperson zu versorgen hat, in nahezu allen Nachbarländern besser ist als in Deutschland, da Deutschland im besonderen Maße überaltert. Doch im Endeffekt kann dies keine Lösung sein, da Pflegekräfte aus Frankreich, Schweden, Polen in der Regel auch in Frankreich, Schweden und Polen gebraucht werden.

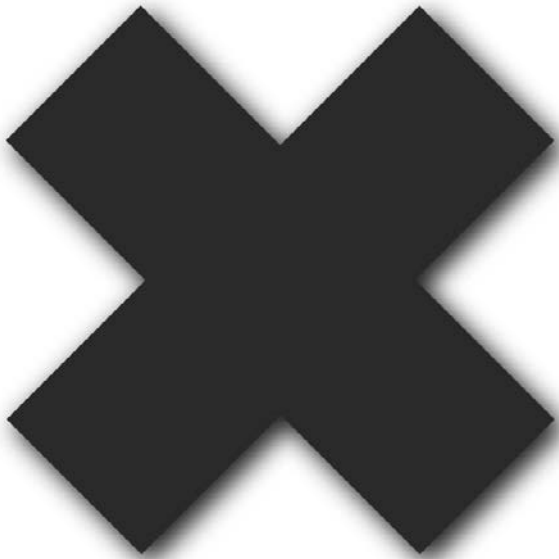
Die Gründe für den Pflegenotstand

Im Grunde genommen ist ein Pflegeberuf eine sehr besondere Tätigkeit. In ihr drückt sich ein tief solidarischer menschlicher Wunsch aus, dass jene, die zu schwach sind, für sich selbst zu sorgen, von der Gemeinschaft mitversorgt werden. Der darin enthaltene Respekt und die

Achtung vor den alternden und kranken Menschen wäre, so die Pflege denn gut ist, ein bedeutsamer Ausdruck für die menschliche Qualität einer Gemeinschaft oder Gesellschaft.

Diesen Zustand haben wir gegenwärtig nicht. Tatsächlich ist es so, dass Pflegeberufe in der Gesellschaft eher gering geschätzt werden. Nachdem die Familienministerin eine Entwicklung der Pflege Richtung Coolness forderte, äußerten sich eine Reihe von Menschen aus der Pflege über Reaktionen bezüglich ihrer Berufswahl. Sie berichteten, dass sie regelrecht dafür verachtet wurden, einen Beruf zu ergreifen, bei dem es darum ginge, alten Menschen „den Arsch abzuwischen“.

Es ist leicht sich vorzustellen, dass der Pflegeberuf schon im Grundsatz nicht die leichteste Tätigkeit ist. Doch können wir daran auch etwas erkennen bezüglich der Qualität der Zurichtung des Menschen durch den Staat und seine Erziehungsmethoden. Wie wir wissen ist es so, dass der Staat schon frühzeitig Einfluss auf einen Menschen innerhalb der Gesellschaft nehmen will, um diesen entsprechend den Erfordernissen, die der Staat zum Erhalt seines Wohlstandes und seiner Macht braucht, zuzurich-



ten, wofür er als erstes die Eltern in seinen Dienst stellt. Dies bedeutet im Allgemeinen der Ausspruch, dass die Familie die Keimzelle des Staates ist. Der Staat formt die Menschen also so, dass er sie seinen Wünschen entsprechend ausbeuten kann, heißt, in seinem Interesse über die Arbeitskraft (oder Lebensenergie) eines Menschen frei verfügen kann.

Eine solche Zurichtung dauert heutzutage circa 18 Jahre, zu Zeiten, wo die Ausbeutung von Arbeitskraft vor allem noch als Betriebskraft für Werksarbeit gebraucht wurde, ging es noch etwas schneller, wobei auch die Zurichtungsmethoden dementsprechend härter gewesen sind. Nach 18 Jahren ist der Mensch innerlich in einer nahezu ruinierten Verfassung, was sein Selbstwertgefühl und dergleichen angeht, zugleich aber dergestalt geformt, dass

er bezüglich zahlreicher gesellschaftlicher Erfordernisse eingesetzt werden kann. Allerdings, und das wird allmählich zu einem Problem, nicht in ausreichendem Maße für soziale Berufe und im Besonderen nicht für Pflegeberufe. Die Zurichtung des Menschen durch die staatliche Erziehung ist nicht dafür geeignet, einen empathischen und in gewisser Weise aufopferungsbereiten Menschen hervorzubringen. Das überrascht im Endeffekt nicht wirklich. Da der Staat die Menschen voneinander isoliert, um sich ihrer Arbeitskraft als Ressource frei zu bedienen, da er sie weitestgehend verstört und herabwürdigt, kommt am Ende ein Mensch heraus, der zwar in der Lage ist, allerlei sinnvolle Tätigkeiten auszuführen und sich dabei zu widerlichsten Konkurrenzverhältnissen aufstacheln zu lassen, aber eben auch nicht mehr. Daher kommt jene Verachtung gegenüber jenen, die trotz alledem bereit sind, „alten Menschen den Arsch abzuwischen“. Die Verachtung ist im Grunde genommen die notwendige Menschenverachtung, die der Staat den Menschen im staatlichen Interesse abverlangen muss.

Unter dieser Perspektive wird auch der Ausspruch, dass es cool sein solle, in der Pflege zu arbeiten, besser verständlich. Er ist Ausdruck dafür, dass der Staat in die Lage kommt, für etwas Werbung zu machen, was die Menschen nicht machen wollen, wofür wiederum der Staat die Verantwortung trägt. Wie hilflos diese Werbeideen sind, konnten wir bereits bei den Versuchen sehen, junge Leute für den Polizeidienst oder die Bundeswehr zu gewinnen. Genausowenig, wie die Bundeswehr ein progressives Unternehmen ist, als was sie aber mit der letzten Werbekampagne beworben wurde, ist die Pflege cool. Darin zeigt sich nicht nur die Unfähigkeit des Staates, gute Werbung zu machen. In Bezug auf die Pflege zeigt sich auch, vor welchem unauflösbaren Dilemma der Staat steht, weswegen auch nicht zu erwarten ist, dass sich am Pflegenotstand etwas ändern wird.

Kurzer Ausblick

Niemand denkt gerne über das Älterwerden nach. Trotz allem werden alle älter. Für die meisten trotzdem etwas, was leicht beiseite zu schieben ist, zumal gerade alte Leute innerhalb der deutschen Linken häufig vom Grunde her keinen hohen Stellenwert haben. Dennoch steuert die Gesellschaft, ähnlich wie in anderen Bereichen, auf einen destruktiven Punkt hin, weil der Staat die Probleme, die er verursacht, nicht lösen kann. Sich damit zu beschäftigen, ist also notwendig. Im Endeffekt wird der Staat vermutlich auch mit alten Leuten nicht anders verfahren, als mit allen anderen Problemen, die er hat: Er verschiebt sie irgendwie ins Ausland und zwar so lange, bis es dort auch nicht mehr geht. Vielleicht ist das tatsächlich die realistischste Möglichkeit für das, was dem Staat einfällt: Bevor aufwendig ausländische (derzeit sehr unpopulär) Pflegekräfte nach Deutschland abgeworben werden müssen, bezahlt man einfach Pflegeeinrichtungen im Ausland, damit sie pflegebedürftige Leute, die eh niemand mehr haben will, aufnehmen. Aus den Augen, aus dem Sinn.

Das Ausbleiben sozialer Kämpfe in Deutschland

Die Krise der politischen Repräsentation

Wir befinden uns in einer Phase globaler Fragmentierung. Nicht nur dass die Anzahl sogenannter „failed states“ zunimmt – auch staatlich stabile Gesellschaften fallen innerlich auseinander. Es gibt kaum noch eine gemeinsam diskutierte und umstrittene politische Öffentlichkeit, sondern den Zerfall in immer mehr voneinander getrennte, gesellschaftlich isolierte Parallelwelten. Die einzelnen Fragmente beziehen ihre Informationen und Weltansichten aus den Echokammern und Filterblasen digitaler Portale und „sozialer“ Netzwerke und verstärken darüber ihren eigenen Einschluss. Die klassische politische Repräsentation befindet sich nicht erst seit Trump und dem zunehmenden rechten „Populismus“ in Europa in der Krise. Der Bedeutungsverlust der politischen Administration ist tiefgreifender: Die radikale und beschleunigte technologische Transformation des Kapitalismus wird viel stärker von einigen (wenigen) privatwirtschaftlichen Akteuren aus dem Silicon Valley (und China) dominiert als von staatlichen Institutionen – und das führt zu einer noch nie gekannten Konzentration von Macht: Eine kleine patriarchale Elite von Technokraten treibt den Plattform-Kapitalismus mit seiner Smartifizierung des Seins voran um unsere sozialen Beziehungen neu zu ordnen und in Wert zu setzen. Jede noch so kleine Regung wird digital vermessen, bewertet und damit steuerbar. Der Mensch wird weit über seine Arbeitskraft hinaus dem permanenten Zwang zur Selbstoptimierung und -Veräusserung unterworfen. Die Entwicklung wird derzeit von China mit der Einführung von „Sozialen Kredit-Systemen“ angeführt. Weiter zunehmende Anpassung, soziale Vereinzelung in permanenter Rating-Konkurrenz und soziale Dequalifizierung der Abgehängten als „Überflüssige“ sind die Folge.

Im Bedeutungsverlust staatlicher Institutionen könnte auch eine Chance für einen emanzipatorischen Umbruch liegen – doch diesen auch nur zu erahnen liegt derzeit außerhalb unserer Möglichkeiten. Die Aufgabe der radikalen Linken in Europa wäre es, die Fragmente des Zerfalls-Prozesses in einer emanzipativen Perspektive von unten miteinander zu verbinden. Doch die Verunsicherung angesichts des massiven europäischen Drifts nach Rechts im Rahmen der Terror- und Flüchtlingsbekämpfung ist zu groß. Das schlichte Konzept der Mainstream-Linksradi-kalen, die sich nahezu strategiefrei in allen Diskursen auf „Opfer“-Seite verortet, greift zunehmend nicht mehr. Niemand ist stärker von der Idee besessen, (oftmals lediglich moralisch) auf der „richtigen Seite“ zu stehen. Eine zunehmend konsequenzlose Handlungsfrage, die sich nicht in unserem gelebten Alltag sondern allenfalls in punktuellen „Aktionen“ niederschlägt. Aktionen, die sich zurecht fragen lassen müssen, ob sie den Kern der sich rasant transformierenden Herrschaftsstrukturen noch treffen. Wir Autonomen scheinen längst Geschichte zu sein, auch wenn wir den Habitus noch quasi-folkloristisch aufrecht erhalten. Die bittere Lektion dabei: Die Wiederholung alter, überholter Widerstands-Konzepte bis zur Wirkungslosigkeit überzeugt nur noch wenige junge Leute.



Die „Überflüssigen“ fühlen sich von uns bis auf wenige Ausnahmen nicht angezogen.

Der Reflex einiger (ehemaliger) Genoss*innen, sich „links-populistisch“ auszurichten (in Antwort auf den gerade so erfolgreichen „Rechtspopulismus“), ist natürlich zum Scheitern verurteilt. Der hoffnungsvolle Blick auf „die Massen“ verbunden mit einer Anpassung der eigenen Positionierung an das derzeit nach rechts gerutschte, vermeintlich „Vermittelbare“ kann uns nur unglaublich machen. Der Wunsch, als „respektable“ politische Kraft wahrgenommen zu werden, trägt zur sozialen Befriedung und gesellschaftlichen Integration des Widerstands bei. Eine weitere IL-isierung der Linken schwächt nicht nur die radikale Linke sondern die Linke insgesamt. Unserer Meinung nach kann es derzeit nur um die Stärkung radikaler Minderheiten in verschiedenen sozialen Auseinandersetzungen gehen. Diese radikale Opposition ist aktuell zwangsweise minoritär. Eine offenes, ehrliches, radikales Nein in einer Suchbewegung, ein punktueller Aufruhr tragen immer dazu bei, dass die Verhältnisse klarer werden. Sie tragen dazu bei, dass alle Position beziehen müssen - nicht nur für sondern durchaus auch gegen uns. Es geht nicht alleinig ums „mehr werden“!

Die entscheidenden Momente für den erfolgreichen Aufbau einer sozialen Bewegung sind nicht die des Bewegungshochs, sondern die der Flaute. Hier geht es um selbstkritische Reflexion, eine strategische Neuausrichtung, um den strukturellen Aufbau und den Schutz radikaler Kerne. Hierzu benötigen wir echte soziale Netze, die auf Freundschaft beruhen als Gegenentwurf zur Oberflächlichkeit loser Allianzen und Bündnissen in virtualisierten „sozialen Netzen“ mit ihren vordefinierten Kommunikationsbahnen. Und wir benötigen die Fähigkeit auch in vermeintlicher Hoffnungslosigkeit weiter suchend zu kämpfen – bis es uns gelingt einer mitreißenden (sozialrevolutionären) Perspektive näher zu kommen. Agamben empfiehlt: Wenn es eine Bewegung gibt, tue so als gäbe es keine. Wenn es keine Bewegung gibt, tue so als gäbe es eine.

Wir wollen zum Abschluss exemplarisch einige wenige offensiv, (selbst-)bestimmte Ansätze zur Überwindung unserer Bewegungslosigkeit benennen. Vielleicht gelingt es anhand einiger Beispiele, nach Auswegen aus einem „weiter wie bisher“ zu suchen, mit neuen Ideen zu experimentieren und endlich wieder Strategien gegen unsere aufgezeigten Beschränkungen zu entwickeln.

Ausbrüche aus der Bewegungsstarre

1) Der Hamburg-Riot gegen die G20

Was hat der autonome Angriff auf die Selbstinszenierung der Macht der G20 in Hamburg mit sozialen Kämpfen zu tun? Überraschend viel – denn mit der Offensivität der Vielzahl von Attacken gegen die G20 ist es gelungen eine Stimmung zu kreieren, die am Freitag, den 7.7.2017 in einen tatsächlichen temporären Kontrollverlust mündete. Und an diesem kleinen Hamburger Aufstand haben sich viele nicht-autonome „Jugendliche“ beteiligt. Die materielle Verwüstung in verschiedenen Stadtteilen als das best-verständliche Nein gegen eine Welt der G20 geprägt von Ausbeutung und der Ermordung Geflüchteter ist kurzzeitig über sich hinaus gewachsen. Der Kontrollverlust von 30.000 Bullen an diesem Tag hat für viele Nicht-Organisierte die Möglichkeiten des Aufbegehrens weniger Tausend militant Agierender erfahrbar und denkbar gemacht.

Neutralisiert wurde diese unschätzbare Erfahrung des Aufruhrs beinahe von einer radikalen Linken und einer hegemonie-süchtigen Reform-Linken, die nicht in der Lage sind, diesen Angriff als notwendig und sogar fortschrittlich gegen eine erwartbare Diskreditierung durch die Medien und die polizeiliche Repression zu verteidigen. Die Gelegenheits-Militante in Deutschland ist also entweder von sich selbst überrascht, oder aber völlig unstrategisch militant. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die äußerst defensive „Verteidigung“ einiger autonomer Zentren, gegen befürchtete staatliche Vergeltungs-Angriffe. Die Innenministerien der Länder wären schön blöd, wenn sie uns einen realen Kristallisationspunkt für selbstbewusstere Krawalle liefern und auch nur eines der prominenteren Zentren schließen würden. Die voraus eilende, öffentliche Leugnung unserer Militanz aus dem Umfeld verschiedener linker Zentren hat deren Position mittelfristig eher geschwächt als gefestigt.

2) Häuserkämpfe gegen Verdrängung

In Berlin ist es gelungen durch dauerhafte Brandherde wie die Rigaer Straße, sowie das unermüdliche „Zwangsräumungs-Verhindern“ das Thema Verdrängung durch Mietenexplosion zum sozial-politischen Thema Nummer Eins zu machen. Insbesondere haben die Zwangsräumungen auch an anderen Orten für eine starke linke Prägung des Themas „Gentrifizierung“ gesorgt. Mehrere Landtagswahlen wurden inhaltlich maßgeblich durch dieses Thema bestimmt. Länger andauernde Besetzungen in Berlin, Göttingen und Köln waren in der Lage, Wohnraum mit und für Geflüchtete zu erstreiten. Wir müssen leider feststellen, dass der Kampf um „Wohnraum für alle“ die derzeitige einzige soziale Auseinandersetzung ist, dessen Diskurs eindeutig links bis linksradikal bestimmt ist.

3) autonome Fluchthilfe

Das Projekt Alarmphone inklusive linker Seenot-Rettung ist der sichtbarste und zugleich konkreteste linke An-

satz gegen das staatliche Ertränken von Flüchtenden im Mittelmeer. Militärischen Angriffen durch die libysche Küstenwache (im Auftrag der EU-Abschottung) und den Verboten europäischer Häfen, dort anzulegen zum Trotz behaupten sich mehrere linke Gruppen in dieser praktischen Antira-Arbeit, die den Finger in die offenste Flanke europäischer Menschenverachtung legt.

Der G20-Gipfel in Hamburg hat den offiziellen Grundstein für eine offensive Vorverlagerung der EU-Außengrenze nach Nordafrika gelegt. Es fehlt ein radikaler symbolträchtiger Bruch mit unserer Duldsamkeit gegenüber dieser Politik der mörderischen Ausgrenzung. Ein Fanal, wie z.B. die militante Verstopfung eines Grenzübergangs (à la Brenner 2016) oder die etwaige Öffnung eines Abschiebeknastes sind derzeit offenbar schwer denkbar – aber sind sie wirklich unmöglich? Wäre ein breiter Angriff z.B. auf die Abschiebe-Infrastruktur aktuell nicht eines der nahe liegenden Projekte der verbliebenen Autonomen? Das Künstler*innen-Kollektiv „Zentrum für politisch Schönheit“ agiert hier teilweise offensiver als die radikale Linke.

4) radikal antikapitalistische Ökologie-Bewegung

Ungewöhnlich militant, konsequent und beharrlich führen Waldbesetzer*innen ihren Kampf im HambacherForst gegen den Kohleabbau im rheinischen Braunkohlerevier betrieben vom ewig gestrigen Energie-Saurier RWE. Unzählige Sabotage-Aktionen gegen den Tagebau (zentrale Stromversorgung, Grundwasser-Abpumpstationen, Kohleabtransport über die Hambachbahn, RWE-Securities, ...) bei gleichzeitiger öffentlicher Sichtbarkeit der Waldbesetzung machen die über fünf Jahren erfolgreiche Verhinderung der Total-Abholzung aus. Das Bemerkenswerte dieses Kampfes ist seine schillernde Militanz bei gleichzeitig wachsender Wertschätzung durch einen Großteil der Bevölkerung. Angehängt an diese Bewegungsfrente erfreut sich die reformistisch-ökologische Degrowth-Bewegung (mit ihrem praktischen Arm „Ende Gelände“) ebenfalls wachsender Zustimmung. Wann nach den Gorleben-Atomtransporten hatten radikale Kerne eine so starke Ausstrahlung und konnten einen derartigen Legitimationsverlust einer ganzen Branche markieren?

5) Widerstand gegen den technologischen Angriff

Gerade erst frisch geschlüpft ist eine kleine Bewegung gegen zunehmende Fremdbestimmung durch die technokratischen Dompoteure des neu geordneten und verwerteten Kommunikationszirkus (Google, Amazon, Facebook, Apple und ihre wachsende Start-Up Gefolgschaft). Neben vermehrt nächtlichen Angriffen hat diese „Bewegung“ in Deutschland mit dem Blackfriday 2017 bei Amazon ihren eher kleinen öffentlichen Start markiert. Es scheint, als bräuchte die Linksradikale, die sich bei diesem Thema zudem im inneren Widerspruch zur eigenen Alltagspraxis befindet, noch Zeit. Doch auch an unerwarteter Stelle formiert sich Widerstand: Im „Cyber Valley“ Tübingen, Reutlingen, Stuttgart: Amazons neuer Forschungsstandort für künstliche Intelligenz in Tübingen

sorgt für Ärger. Der Einstieg von Amazon ins Geschäft mit der Gesundheit hat viele wachgerüttelt. Amazons Wissen um unsere Gewohnheiten und Vorlieben, seine Fähigkeiten, dieses Wissen vermittelt künstlicher Intelligenz in Verhaltensprognosen zu gießen und nun auch noch als Krankenversicherung inwertzusetzen - das lässt viele nicht mehr „neutral“ auf diesen technologischen Angriff schauen.

Erfolgversprechend könnte die Sabotage des Projektes „Google-Start-Up-Campus“ 2018 mitten in Kreuzberg sein. Hier setzt ein kleiner anarchistischer Kern zusammen mit Bürgerinitiativen aus der Nachbarschaft auf unmittelbare, „analoge“ Selbstorganisation des Widerstands - bewusst ohne die übliche Soziale Medien-Fixierung. Ganz old-school und offline wird die Zeitung „Shitstorm“ kollektiv geschrieben und in zehntausendfacher Auflage in Kreuzberg verteilt.

einige autonome

„Es wird weitere Angriffe geben!“

(Überschrift eines Plakates, das nach dem G-20-Gipfel verbreitet wurde)

Dokumentation, Hamburg 10.7.2018
Ein Jahr nach dem G20

„Es ist genau ein Jahr vergangen seit dem G-20-Gipfel. Da nutzen alle die Gelegenheit, das Wort zu ergreifen.“

Der Innensenator, der Polizeipräsident, Dudde und Hieber werden wieder Krokodilstränen vergießen, weil sie trotz aller Anstrengungen dem wütenden Mob nicht stoppen

und das Eigentum der Hamburger*innen nicht schützen konnten, weil so Dudde „alle Einheiten sich im Gefecht befanden“. Hieber durfte im Juni erneute Razzien in Hamburg, anderen deutschen Städten und im europäischen Ausland durchführen und Genoss*innen vor den Hafrichter schleifen lassen. Der ehemalige Bürgermeister Scholz wird wieder von den schwersten Stunden seiner Laufbahn schwafeln und sich stolz auf der internationalen Bühne präsentieren und u.a. den G-20-Gipfel in Argentinien vorbereiten.

Einige linke Reformier*innen, selbsternannte „Bewegungsexpert*innen“ und Schlaumeier werden von einer Niederlage sprechen, da ungezielte Gewaltexzesse die Bevölkerung aus dem Schanzenviertel und Ottensen vergrauelt hätten.

Wir haben den Jahrestag damit verbracht zur Feier des selbigen einige Verantwortliche für Repression und Fahndung privat auszukundschaften, ihre Adressen zu markieren, einige sehr teure Fahrzeuge an der Elbchaussee, Fahrzeuge von SIXT und eins von SPIE abzubrennen. Wir grüßen damit alle G-20-Gefangenen die noch im Knast sitzen, alle die noch vor Gericht gezerrt werden, die Betroffenen der Razzien und die die sich der Festnahme entzogen haben.

DOMRES, Verfassungsschutz

Das Haus im Christoph Probst Weg 23 in Eppendorf haben wir mit Farbflaschen beworfen. Hier wohnt Anja DOMRES, Vizechefin des Hamburger Verfassungsschutzes, Kreisvorsitzende der SPD Nord zusammen mit ihrem Mann, dem SPD_Vorsitzenden der Bezirksversammlung Nord. Der VS hat der Einsatzleitung in der Nacht auf den 7.7.2017 die Info weitergeleitet, dass am Freitagmorgen ein militanter Block aus dem Camp am Volkspark aufbrechen wird. Deshalb griffen die Bullen mit Schlachtrufen wie „jetzt bekommt ihr euer Frühstück, ihr Antifa-Schweine“ am Morgen des 7.7. im Rondenberg einen Demonstrationzug brutalst an. Viele Teilnehmer*innen wurden verletzt, einige schwer, über 70 wurden festgenommen. Schon früh bezeichnete Ex-Bürgermeister Scholz diesen Angriff als erfolgreichste Polizeiaktion gegen die Militanten. Der „Komplex Rondenberg“ ist eines der zen-



tralen Ermittlungsziele der „SOKO Schwarzer Block“. In einem engen zeitlichen Kontext gab es Polizeiaktionen gegen Demonstrationsfinger im Bereich Stresemannstraße, Schützenstraße, Ruhrstraße mit vielen Verletzten. Für alle diese Angriffe trägt der VS eine Mitverantwortung. Ein weiterer Hinweis des VS, dass vermutlich viele Italiener*innen an den freitäglichen Auseinandersetzungen teilgenommen hätten führte zu einer Festsetzung von italienischen Leuten vor der Großdemo am Samstag.

Nahezu unmittelbar nach den Polizeiattacken in Bahrenfeld enpuppte sich ein schwarzer Block an der Elbchaussee und zog nach Altona in die Einkaufsmeile. Diesen Block hatte der VS nicht auf dem Zettel oder diesbezügliche Informationen sind nicht ernst genommen worden. Wir haben heute mehrere teure Autos der Marken BMW, Porsche und Mercedes in der Nähe des Weges dieses Black Blocs angezündet.

Wir halten es für notwendig das Prinzip von Kollateralschäden, das eine Logik der Macht ist, zu verweigern. So lehnen wir z.B. das Inbrandsetzen von Gebäuden oder Fahrzeugen in in denen sich Personen befinden ab. Wir sehen in den unverantwortlichen Aktionen die es während der Gipfeltage gab allerdings keine neue Qualität, wie nun öfter behauptet. Die Auseinandersetzung mit der Frage der Verantwortung im Straßenkampf oder bei nächtlichen Aktionen zieht sich durch die Geschichte militanter Kämpfe in Deutschland und anderwo auf der Welt. Ob in Genua, Strassbourg, Berlin am 1. Mai 1987, Paris am 1. Mai 2018, Athen oder auch in Hamburg in der Vergangenheit (z.B. Feuer bei Aktionen gegen Mercado oder Banken in der langen Reihe und Weidenallee, sowie Diskussionen über Feuerbarrikaden zu dicht an Gebäuden) Debatten und Kritik um fahrlässige Aktionen hat es immer gegeben. Wir sprechen uns dafür aus Gewalt verantwortlich anzuwenden und unsere Fehler sowie die anderer zu reflektieren. In diesem Zusammenhang sei auf das Papier „Eine bittere Lektion über Feuer und Milianz“ (Interim 795) verwiesen, in dem Genoss*innen eine Aktion reflektieren, die fast fatal geendet wäre.

„Man kann die Stadt nicht gegen die Elbchaussee regieren“ (Klaus Dohnanyi, ehemaliger Hamburger Bürgermeister)

Ganz sicher wird ein Umsturz der Herrschenden Verhältnisse in Hamburg nicht ohne die kontinuierliche militante Bearbeitung der Pfeffersäcke an der Elbchaussee gelingen. Daher auch die Feuer unter Luxuskarren an der Elbchaussee. Elbchaussee wir sind noch nicht fertig.

Die Aktion gegen den **Justizsenator Steffen und Bullen Lenders** erklären sich nahezu von selbst. Steffen (wohnt im Steenwisch 89, nun durch Farbe an seinem Haus gut zu erkennen) ist als Chef der Justiz für alle Gefängnisse dieser Stadt und alle Gerichtsverfahren verantwortlich. Gerade erst hat er den Grundstein für einen Knastneubau

in Glasmoor gelegt. Auf facebook hat er die „öffentlichkeitsfahndung der SOKO Schwarzer Block bedingungslos unterstützt, für die Tage des Gipfels hatte er unbehelligtes Demonstrieren zugesichert.

Und Lenders Hartwicusstr. 13, ist sicherlich einer der schärfsten Hetzer rechtsaußen der Deutschen Polizeigewerkschaft und bei jeder Schweinerei dabei. Sein Auto hat schonmal Buttersäure abbekommen, und jetzt wurde seine Stadtwohnung mit Farbe markiert. Als Mitglied des Sonderausschusses der Hamburger Bürgerschaft, tut er sein Möglichstes um Kritiken an des Polizeieinsätzen abzuwehren.

Mit dem Vorgehen gegen die „Privatsphäre“ dieser beiden Repressionskräfte erklären wir uns ausdrücklich solidarisch mit den Leuten in Berlin, die wegen des Fahndungsplakates gegen Verantwortliche des G-20-Einsatzes (oder unter diesem Vorwandt) durchsucht und erkennungsdienstlich misshandelt wurden. Einen dicken Gruß an die, die im Wendland das Staatsschutzschwein Hupp in Hitzacker zu Hause besucht und mit Musik terrorisiert haben. Unrecht hat Namen und Adressen!

SIXT: Die Limousinen von SIXT begegnen uns regelmäßig bei den Großveranstaltungen der Herrschenden, so auch beim G-20-Gipfel. SIXT ging in den 60ern als erstes mit Leasingfahrzeugen auf den Markt. Die Familie Sixt zählt mit einem Milliardenvermögen zu den reichsten Deutschlands. Heute sind einige ihrer Fahrzeuge auf dem Parkplatz neben der U_Bahnstation Hagenbeck abgefackelt.

Spie: Die Firma mit Hauptsitz in Frankreich ist in die Atomindustrie verwickelt. In Deutschland ist sie in der Verstromung von Kohle involviert und hat eine langjährige Partnerschaft mit RWE. Spie hat außerdem immer wieder an Gefängnisbauprojekten verdient. Ein Spie Fahrzeug hat heute Nacht an der U_Bahnstation Uhlandstraße auch als Zeichen der grenzenlosen Solidarität mit den sozialen Kämpfen gegen die Grenzen und Knäste, sowie mit den von Repression Betroffenen in Frankreich und der Schweiz gebrannt.

FREIHEIT FÜR DIE G-20 GEFANGENEN
FREIHEIT FÜR NERO, ISA UND ALLE GEFANGENEN
DUDE BEI DIE FISCHE
HIEBE FÜR HIEBER
BUDNI NIX GLAUBEN-WEITER RAUBEN
DEN G-20-GIPFEL IN BUENOS AIRES ZUM DESASTER MACHEN

Innensenator Grote rät Randalierenden einen großen Bogen um Hamburg zu machen. Wir betonen: Hamburg ist ein super Ort für Krawall und Remmidemmi! Schluß mit dem Gipfel-Kater!“

anonym

Für mehr grobe Deutlichkeiten

Replik auf einen Text im Autonomem Blättchen

Unter der Überschrift „Wo wir abseits vom Spektakel stehen und warum – G20 Nachbetrachtung“ erschien im Autonomem Blättchen #31 ein spitz formulierter Text bezüglich zuvor aufgetauchter Plakate, welche sich mit den Perspektiven nach Hamburg beschäftigen.

Der insgesamt viel Kritik verteilende Text hat uns gefallen, weil er nicht nur von den vielen Erfolgsmeldungen zu diesem Ereignis abweicht, sondern auch unangenehme Wahrheiten ausspricht.

Um die Einleitung kurz zu machen, wir teilen alle sechs Punkte, nach denen sich der Schwung vom G20 nicht herüber retten kann.

Das Interessante ist aber, warum so wenig an diesen aufgezählten Charakteristiken gearbeitet wird, von denen die unbekannteren Autor*innen ausgehen, dass sie den meisten Menschen in der Szene, nach den ständigen Wiederholungen, bekannt sind.

1.) Warum wir so wenige sind

Wir sind so wenige, weil radikaler Widerstand und Militanz für viele nur eine Phase von wenigen Jahren sind. Wir bemühen uns nicht um Organisationsformen, die unserem Kampf die Unverbindlichkeit nimmt und diese durch eine Perspektive ersetzt, die attraktiver ist als mit Ende Zwanzig in die gesellschaftliche Normalität zurückzukehren. Und obwohl oft diskutiert, weigert sich die autonome Szene den Kontakt zu anderen Schichten oder Individuen zu suchen, die in einzelnen Aspekten des Alltags Widerstand leisten. Das Sondieren von rebellischen Enklaven in einer monoton gleichgeschaltet wirkenden Gesellschaft einer Stadt wie Berlin, das Entwickeln von Organisationsmodellen die uns davor retten auf ewig Durchlauferhitzer einer Jugendbewegung zu bleiben, – dass wären Tätigkeiten, die auf lange Zeit unsichtbar laufen würden, ohne kurzfristige Erfolge und Anerkennung. Die erste Problematik beruht also auf der Neigung, schnelle Erfolge und Anerkennung dem verdeckten und langwierigen Aufbau von Strukturen vorzuziehen.

2.) Warum wir mit der Angst keinen Umgang finden

Angst ist etwas sehr nützliches, sie hindert uns daran Sachen zu machen, die unsere Existenz unnötig gefährden würden. Es gibt nur eine Möglichkeit, Angst vor Repression zu überwinden: du musst als Teil eines Kollektivs handeln, dem du so weit vertraust, dass du mit eventueller Repression leben kannst. Du musst dir sicher sein, dass andere deinen Kampf draußen weiterführen, dass du nicht nach einer Knastentlassung alleine da stehst, dass alle Verbindungen die dir wichtig sind, sich stärker als die Repression erweisen. In einer Kleingruppe musst du die Motivation jeder/s Einzelnen kennen, wenn du

länger mit Leuten unterwegs sein willst, als es für die rein pragmatischen Aktionsgruppen üblich ist.

Natürlich ist das Risiko ein Faktor für die Sinnhaftigkeit einer Aktion. Hier gilt wie für alle anderen Faktoren auch, in einem Kollektiv muss es jederzeit möglich sein, alle Sachen zu besprechen, die für oder wider eine Aktion sprechen. Wo das nicht möglich ist, sind gesellschaftliche Normen von Leistung und Effizienz nicht überwunden, mithin ein im anarchistischen Verständnis von Befreiung untaugliches Kollektiv. Daher ist es ratsam, sich die in der Bewegungsgeschichte erlangten Kenntnisse über Angst und Repression anzueignen. Um rechtzeitig Mechanismen zu erkennen, die beispielsweise zur Zeit der Startbahn Schüsse dazu geführt haben, dass in Frankfurt zwar viele Aktionsgruppen unterwegs waren, deren persönliche Verbindungen aber nicht ausreichten, um nicht unter Druck wie ein Kartenhaus einzustürzen.

3.) Warum wir nicht politisch faul bleiben müssen

Der Analyse betreffend die politische Faulheit, ist wenig hinzuzufügen. Allerdings hat die Faulheit eine Schwester, und die heißt Konkurrenz. So wie es viele faule Menschen in der Szene gibt, gibt es auch viele, die mit vollem Einsatz dabei sind. Die bereit sind sich jede Nacht um die Ohren zu schlagen und auch verbindlich die unangenehmen Aufträge im Hintergrund erledigen. Dabei entstehen oft Begegnungen, die ein überflüssiges Konkurrenzdenken entwickeln. Viele Antreiber*innen sehen es nicht gerne, wenn auch andere Leute durch Übernahme von Funktionen und Informationen stark präsent sind und Erfolge haben. Es gibt ein Denken, dass anscheinend von einem begrenzten Angebot an Anerkennung, Wertschätzung und Wichtigkeit ausgeht, welches die Szene oder das eigene Umfeld für Antreiber*innen bereit hält. Gemäß einer ansozialisierten Logik, wird oft versucht, sich scheinbarer Konkurrent*innen zu entledigen.

Die Faulheit der Faulen wäre erträglicher ohne den Gossip der Egozentrischen. Sicher nicht wenige Motivierte sind vor dieser Hürde schon zurück gewichen, nicht bereit Teil eines imaginären Konkurrenzspiels zu sein.

4.) Warum wir die Abstumpfung gezielt bekämpfen müssen

Die Beschreibung unserer Abstumpfung in dem oben genannten Text ist messerscharf und treffend, dem Fazit daraus soll widersprochen werden. Die Stumpfheit ist sehr wohl verwerflich, weil sie immer zusammen mit Gleichgültigkeit und Apathie auftritt und dafür sorgt, dass die Herrschenden meistens leichtes Spiel haben, die bestehenden Verhältnisse aufrecht zu erhalten. Stumpfheit, Gleichgültigkeit und Apathie bekommen wir nicht zufällig

wie einen Schnupfen, das kapitalistische System arbeitet gezielt an der Erzeugung dieses Zustands.

Fernsehen, Smartphones und andere Unterhaltungselektronik, Konsumieren, Shoppen gehen, Fressen – nichts anderes als anerzogene Verhaltensweisen um nach den üblichen Normen zu funktionieren. Wer heutzutage in der Bahn nicht mehr den Blick auf die Smartphones der Mitreisenden vermeiden kann, fragt sich ob das Ende des menschlichen Lebens kurz bevor steht. Erwachsene sind mit Spielen beschäftigt, die uns schon als Kind zu langweilig waren. Jugendliche wischen mit erstarrtem Blick durch Selfie Galerien, Gedanken und Emotionen gefangen in dem kleinen Bildschirm eines iPhones.

Der Ausbruch beim Riot in Hamburg war nur kleines Detail bei dem, was eigentlich unsere Aufgabe ist. Natürlich ist es gut gelegentlich das Verbrennen von Plasmaschirmen zu inszenieren und Bullen zu steinigen, wir müssen aber alle Herrschaftstechniken aus unserem Leben verbannen. Indem wir die abstumpfenden Mechanismen der Herrschaft ersetzen. Das Problem einer schwachen Mobilisierung zu Thema X liegt nicht an den Leuten, die auf die Mobi nicht reagiert haben. Es liegt an der Art und Weise der Mobi, die nicht geeignet war die Gleichgültigkeit zu durchbrechen. Wer auch immer das aktuelle Gesellschaftsmodell revolutionär stürzen möchte, muss etwas anderes anbieten; eine andere Kultur, andere Umgangsformen, anderes Freizeitverhalten, andere Agitation und Information, eine andere Ökonomie. Das muss doch alles vor einer Revolution entwickelt und vorgestellt werden. Vermutlich ist es einer der größten Erfolge der Revolution in Rojava, dass es ihr gelungen ist sich so zu präsentieren, das Menschen sich dazu positionieren wollten. Im Vergleich dazu – check die langweiligen Plakate, Aufrufe und Termine, die aus dem linksradikalen Spektrum in Deutschland kommen. Weil sie einen bestimmten Rahmen nicht verlassen, überwinden sie nicht die Apathie.

Schlimmer noch wird absichtlich und grundlos systemkonformes Verhalten reproduziert, indem bestimmte Partys und Locations einzig und allein das Ziel der Gewinnabschöpfung und Apathie verfolgen. Sie sind auch Feinde der Bewegung.

5.) Wie wir unsere bürgerliche Prägung zerstören können

Tatsächlich ist unsere bürgerliche Prägung ein effektiver Schutzschild der Gesellschaft, die wir hassen. Sich davon zu trennen läuft unterschiedlich schnell in unseren Zusammenhängen ab. Zunächst könnten wir uns darauf verständigen, auch und vor allem, in einer minoritären Position zu kämpfen. Wenn es richtig ist was wir machen, spielt der gesellschaftliche Zuspruch keine Rolle. Die Trennung zwischen Bauch und Kopf hat dabei gar keine Auswirkung auf Effizienz oder Erfolg, wie es der Text nahelegt. Am Beispiel des Bullen von Dächern mit Steinen bewerfen, meldet sich der Bauch: oh, ein schönes Geräusch wie das Bullenauto von den Steinen getroffen wird. Jetzt hört man

sie mit quietschenden Reifen flüchten. Endlich haben sie mal für einen Moment Angst.

Während der Kopf sagt: Aha, eine Streife ist nicht mehr einsatzbereit, die Beamten vom Dienst abgetreten. Sie können ihre Aufträge in dieser Nacht nicht mehr erfüllen. Dadurch entsteht eine Lücke in der vielleicht andere etwas subversives machen werden. Und morgen haben sie Angst diese Stelle nochmal zu passieren, jetzt steigen sie hier ungern aus, sondern fahren lieber schnell weiter.

Bemühen wir uns kollektive Momente der Stärke und des Chaos zu schaffen, verlieren die bürgerlichen Kriterien irgendwann ihre Bedeutung. Wir können unsere Kriterien selbst bestimmen, z.B. das wir mit bestimmten Leuten in bestimmten Situation etwas machen wollen. Oder das wir tatsächlich gemeinsam Wege finden, dem Gegner einen materiellen oder psychologischen Schaden zuzufügen. Oder das wir als heimatlose Rieter durch die Welt ziehen und schauen was woanders geht. Einzige Voraussetzung ist unsere Ernsthaftigkeit etwas zu diskutieren und es verbindlich umzusetzen. Letztlich ist es eine Organisationsfrage. Wie bei der Angst vor Repression, ist auch der Kampf gegen die patriarchale Vernunft nur in einem Kollektiv möglich, dass über den Zweck einer Aktionsgruppe hinausgeht.

Das Problem vieler Aktivist*innen in Hamburg war, dass sie sich an etwas beteiligt haben, was ihnen zwar Spaß macht, was aber auch nicht öfter und erst recht nicht zu Hause passieren soll. Hier wird nämlich nach gesellschaftlichen Mehrheiten geschickt und der Riot ist nur ein taktisches Mittel, um ein Projekt der Herrschenden zu diskreditieren. Einige „postautonome“ oder kommunistische Gruppen sind einfach bemühter in der Aufrechterhaltung der bürgerlichen Prägung als wir an deren Zersetzung. Ließe sich das Plündern in Berlin-Mitte am Rande einer AfD Demo vermitteln? Sicher nicht und leider kommt es auch nicht vor. Lässt sich das Sitzblockieren vor prügelwilligen Bullen am Rand einer AfD Demo in Berlin-Mitte vermitteln? Anscheinend ja, zumindest ist es bestimmten Kräften des Antifa Spektrums gelungen, das sich sitzend verprügeln lassen attraktiver zu machen als das Plündern. Das Versäumnis liegt bei uns, weil wir nicht bereit sind, bestimmte Dynamiken anzuschieben.

6.) Die Angst vor dem Negativen vertreibt nur die Erfahrung

Ob die Angst vor dem Negativen tatsächlich einen grösseren Einfluss auf Linksradikale oder Anarchist*innen hat, lässt sich doch kaum einschätzen. Aber es gibt diese Angst und sie wird durch oberflächliche Verwendung von Begriffen nicht abgebaut. So nennen sich viele Gruppen „revolutionär“ oder manche Demos und Aktionen werden so bezeichnet. Dabei bedeutet Revolution, dass sich ein untergehendes System mit allen erdenklichen Mitteln an seinen Fortbestand klammern wird, mittels Folter, Mord, Krieg, Vergewaltigung. Die revolutionären Kräfte werden ebenfalls erhebliche Gewalt anwenden müssen, sonst werden sie ausgelöscht und die Revolution findet

nicht statt. In diesem Machtvakuum werden viele negative Persönlichkeiten ihre eigenen Triebe ausleben, die zwar nicht notwendig auf der Seite des Systems stehen aber die gleichen Mittel benutzen. Ein aus der 10. Reihe geworfener Stein, der die eigenen Leute trifft, der kleine Laden der geplündert wird, der brennende Kleinwagen – bedeutungslos in einer Revolution.

Aber die Revolution wird in Deutschland nicht stattfinden, weil zu wenige das notwendige Maß an Wut und Hass verspüren. Aber es ist möglich näher an die vom Staat Unterworfenen heran zu kommen. Indem wir unsere Feindschaft so ausweiten, dass sich auch der Staat direkter an uns wendet. Wer die privilegierte Rolle verlässt

und sich an den zahlreichen Konflikten der europäischen Festung beteiligt, wird irgendwann das Blut der eigenen Leute sehen. Sei es durch eine abgesprengte Hand in der ZAD, die Toten im Mittelmeer, die Folter in allen Knästen und Polizeiwachen der Welt ... irgendwann sind auch Rache und Vergeltung nichts negatives mehr.

Wer zu Hause bleibt und nicht auf der Straße in die Konflikte geht, verliert nie die Rolle des/der Zuschauer*in. Wir müssen dorthin gehen wo es weh tut, wo der Staat sein Tor zur Hölle öffnet. Sonst bleiben wir in den akademischen Worthülsen der Linken gefangen.

Autonome Gruppen

Sabotage während des G7-Gipfels

Dokumentation: Charlevoix, Quebec:

„Der letzte G7 Gipfel hat am 8. und 9. Juni 2018 im Schloss Charlevoix in La Malbaie (Quebec) stattgefunden. Wenn die gesamte Gegend schwer gesichert war, was wir nicht bezweifeln, hat die Macht auch darauf geachtet, ihre kritische Infrastruktur zu verstärken, einschließlich der Netzabdeckung für Mobiltelefone (mit einem 15 Mio. Dollar Vertrag mit Bell für die Installation von 13 Mobiltelefon-Relais), aber auch der Installation von Glasfaserkabel in dieser entvölkerten und etwas unberührten Zohne von La Malbaie (mit einem 6 Mio. Vertrag mit Bell), damit die Staatsoberhäupter während des Gipfels von Hochgeschwindigkeits-Internet profitieren können.

Kurz gesagt, alles sollte von dieser Seiter her, reibungslos funktionieren, und doch... und doch erfasste ein Feuer während des G7 eines der Glasfaserkabel. Gemäß einer Lokalzeitung wurde hierdurch die Kommunikation entlang der Route 128, die zu Charlevoix führt, teilweise verhindert. Der Ausfall wirkte sich auf den Mobilfunkdienst von Telus Mobilite und Bell Mobilite zwischen Beauport und Baie-Saint-Paul aus, infolge einer Unterbrechung des Glasfaserkabels. Zwölf drahtlose Standorte waren von dem Ausfall betroffen. Das „Integrated

Network of Multimedia Telecommunications“ (RITM) der Regierung von Quebec, das den Austausch von Diensten und Informationen zwischen öffentlichen Einrichtungen in ganz Quebec ermöglicht, war auch in Baie-Saint-Paul betroffen, wie auch das Transportministerium, für nachhaltige Mobilität und Elektrifizierung des Transports. Der Schaden war so groß, dass ein Plan B, als Notlösung, umgesetzt werden musste, indem ein neues Glasfaserkabel eingesetzt wurde.

Selbstverständlich, weil es nicht laut verkündet werden sollte und die Verwundbarkeit von Vorrichtungen zeigt, die immer in Reichweite mutiger Hände sind, spricht der Staat von einem Unfall. Es ist erstaunlicher Zufall, dass eine der entscheidenden Glasfaserkabel, sich in der roten Zone, selbständig entzündet. Ein Glasfaserkabel aus Glas oder Plastik, dessen Eigenschaften nicht wirklich günstig für eine spontane Entzündung sind. Was auch immer sie behaupten, Hypothese für Hypothese.... Wir bevorzugen zu glauben, dass es entweder ein göttliches Feuer gewesen ist oder eine unbekannte Hand, die sich über dieses Treffen der Mächtigen geärgert hat.

Und da Gott nicht existiert....“

quelle: Contrainfos

Beitrag zur Militanzdebatte

Einleitung

In den letzten Jahren war zu beobachten, dass militantes Handeln innerhalb der linksradikalen Bewegung an Bedeutung zurückgewonnen hat. Zuletzt war dies eindrucksvoll zu beobachten bei den Auseinandersetzungen rund um den G20, aber auch bei etlichen militanten Nacht- und Nebelaktionen, wie auch den Auseinandersetzungen um die Rigaer 94 in Berlin, sowie bei den unterschiedlichen nationalen und internationalen politischen Großereignissen.

Zugleich hat der Staat die Repressionsschraube angezogen. Auch das, was bisher als mehr oder weniger erlaubter Protest angesehen wurde, wird in der Sprache von Politik, Polizei und Medien in waltätigen

gerichtet, dass dorn Richtung ge-
Handelns gerückt. Das bedeutet nicht nur die eigene Praxis, sondern auch der Umgang des Staates mit dieser Praxis verändert hat. Mit dieser Veränderung hat auch eine erneute Reflexion militanter Praxis eingesetzt, wie beispielsweise an der Diskussion

über Militanz bei den Berliner Diskussions- und Chaostagen im Mai zu sehen ist.

Zugleich ist die Reflexion von Militanz auch losgelöst vom tagespolitischen Geschehen eine wichtige Angelegenheit, denn bei Militanz geht im eigentlichen Sinne um gewalttätiges und/oder destruktives Handeln und das ist etwas, für dessen Ende sich die linksradikale Bewegung für gewöhnlich einsetzt. Es gibt und gab zu allen Zeiten einen inhaltlichen Konflikt zwischen dem grundsätzlichen Wunsch nach einer friedlichen Welt und der Praxis militanten Handelns. Ein Konflikt, der nicht nur abstrakter und inhaltlicher, sondern auch (zwischen)menschlicher Natur ist. Wie zuletzt in der Diskussion über Militanz bei den Berliner Diskussions- und Chaostagen festgestellt, macht gewalttätiges Handeln etwas mit den Menschen, die diese Gewalt ausüben, zum einen wegen der damit zusammenhängenden Repressionsdrohung, aber auch durch die gewalttätige und destruktive Praxis selbst, da die Praxis der Menschen auf die Menschen, die sie ausüben zurückwirkt und ihre Perspektiven und ihr Erleben verändert.

Zuletzt ist es auch so, dass wenig bekannt ist über die militante Praxis, denn die, die sie ausüben reflektieren selten öffentlich darüber. Ob deren interne Reflexionen gewinnbringend sind oder überhaupt stattfinden, ist schwer abzuschätzen, doch an Verlauf und Qualität der Militanzdebatte, die nun schon so alt ist wie militantes Handeln, lassen sich wenig eindrucksvolle Beiträge diesbezüglich anführen. Daher ist es auch nachvollziehbar, dass die Militanzdebatte, die bei den Berliner Diskussions- und Chaostagen erneut aufgenommen und in mindestens einem weiteren veröffentlichten Text fortgesetzt wurde, sich mit Militanz auf einer ganz grundsätzlichen Ebene beschäftigt. Leider ist festzustellen, dass dabei kaum etwas Neues herauskam.

Richtig jedoch ist, was in dem sich auf die Debatte beziehenden Text stand, dass der Militanzbegriff in seiner Reflexion immer auf die konkreten gesellschaftlichen Bedingungen spiegeln muss, weswegen es nicht ausreichend ist, auf die bisherigen Debatten zu verweisen, auch wenn besagter Text dann keinerlei Beitrag zu einer Reflexion auf die konkreten Bedingungen bietet, sondern mit abstrakten Beispielen operiert.

Hilfreicher waren da schon die Aufteilungen aus der Debatte bei den Berliner Diskussions- und Chaostagen in theoretisch allgemeine Grundlagen des militanten Handelns auf der einen Seite, sowie praktischen Problemen und Verfahrensweisen

auf der anderen Seite, wobei die Aufteilung als Ergebnis eher ein zufälliges Bei produkt gewesen zu sein scheint.

Militanz und die Reflexion von Militanz gehören nicht zwangsläufig zusammen, Menschen sind militant, ohne sich über theoretische Grundlagen ihres Handelns Gedanken zu machen und dieser Umstand sagt wenig bis nichts über die Qualität und Ausrichtung ihres Handelns aus. Jeder Mensch kann militant in seinen persönlichen Interessen handeln, ohne dass er sich darüber erklären muss, und ohne dass jemand sein Verhalten aus der Aktion heraus verstehen kann. Der Mann, der seiner Sachbearbeiterin vom Jobcenter die Reifen aufsticht, tut dies vielleicht, weil er sich gegen eine Sanktion wenden will, vielleicht aber auch, weil er ein Frauenfeind ist. Wir wissen es nicht, und so lange er sich nicht erklären will, ist jeder Versuch, seine Aktion in irgendeine Richtung zu interpretieren und für sich in Anspruch zu nehmen, nichts als eine autoritäre Ideologisierung. Wenn wir uns in der Folge mit Militanz beschäftigen, ist die Trennung der allgemeinen Betrachtungen von Militanz, von dem, was politisch in unserem Interesse sein könnte, von Bedeutung und sollte nicht, wie es häufig geschieht, einfach so vermengt werden.

1. Theoretische Grundlagen militanten Handelns

Der Begriff Militanz

Es ist nicht nötig, sich lange mit der Begriffsdefinition von Militanz aufzuhalten. Der Begriff besitzt bereits eine allgemein bekannte Bedeutung, in welchem das Wort gebraucht und verstanden wird. Der Begriff militant leitet sich ab vom lateinischen *militare* = „Kriegsdienst leisten“, womit der Bezug zu gewalttätigem Handeln dem Begriff eingeschrieben ist. In seiner Weiterentwicklung steht der Begriff nicht mehr dafür, den Kriegsdienst abzuleisten, sondern dafür, sich bewusst und gewalttätig für seine Sache einzusetzen. Das gilt gleichermaßen für den militanten Nazi, den militanten Christen oder militante Autonome.

Tatsächlich hat sich der Begriff Militanz soweit von seinem Wortursprung entfernt, dass er mittlerweile vom Kriegsdienst und überhaupt dem militärischen Bereich abgegrenzt ist. Während militärisches Handeln das Handeln von Staat und seiner Armee ist, ist das militante Handeln ein Handeln, welches aus der Gesellschaft herauskommt und sich über militante Gruppen und Bürgerwehren bis zur Miliz steigern kann.

Es geht völlig fehl, zu versuchen, dem Begriff weitere Bedeutungen zu geben, beziehungsweise seine Trennlinien zu anderen Formen der politischen Praxis in der Interpretation als

Lebenseinstellung zu verwischen. Entgegen der Einschätzung der Genoss_innen, die den Folgebeitrag zu den Diskussion- und Chaostagen schrieben, hat es nichts mit militantem Handeln zu tun, den Abwasch in der WG zu machen, auch wenn die Verteilung und Übernahme häuslicher Arbeiten ein wichtiger Teil des Lebens ist, den zu diskreditieren niemandem gut zu Gesicht steht.

In Versuchen, den Militanzbegriff auf diese Art zu erweitern steckt jedoch ein Militanzfetisch, der militante Praxis soweit erhöht, dass andere Praxis, selbst Lebenspraxis wie etwa das Abspülen, nicht mehr sinnvoll, bzw. wertlos erscheint. Wer dann diesem Militanzfetisch nicht gerecht wird, muss den Begriff der Militanz soweit verklären und verwischen, dass auch eine bisher nicht militante Praxis militant erscheint. Eine Diskussion über Militanz, die diesen Punkt nicht grundsätzlich begreift, ist zum Scheitern verurteilt.

Militanz bezeichnet also eine bestimmte Weise zu handeln, keine Einstellung zu diesen Handlungsweisen. Wer Militanz bejaht, selbst aber nicht militant handelt, wird dadurch nicht zum militanten Menschen. Eine solche Militanzaffinität ist gleichwohl nicht zu unterschätzen, denn sie eröffnet den Raum, in welchen militantes Handeln hineinwirkt und an zusätzlicher Bedeutung gewinnen kann, zudem erweitert eine solche Einstellung auch den Möglichkeitsrahmen.

Militanz und Staat

Es ist im Allgemeinen so, dass Militanz sich nicht an einer Einigung mit demjenigen, den das militante Handeln trifft, orientiert, sondern sich über die Ansichten der oder des Anderen hinwegsetzt, oder sogar mehr, die Ansichten der oder des Anderen dazu führen, dass der oder die Andere das Ziel von Gewalt wird. Ein anderer Weg, einen Konflikt zu lösen wird nicht mehr als sinnvoll, zu langwierig oder aussichtslos angesehen.

In Bezug auf das Verhältnis von Staat und Gesellschaft steht das militante Verhalten auf der Seite der Gesellschaft, also auf der Seite derer, die nicht Teil des Staates sind und drückt die Ansicht aus, dass Gewalt für einen selbst das sinnvollste Mittel ist, auf ein Missverhältnis zwischen den eigenen und den staatlichen Interessen zu reagieren. Dies kann sich auf einen Konflikt zwischen den Interessen des Staates und den Interessen der Gesellschaft, oder aber auch einen Konflikt innerhalb der Gesellschaft beziehen.

Das Recht, gesellschaftliche Probleme mit Gewalt zu lösen, beansprucht der Staat traditionell vollkommen für sich. Ohne dieses Verhältnis zur Gewalt, kann der Staat seine Interessen gegenüber der Gesellschaft nicht ausreichend umsetzen. Daher ist der Staat darauf angewiesen, jedweden militanten Widerstand in der Gesellschaft zu unterwerfen und zu zerschlagen oder durch Infiltration und Manipulation unter seine Kontrolle zu bringen. In der gegenwärtigen deutschen Gesellschaft können wir dies anhand einiger Beispiele sehen. So wissen wir, dass militante Nazistrukturen vom Staat durchdrungen sind,

weswegen er sie eingedenk der Idee, diese stünden nun unter seiner Kontrolle, gewähren lässt. Wir sehen, dass der Staat zuletzt hart gegen die Reichbürgerbewegung vorging, was zentral darin begründet liegt, dass die Reichbürger_innen den Staat und sein Gewaltmonopol ablehnen. Ebenfalls sehen wir den Kampf des Staates gegen kriminelle Banden, wobei diese nur soweit in seinen Fokus geraten, wie er an dessen Gewinnen und/oder zur Verfügung gestellten Waren und/oder anderen „Angeboten“ nicht partizipieren kann. Zuletzt kennen wir den Kampf gegen unsere Strukturen selbst zur Genüge und wir wissen auch, dass er dort härter geführt wird, wo unser Wille, die Gesetze zu missachten, groß ist. Gerade bei uns geht es dem Staat auch häufig nicht bloß um das Ergebnis einer Gesetzesübertretung, also etwa das Steinwerfen auf die Polizei (diese nimmt dabei ja häufig gar keinen Schaden), sondern um den Umstand, dass überhaupt Gesetze übertreten werden. Bekämpft wird bei uns also weniger das Bedrohungspotential, welches faktisch in einer einzelnen Handlung liegt, sondern die Bedrohung, die sich aus unserer Einstellung zum Gesetz im Allgemeinen ergibt.

Neben der faktischen Bekämpfung militanter Strukturen durch die Polizei und die Geheimdienste, sieht der Staat sich mittlerweile genötigt, gesellschaftlichen Widerstand (egal ob von uns oder irgendwelchen Spinnern) gegenüber der Gesellschaft verächtlich zu machen. Militante Strukturen werden nicht nur bekämpft, sondern mit den Mitteln der Propaganda so dargestellt, dass die Gesellschaft zum einen das staatliche Gewaltmonopol und zum anderen auch das gewalttätige Vorgehen des Staates gegen militante Strukturen bejahen soll, ungeachtet der Frage, ob dies im eigenen gesellschaftlichen Interesse ist, oder nicht. Hiermit soll der Effekt, der der ablehnenden Haltung gegenüber dem Gesetz zugeschrieben wird, also eine Destabilisierung des staatlichen Gewaltmonopols, abgeschwächt werden.

Ergänzend dazu wird die Propaganda dahingehend ausgeweitet, dass vom Staat behauptet wird, es gäbe sinnvolle und brauchbare Wege der Mitbestimmung bezüglich der staatlichen Politik. Es ist bezeichnend, dass zum einen zwar kaum eine Möglichkeit der relevanten Einflussnahme besteht, zum anderen aber die Kenntnis über diese Unmöglichkeit innerhalb der Gesellschaft kaum verbreitet ist und sich trotz eingängiger Ereignisse nicht verfestigt. Beispiele für Ereignisse, bei denen die Gesellschaft sehen konnte, dass ihnen nicht die geringste Möglichkeit zur Mitbestimmung zugeordnet wird, waren beispielsweise die Kämpfe um die Startbahn West, der Kampf gegen das Endlager in Gorleben, die Auseinandersetzungen zu Stuttgart 21 oder die Ablehnung von TTIP und damit zusammenhängende Massendemonstrationen, zuletzt auch die Demonstrationen gegen das neue Polizeigesetz in Bayern und NRW. Selbst wenn im Kontext dieser Ereignisse zum Teil die Einsicht zustande kam und kommt, dass der Staat keine Beteiligung der Gesellschaft an seinen Entscheidungen vorsieht und mit massiver Gewalt gegen selbst friedlichen Protest vorzugehen bereit ist, wenn dieser ihm zu groß wird, und selbst

obwohl in manchen dieser Kontexte militantes Handeln ausdrücklich begrüßt wurde, verschwindet diese Ansicht danach häufig wieder und dämmert weg. Das ist auch als Erfolg der staatlichen Propaganda zu sehen, welche das Bild vermittelt, dass der Staat zum einen selbst keine Probleme erzeugt, sondern Probleme, die aus der Gesellschaft kommen, löst, zum anderen der Gesellschaft ausreichende Möglichkeiten der politischen Gestaltung eröffnet.

Der Staat versucht also zum einen militanten Widerstand unter Kontrolle zu bringen oder zu zerschlagen, und zum anderen der Gesellschaft weis zu machen, dass Militanz nicht nötig ist, sondern friedliche und damit adäquate Wege zur Mitbestimmung existieren. Erfolgreich ist die Propaganda des Staates, wenn die Frage, was militant und damit verboten ist und was nicht, in der Deutungshoheit des Staates liegt. Weiterhin ist es ebenso ein Erfolg, das sich in der Gesellschaft eine Haltung breit gemacht hat, dass legitime Gewalt nur vom Staat ausgehen darf, und das es ebenso der Staat ist, der gegenüber der Gesellschaft beurteilen kann, was legitime Gewalt ist. Dass diese Grenzen flexibel verschoben werden können, sehen wir daran, dass der Staat dazu tendiert, selbst friedlichen Protest als gewalttätig zu diffamieren.

Militanz und Gesellschaft

Militantes Verhalten kommt aus der Gesellschaft und richtet sich im politischen Kontext gegen den Staat oder aber auch ausgehend von einem Teil der Gesellschaft gegen einen anderen Teil der Gesellschaft.

Das Bild der Gesellschaft bezüglich militanten Auseinandersetzungen ist im gegenwärtigen Zustand negativ und zwar so lange, wie die Gesellschaft im militanten Verhalten keinen gesellschaftlichen Nutzen sehen kann. Dass die Gesellschaft dies nicht erkennen kann, oder diesen derzeit zum Teil in absolut reaktionären militanten Aktionen sieht (wie beispielsweise beim Bejahen eines Brandanschlages auf eine Flüchtlingsunterkunft), liegt an der desolaten Situation, in welcher sich die Gesellschaft befindet. Generell ist es jedoch der Fall, dass die Gesellschaft Militanz dann akzeptiert und bejaht, wenn das Vertrauen in den Staat schwindet, eine Lösung für tatsächliche oder vermeintliche Probleme zu leisten. Weiterhin lässt sich festhalten, dass die Gesellschaft Militanz bejaht, wenn sie zum einen ein Problem für sich erkennt, zum zweiten den Eindruck hat, dass alle Lösungsversuche gescheitert sind oder scheitern, und dass das Problem trotz allen Lösungsversuchen weiterhin fortbesteht und gelöst werden muss. Grundlage hierfür ist, dass die Gesellschaft ein selbstbewusstes Interesse hat, also ein Problem erkennen und benennen kann. Diesen Zustand versucht der Staat zu verhindern, da er grundsätzlich andere Interessen vertritt als die Gesellschaft.

Der gegenwärtige Zustand ist dadurch geprägt, dass der Staat in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erfolgreich die Gesellschaft daran hindert, für die Gesellschaft relevante Probleme zu erkennen. Die Methoden dafür sind bekanntermaßen das Erzeugen von Angst um die

eigene Existenz in der Art, dass die Menschen bereit sind, ihre eigenen Interessen im Sinne ihrer Arbeit und ihrer Arbeitgeber aufzugeben, und dem Erzeugen sinnloser bzw. Entstellen eigentlicher Bedürfnisse mit dem gleichzeitigen Angebot der Befriedigung dieser. Kurz gesagt: Der Mensch wird im gegenwärtigen Zustand sich selber fremd gemacht. In der Folge ist die Gesellschaft ein Zusammenhang sich selbst entfremdeter Menschen. Da die Menschen sich nicht mehr kennen, sind sie auch nicht mehr in der Lage, als Gesellschaft die relevanten Probleme, mit denen sie konfrontiert sind, zu erkennen. Das führt dazu, dass die Gesellschaft sich in weiten Teilen nur noch mit naheliegenden, d.h. sie selbst umgebenden Problemen konfrontiert sieht, nicht in der Lage ist, die Hintergründe der Probleme zu erkennen und zugleich daran glaubt, dass der Staat diese Probleme lösen wird. Beispielhaft erkennen wir dies an der aktuellen Fluchtbewegung nach Europa und auch nach Deutschland. Die Konfrontation mit den neuankommenden Menschen wird als Problem gesehen und die dahinterliegenden Gründe nicht oder nur sehr begrenzt und falsch erfasst. Die Lösung dieses „Problems“ wird darin gesehen, dass niemand mehr nach Deutschland fliehen soll, in der Folge wird erwartet, dass der Staat sich dafür einsetzt. Ein nicht geringer Teil der Gesellschaft hat diesbezüglich jedoch das Vertrauen in den Staat verloren und beteiligt sich am rechten Widerstand gegen die ohnehin schon restriktive und menschenverachtende Politik diesbezüglich des Staates. Zum Teil werden militante Aktionen gegen nach Deutschland geflohene Menschen begrüßt.

Deutlich weniger werden demgegenüber militante Aktionen begrüßt, die sich gegen die menschenverachtende Politik des Staates richten. Das liegt daran, dass die Menschen nicht ursächlich den Staat als Grund für ihre Probleme ansehen, sondern diejenigen, die vor verschiedenen Gefahren nach Deutschland geflohen sind. Nur diejenigen sind in der Lage, sich mit einer progressiven militanten Aktion gegen den Staat und seine Politik zu identifizieren, die die tatsächlichen Probleme der Gesellschaft und der zugehörigen Hintergründe erkennen.

Das bedeutet, dass grundsätzlich die Gesellschaft in der Lage ist, den Sinn und die Bedeutung einer militanten Aktion zu erfassen, aber nur in dem Maße, wie sie die Probleme, gegen welche die militante Aktion sich richtet, zu erkennen bereit ist, zugleich zu begreifen, dass der Staat diese Probleme nicht lösen kann und will, sondern sogar erzeugt, und die anhaltende Relevanz des Problems zu begreifen.

Leider gibt es viele Beispiele dafür, dass die Gesellschaft im Ganzen hierzu nicht in der Lage oder willens ist. Bezüglich des Klimas etwa hören die Leute zwar allerlei zum Klimawandel und dessen Folgen, gleichwohl rührt es sie kaum an, weil sie zum einen durch die Produkte aus der Wirtschaft abgelenkt wird, zum anderen glaubt, was der Staat an Propaganda bezüglich des Problems betreibt, wie etwa das Pariser Klimaabkommen, welches zwar viel verspricht, aber in keiner Weise verhindern

konnte, dass sich die klimatische Situation weiterhin nur verschlechtert.

Eine militante Aktion kann sich nur soweit vermitteln, wie in der Gesellschaft der Rahmen dafür vorhanden ist. Das bedeutet, dass die Vermittelbarkeit nicht in der Aktion verankert liegt, sondern in der Situation, in welcher sich die Gesellschaft befindet. Ein und dasselbe Ziel einer Aktion kann zum einen Zeitpunkt sich gut vermitteln, zu einem anderen Zeitpunkt schlecht, je nachdem, wie der gesellschaftliche Rahmen dazu steht. Damit ist freilich nichts ausgesagt über den Sinn oder Unsinn einer militanten Aktion, da die Ziele auch jenseits der Vermittelbarkeit liegen können. So kann es zum Beispiel Ziel einer Aktion sein, den gesellschaftlichen Rahmen zu verändern, der Gesellschaft also ein relevantes Problem überhaupt erst zu Bewusstsein zu bringen.

2. Praktische Grundlagen linker Militanz

Differenzierung der verschiedenen linken militanten Ansätze

Während sich die theoretischen Grundlagen der Militanz allgemein auf der Seite der objektiven Verhältnisse befinden, befinden sich die praktischen Grundlagen auf der Seite des Subjekts. Sie ergeben sich also aus dem Verhältnis des Menschen zu sich selbst, wie auch aus dem Verhältnis der Menschen untereinander und ihrem persönlichen Wünschen und Wollen, sowie der Stellung des Subjekts zur Gesellschaft. Daraus resultieren die unterschiedlichen Motivationen bezüglich linker Militanz.

So gibt es militante Strömungen, die sich nicht gegen die Probleme der Gesellschaft richten, sondern gegen die Gesellschaft selbst. Die Gesellschaft selbst wird in diesem Fall als Problem identifiziert und angegriffen. Da alle Militanz aus der Gesellschaft heraus resultiert, ist diese Form von Militanz Ausdruck einer Tendenz zur Selbstzerstörung der Gesellschaft. Diese resultiert aus dem schlechten Gewissen der Gesellschaft darüber, dass sie als Treibstoff staatlicher Macht mit für die zerstörerische Politik des Staates verantwortlich ist. In ihrer finalen Tendenz zerstört sich so die Gesellschaft selbst. Das bedeutet zugleich, dass sich diese Art der Militanz im Endeffekt auch immer gegen diejenigen Menschen auswirkt, die sie ausüben. Diese Art von Militanz ist geprägt von einer tiefen Menschenfeindlichkeit und bringt zum Teil eliminatorische Bilder hervor, in welchen der Mensch als Störfaktor beseitigt werden soll.

Daneben existieren militante Strömungen, die sich gegen andere selbstdestruktive Teile der Gesellschaft wenden. Dies ist beispielsweise der militante Antifaschismus und der militante Antisexismus.

Andere militante Strömungen orientieren sich eher an der Selbsterfahrung im Zuge der militanten Praxis. Die Militanz ist in diesem Falle der Versuch, die bereits beschriebene Verdinglichung als militant handelnder Mensch

zu durchdringen. In ihrer vollkommenen Verwirklichung verwandelt die Verdinglichung einen Menschen in eine reine Sache, verwandelt ihn vom Subjekt in ein vollständiges Objekt, was nur um den Preis des Todes des Subjekts zu erwirken ist. Militanz, die sich unmittelbar gegen diese Form der Verdinglichung wendet, ist Ausdruck der Selbsterhaltungskräfte der Gesellschaft. Sie erwirkt, dass der Mensch, in dem er sich als Subjekt gegenüber der Verdinglichung zur Wehr setzt und sich dem Verdinglichungsprozess gegenüber behauptet.

Dem sehr ähnlich sind jene militanten Strömungen, die nicht bloß im Sinne der subjektiven Selbsterhaltung handeln, sondern darüber hinaus die Gesellschaft selbst vor der Verdinglichung zu bewahren und sich in eine Position zu bringen, welche dazu geeignet ist, die Menschen in der Gesellschaft vor ihrer Verdinglichung zu beschützen.

Zuletzt gibt es noch jene Strömungen, deren Ziel es ist, sich dem Prozess der Verdinglichung nicht bloß gegenüber zu behaupten oder die Gesellschaft zu beschützen, sondern die Grundlage der Verdinglichung zu beseitigen.

Aus diesen unterschiedlichen Ansätzen ergeben sich unterschiedliche, sich zum Teil ausschließende Interessen bezüglich der militanten Praxis. Es ist beispielsweise offensichtlich, dass eine Militanz, welche die Gesellschaft selbst zum Ziel hat, wenig auf Vermittlung angewiesen ist, wohingegen jene militante Praxis, welche die Gesellschaft vor Schäden bewahren will, sehr von Vermittlung profitieren kann.

Es lässt sich daher keine allgemeine praktische Position zur Frage der Vermittlung finden, wie auch keine Übereinstimmung hinsichtlich der Frage nach dem Ziel militanter Praxis. Die Ziele der jeweiligen Praxis werden immer von denen festgelegt, die sie ausführen und sind daher freizumachen von Versuchen objektiver Bestimmung, was in der Tendenz eine Homogenisierung militanter Praxis anstrebt, die nicht ohne Ideologie und autoritäres Durchsetzen der eigenen Ansichten, also dem Wunsch, zu führen, auskommt.

Subjektive Voraussetzung militanter Praxis

Da Militanz von Menschen gemacht wird, ist Militanz ohne die subjektive Voraussetzung dafür nicht möglich. Es ist daher auch in vielen Fällen müßig darüber zu reden, ob ein militantes Agieren gerade sinnvoll ist oder nicht, wenn diese subjektive Voraussetzung gar nicht vorhanden ist. Aus einer rein strategischen Überlegung kommt keine militante Praxis zustande, beziehungsweise sind jene, die die subjektive Voraussetzung für Militanz nicht haben, dazu gedrängt, entweder immer zu dem Ergebnis zu kommen, dass Militanz im jeweils besprochenen Fall nicht sinnvoll ist, oder aber Militanz zu bejahen als sinnvolles Mittel und dann darauf zu hoffen, dass andere kommen, um militant tätig zu werden.

Dies ist ein generelles Problem innerhalb der radikalen Linken, wenn über Militanz als Mittel gesprochen wird. Häufig wird diese als ein reines strategisches Mittel

behandelt, welches sich nach Belieben einsetzen lässt. So sind manchmal Stimmen zu hören, dass auf die Auflösung einer Demo am Besten mit einer Scherbendemo in der Innenstadt reagiert werden sollte. Oder andersherum, dass es nicht schon wieder eine Randaldemo geben solle. Im ersten Fall wird davon ausgegangen, dass „wir reagieren mit einer Scherbendemo“ einfach eine Option sei, die sich, so es angemessen wäre, umsetzen ließe. Dabei wird außer acht gelassen, dass die meisten Menschen etwa auf einer Antifademo zwar dem autonomen Schick nach zu urteilen eine Neigung zu militantem Handeln haben, aber kaum in der Lage sind, einfach eine Scherbendemo als Reaktion zu veranstalten. Zudem wird die Demo, die ja zum Zeitpunkt der Planung noch gar nicht vorhanden ist und es unklar sein wird, wie sie sich zusammensetzt, es also auch unklar ist, wieviele Militante diese besuchen werden, als planerische Verfügungsmasse gesehen. Sämtliche subjektiven Voraussetzungen werden zugunsten einer strategischen Fantasie ignoriert.

Im zweiten Falle, also im Statement „Nicht schon wieder eine Scherbendemo“, wird verkannt, dass es kaum Scherbendemos in Deutschland gibt. Es lässt sich sogar sagen: In wahrnehmbarer Größenordnung vielleicht eine in zwei Jahren, auch wenn die Zahl zuletzt wieder zugenommen hat. Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, woher ein „nicht schon wieder!“ hier kommen mag. Das Verhältnis zur militanten Praxis im Rahmen einer Demonstration ist jedoch das gleiche wie im ersten Fall: Es erscheint den Menschen so, als könne im Vorhinein entschieden werden, welchen Ausdruck eine Ansammlung von Menschen haben solle. Militante Praxis wird damit den eigentlichen Akteuren dieser aus der Hand genommen und zum Planungselement herabgewürdigt, ohne das es tatsächlich das dazugehörige Verhältnis zu den militant Handelnden gibt, welches zudem auch noch autoritär gedacht wird. Militante werden zu den Kettenhunden der politischen Planungsbüros, welche man wahlweise loslassen kann oder kürzer anbinden müsse.

Ob Militanz stattfindet, liegt jedoch keineswegs an einer rein strategischen Überlegung. Sie ist keine Option, die gezogen werden kann oder eben nicht. Vielmehr kann sie nur umgesetzt werden, wenn Menschen zusammenkommen, die die subjektiven Voraussetzungen dafür haben.

Die jeweils subjektiven Voraussetzungen für den einzelnen Menschen können nicht erschöpfend aufgelistet werden. Dennoch ist es möglich, ein paar notwendige Voraussetzungen zu bestimmen, Diese Voraussetzungen sind, dass die Gesetze des Staates zumindest in Teilen als nicht bindend für das eigene Handeln angesehen werden. Zudem eine gewisse Fähigkeit existiert, sich der Drohung der Repression zu widersetzen oder sie zu verdrängen, beziehungsweise die Repressionsangst zu überwinden. Sowie ein innerer Drang, etwas zu einem bestimmten Sachverhalt zu unternehmen.

In der Diskussionsveranstaltung bei den Berliner Diskussions- und Chaostagen, wurden eine Reihe weiterer Punkte als Voraussetzung angeführt, wie etwa Kenntnis von be-

stimmten Gegebenheiten, Planung, Wissen um bestimmtes Vorgehen. Diese sind jedoch keineswegs notwendig und übersehen, dass Militanz auch als spontaner, ungeplanter Akt vorkommen kann, dass Militanz auch ganz und gar erfolglos sein kann und ohne Aspekte wie gute Planung, Fähigkeiten, etc auskommen kann. Was dort aufgezehlt wurde als Grundlage für militantes Handeln, waren Einschätzungen, welche Praktiken eine militante Aktion leichter gelingen lassen könnten, beziehungsweise dazu beitragen, die Repressionsgefahr zu senken. Sie gehören damit in den Bereich praktischen Erfahrungswissens, beziehungsweise in den Bereich ganz allgemeiner Mutmaßungen und Lebensweisheiten.

Hinzu kam in der Berliner Diskussion eine Fehleinschätzung zu Privilegien als Grundlage militanten Handelns, demnach militant handeln zu können ein Privileg derer sei, die die nötigen Voraussetzungen via ihrer Stellung in der Gesellschaft sowie ihren physischen Möglichkeiten haben. Natürlich ist es mehr als offensichtlich, dass jemand, der beispielsweise aufgrund einer steifen Schulter seinen Arm nicht mehr heben kann, mit diesem keine Steine mehr schmeißen wird. Es ist jedoch sinnlos, die Fähigkeit, den Arm zum Schmeißen noch gebrauchen zu können, als Privileg zu fassen. Genauso ist es ein grundlegender Irrtum, dass sich nur abgesicherte, weiße, sportliche Männer militant betätigen können, beziehungsweise aufgrund ihrer Privilegien leichter militant betätigen können. Hier liegt ein Zerrbild von Militanz zugrunde. Denn Militanz ist gerade eines der zentralen Mittel der Unterprivilegierten, sich auszudrücken. Militanz ist ja gerade eine angeeignete Fähigkeit, sich ohne Privilegien Gehör zu verschaffen. Wir finden in diesem Gedanken vielmehr erneut einen Ausdruck der Fetischisierung von Militanz gegenüber einer Reflexion von Militanz. Die Fähigkeit, militant zu handeln, ist in seltenen Fällen etwas, was jemandem einfach in den Schoß fällt. Viel häufiger muss es sich im gemeinschaftlichen und innerlichen Prozess erarbeitet und erschlossen werden, vor allem und gerade da, wo die Unterprivilegisierung die Menschen eigentlich daran hindern und ihren Unwillen mit der Gesellschaft zum Schweigen bringen soll. Dies ist etwas, was sich im Rahmen der militanten Praxis ständig aufs Neue erschlossen werden muss. Gerade jene, die, ohne militant zu sein, darauf verweisen, dass nur die Privilegierten militant sein können, erzeugen ein Bild der Militanten, was an das Bild des militanten, isolierten männlichen Kämpfers, wie es auch hin und wieder noch auf Plakaten auftaucht, angelehnt ist, auch wenn gerade diese Darstellung in den letzten Jahren schon deutlich zurückgegangen ist.

Militanz, Vermittelbarkeit, Moral

Bezüglich der militanten Praxis hat die Frage nach der Vermittelbarkeit traditionell einen hohen Stellenwert. Dies geht soweit, dass Menschen glauben, Militanz sei überhaupt nur dann gerechtfertigt, wenn sie sich vermitteln lässt. Da dieser Punkt jedoch nicht objektiv bestimmbar ist, verweilt diese Ansicht auf der Ebene politischen Kalküls oder auf der Ebene der Moral. Im Zentrum steht die Annahme, dass in einem bestimmten Fall militantes Handeln mehr schadet als nutzt, was dann entweder als

politisch nicht sinnvoll, oder als moralisch nicht vertretbar bewertet wird.

Tatsächlich ist es aber so, dass die Frage nach der Vermittlung kaum zu beantworten ist, da hierzu kaum Informationen verfügbar sind. Häufig orientiert sich eine Vorstellung von Vermittlung daran, wie in den Medien auf eine Aktion reagiert wird. Die Medien als Hauptquelle für Informationen diesbezüglich sind jedoch eine denkbar schlechte Informationsquelle. Denn es ist so, dass die Menschen, die die Medien produzieren, in keiner Weise eine besondere Expertise haben, sich sinnvoll bezüglich militanten Handelns zu äußern. Vielmehr muss bei der derzeitigen Lage der deutschen Medien gesagt werden, dass diese sich zu Stütze und Schutz gesellschaftlicher Ungerechtigkeit entwickelt haben. Zudem ist es so, dass durch die weite Verbreitung der Medien via Zeitungen, Magazinen, Internetseiten und Fernsehsendern verschleiert wird, dass es sich alles in allem trotzdem nur um Einzelmeinungen handelt, die zudem unter der Riege einer finanziell abhängigen und in vielen Fällen auch abgewirtschafteten Redaktion steht, die Meinung also noch durch die politische Ausrichtung der Medieneigentümer gefälscht und gesteuert wird. Eine Berichterstattung in dem Sinne, dass Militanz bejaht wird, kann also ohnehin kaum erwartet werden. Wer sein Handeln hieran ausrichtet, erkennt nicht, dass der Zuspruch der Medien fast immer zusammenfällt mit dem, was vom Staat als erwünschtes Verhalten gesehen wird. Damit wird die subjektive Eigenschaft, sich über die Grenzen des vom Staat Erlaubten hinwegzusetzen, gar nicht wirklich erfüllt, wodurch der Spielraum für das eigene militante Handeln stark eingeschränkt wird. Die Medien sind vielmehr insofern ein Indikator, als dass an der Art der Berichterstattung etwas darüber erfahren werden kann, auf welche Weise eine



Aktion den Staat getroffen oder beunruhigt hat. Dies ist jedoch nur situativ zu bestimmen und ist nicht allgemein zu klären. So kann in einer Situation das Schweigen zu einer militanten Tat das aktive Herunterspielen dieser

sein, es kann aber auch in einer anderen Situation eine tatsächliche Bedeutungslosigkeit der Aktion für den Staat ausdrücken. Um die Frage zu beantworten, bedarf es jeweils einer Analyse der jeweiligen militanten Aktion und der Reaktionen darauf.

Wie eine militante Aktion von wem auch immer wahrgenommen und eingeschätzt wird, erfahren wir so gut wie nie. Viel zu viele Menschen äußern sich nicht so, dass wir davon Kenntnis erhalten. Wir finden hier und da Schlaglichter, die uns einen gewissen Eindruck vermitteln können, ohne dass wir diesen jedoch verallgemeinern können. Was jedoch gesagt werden kann, dass wenn der Wunsch besteht, eine Aktion zu vermitteln, kaum ein Weg daran vorbeiführt, sich um diese Vermittlung selbst ausreichend zu kümmern. Was das jeweils bedeutet, muss für jede Aktion in Bezug auf den gesellschaftlichen Rahmen, in dem sie stattfindet, konkret bestimmt werden.

Friedlich oder militant

Hin und wieder lässt sich die Position bezüglich Militanz finden, dass ein friedliches Einsetzen für gesellschaftliche Interessen den Mangel, der militante Einsatz für gesellschaftliche Interessen jedoch als Beleg für den tatsächlichen Willen, den Staat zu stürzen, angesehen wird. Dies ist grundsätzlich ein Irrtum. Militantes Handeln bedarf diverser innerer Voraussetzungen, damit es je nach äußerer Bedingung umgesetzt werden kann. Kaum ein Mensch ist sein ganzes Leben lang militant, manche sind es nie, kaum jemand ist bezüglich jedes Themas und zu aller Zeit bereit, militant zu sein, ohne dass es einen Zweifel an der Integrität der Person im Kampf gegen den Staat gibt. Militantes Handeln sowieso ist kein Beleg für irgendetwas, es ist einzig ein Beleg dafür, dass jemand zum einen die Fähigkeit hat, militant zu handeln und auch den Wunsch und Willen besitzt, diese Fähigkeit umzusetzen. Es bringt niemandem etwas, mehr als das daraus zu machen. Militantes Handeln ist nicht mehr und nicht weniger als einer der zahlreichen Wege, auf welchen dem Staat oder selbstzerstörerischen Strömungen innerhalb der Gesellschaft Schaden zugefügt werden kann. Es steht niemandem gut zu Gesicht, sich gegen andere Aktionsformen zu wenden, oder Druck auf Menschen auszuüben, dass sie auch militant handeln sollen, ohne dass sie das auch können und wollen. Egal, welcher Gedanke dahinter steckt, es ist in keinem Falle mehr als ein autoritärer Versuch, Menschen in den Dienst der eigenen Sache zu stellen. Dies gilt es in jedem Maße zu verhindern. Keineswegs ist es für die Befreiung der Menschen tauglich, dass der Umstand, dass das eigene Handeln keine Überzeugungs- und Inspirationskraft entwickelt, dadurch ausgeglichen wird, stattdessen autoritär zu versuchen, die Menschen im eigenen Sinne einzuspannen.

Gleiches gilt auch für jene Teile der friedlichen Bewegung gegen den Staat und die selbstzerstörerischen Kräfte der Gesellschaft, die sich gegen militantes Handeln wenden, sei es aus Angst, aus moralischen Konflikten, oder aus politischen Erwägungen. Auch hier gab und gibt es immer wieder Versuche, militantes Handeln zu beschränken, zu befrieden, im allgemeinen schlecht zu

machen und zu verhindern. Das gilt sogar für manche Teile der radikalen Linken, die Militanz nicht grundsätzlich abgeneigt sind, es aber mit der Angst bekommen, wenn sie den gewohnten Rahmen verlässt und sich scheinbar oder auch faktisch jedweder Kontrolle entzieht, wie etwa zuletzt bei der kleinen Randal demonstration über die Hamburger Elbchaussee und die Plünderungen in der Schanze. Das autoritäre Gebaren und das damit zusammenhängende Diskreditieren militanter Praxis kann dabei ebenso die militante Praxis behindern, wie es die Repression des Staates tut. Damit werden jene, die die militanten Angriffe auf den Staat verhindern wollen, zu Handlangern staatlicher Interessen, ohne dies zu wollen. Es ist sehr wünschenswert, dass der friedliche bis begrenzt militante Teil der Linken diesen Umstand etwas mehr reflektiert. Denn genausowenig, wie es möglich ist, allen einen militanten Ausdruck abzuverlangen, ist es möglich, einzig durch den erzwungen friedlichen oder begrenzt militanten Weg sich ausreichend für das Wohl der Menschen einzusetzen. Autoritäre Homogenisierungsversuche sind in jedem Falle zurückzuweisen.

Ohnehin ist es nicht möglich, seine eigenen Interessen als allgemeine Interessen, oder seine eigene Praxis als allein sinnvolle und richtige Praxis durchzusetzen. Eine kraftvolle Bewegung erwächst nicht aus der Homogenisierung des Kampfes und des Widerstandes, sondern aus einem Zusammenkommen der Heterogenität. Die Unterschiedlichkeit ist der natürliche Zustand der Menschen, keinesfalls ist es die Gleichförmigkeit. So lange diese Erkenntnis nicht auch auf die verschiedenen Protest- und Widerstandsformen angewandt wird, schwächt sich die Bewegung im Gleichklang mit dem Interesse des Staates selbst.

Militanzfetisch

Das im vorherigen Absatz geschilderte verweist erneut auf den Themenkomplex der Fetischisierung von Militanz. Sich etwas zum Fetisch zu machen bedeutet ganz allgemein und unter anderem, dass eine Sache über ihren eigentlichen Nutzen heraus mit stark positiver Bedeutung aufgeladen wird.

In Bezug auf militantes Handeln bedeutet dies, dass zum einen von Menschen, die gar nicht militant sind und sein können, Militanz als etwas absolut erstrebenswertes angesehen wird und zum anderen Menschen, die militant handeln, ihr eigenes Handeln als das über alles andere herausragende und im Grunde genommen einzig sinnvolle Handeln ansehen. Dies erzeugt eine negative Situation, in welcher sich auf schlechte Weise aufeinander fixiert wird, anstatt sich aneinander zu orientieren. Diejenigen, die nicht militant sind, aber davon ausgehen, dass Militanz das einzig sinnvolle oder zumindest das sinnvollste an politischer Praxis sei, orientieren sich an etwas, das ihnen selber kaum zugänglich ist (und sei es auch nur gegenwärtig). Dadurch verschwenden sie ihr Potential an eine Praxis, die nicht die ihre ist, anstatt sich und ihr Potential in anderen Bereichen voll zu entfalten. Diejenigen, die eine militante Praxis haben und diese

fetischisieren, neigen dazu, andere zu diskreditieren und herabzuwürdigen, wie auch zugleich Druck aufzubauen, dass im Endeffekt nur dann eine Veränderung möglich ist, wenn mehr Leute militant werden. Hierdurch können sich autoritäre Strukturen herausbilden, welche die Aussicht auf eine Besserung der Lage verschlechtern.

Schluss

Neben den theoretischen und praktischen Überlegungen zu Militanz spielen natürlich auch immer die persönlichen Ansichten eine Rolle, welche nun zum Schluss noch einmal zur Sprache kommen sollen, nachdem versucht wurde, sie im Text möglichst zurückhaltend einzubeziehen.

In Reflexion auf die gegenwärtige Lage ist davon auszugehen, dass sich die zukünftige Schlagkraft einer fortschrittlichen Veränderung nicht nur an der Heftigkeit des militanten Teils der Bewegung ablesen lassen wird, sondern ebenso daran, wie viele Menschen zukünftig zusammenkommen werden, um sich für eine bessere Welt einzusetzen. Die Distanz zwischen den Menschen, aber auch die Distanz innerhalb der Bewegung ist leider größer, als es zu wünschen wäre. Vor allem hieran gilt es etwas zu tun. Eine fortschreitende Reflexion von Militanz sollte daher auch diesen Aspekt in den Blick nehmen: Was führt dazu, dass militante Aktionen isoliert bleiben und wie können wir diesen Umstand beeinflussen? Die Überlegungen hierzu im Text sind viel zu kurz.

Der Wunsch nach mehr Militanz, mehr Riot und Aufstand, mehr faktischer Stärke ist unter den gegebenen Umständen sehr nachvollziehbar. Doch durch die bloße Einsicht, dass der Staat uns derzeit weit überlegen ist und es wenig relevante Kräfte innerhalb der Gesellschaft gibt, sich ihm entgegenzustellen und der daraus resultierende Wunsch nach mehr Stärke alleine reicht nicht. Sich zu sehr am Ziel zu orientieren führt dazu, dass der Weg nicht mehr zu sehen ist. Die Fähigkeit zu militantem und aufständischen Handeln mag in jedem Menschen als Potential vorhanden sein. Es bringt aber nichts, sich darüber hinwegzutäuschen, dass trotz alledem dieses Potential nicht einfach abruf- und verfügbar ist. Es wäre zu überlegen, wieso auch das bisherige militante Handeln noch keine aufständische Bewegung nach sich ziehen konnte. Es scheint so, dass ohne eine Veränderung der Haltung zum Rest der Bewegung und auch zur Gesellschaft, hier wenig zu holen ist. Auch hierzu bleibt der Text, wie auch zu vielen anderen Aspekten, stumm.

Es bleibt zu hoffen, dass weitere Beiträge zur Debatte folgen, auch wenn diese vielleicht bisher kaum eine Debatte zu nennen ist, wozu auch dieser Text nur einen sehr geringen Beitrag leisten kann. Ansonsten bleibt nicht viel zu sagen, außer:

Seid lieb zu Mensch und Tier und schonungslos gegenüber den Feinden der Freiheit.

Ein Funkmast brennt

Dokumentation: Berlin, Juni 2018

„Die Restrukturierung der Macht durch die Digitalisierung befindet sich in vollem Gange. Kaum etwas, das in diesem Prozess an seinem Platz bleibt, dass sich nicht durch ein „smart“ im Namen ergänzen lässt und so einen neuen Ort in der Welt bekommt. Alles wird vernetzt. Kameras, Sensoren und Chips senden unentwegt und lassen die Dinge kommunizieren. „Big Data“ ist die Währung von morgen. Selbst unsere Beziehungen, unser Handeln und Denken ist permanent dem digitalen Zugriff ausgesetzt. Auf Informationen reduziert füttern wir so die Algorithmen der Maschinen, die auch das Zukünftige beherrschen und steuerbar machen sollen.

Dabei fällt es nicht immer leicht, bei dem rasenden Tempo in dem sich der technologische Angriff ausweitet und ein Netz der Herrschaft um uns spannt, an der Möglichkeit der Zerstörung dieses Systems festzuhalten. Um so wichtiger sind dafür die Momente des Gegenangriffs, um die Ohnmacht, die sich angesichts der aktuellen Entwicklungen breit macht, zurück zu weisen. So freut es uns umso mehr, dass auch in Berlin immer wieder unveröhnliche Antworten auf das Elend, das die Kolonialisierung der Welt durch die techno-industrielle Vorherrschaft produziert, gefunden werden. Im Zusammenhang mit dem geplanten Google-Campus in Kreuzberg hat sich ein Kampf entwickelt, der nicht nur auf den Tech-Giganten und sein Universum, sondern auch auf das Soziale abzielt. Selbstorganisation, direkte Kommunikation und die Wirkungskraft des Angriffs sind dabei die Mittel der Wahl. Verschiedenste Sabotageaktionen wie zuletzt Ende März durch die „Vulkangruppe NetzHerrschaft zerreißen“ haben gezeigt, dass die Infrastruktur der Warenströme, Kommunikations- und Datennetze verletzbar ist und durch Brandlegungen an Kabeln und Funkantennen empfindlich gestört werden kann. Aber auch andere Akteure der Smartifizierung der Stadt und des Lebens sind zum Ziel der Wut geworden, wie die abgepackelten Amazon-Fahrzeuge, die Mollis auf die Start-Up-Factory, die Angriffe auf Zalando oder den Technologiepark Humboldthain etc. zeigen. Wir wollen diese Konflikte mit unserem Beitrag weiter befeuern und haben uns dafür einige altbekannte Player rausgesucht, die aktiv daran arbeiten, das Netz der Herrschaft und Kontrolle auszubauen und zu optimieren.

Deshalb haben wir in der Nacht zum vierzehnten Juni im Tiergarten, kurz vor Beginn der dortigen Fanmeile, Kabel und Schaltkästen einer Funkantenne von Vodafone in Brand gesetzt. Diese Antenne wird neben dem Mobilfunk auch für den BOS-Funk der Bullen und Behörden genutzt. Wir sind optimistisch mit unserem Eingriff zumindest dieser Antenne eine Sendepause gegönnt, und so für einen Moment der Funkstille gesorgt zu haben. Der Bullenticker schweigt dazu, womöglich ist diese Info auf dem Weg zur Zentrale in den verkohlten Kabel, die nun die Anlage schmücken, hängen geblieben.

In der Nacht zum fünfzehnten Juni haben wir den Fuhrpark der Deutsche Bahn in der Kaskelstraße abgepackelt und in der Nacht zum neunzehnten Juni haben wir Brandsätze unter den Autos der Telekom in der Sewanstraße platziert, und so weitere sechs Fahrzeuge auf den Schrottplatz befördert. Mit diesen Angriffen zielen wir auf einige der großen Netzbetreiber Deutschlands, die mit Funkantennen, Glasfaserkabeln und dem Schienennetz wichtige Grundpfeiler der Waren- und Datenströme bilden. Diese sind für das Funktionieren des Kapitalismus unverzichtbar. Alle drei Konzerne haben sich aber weit mehr auf die Fahne geschrieben als nur die Infrastruktur zu stellen. Sie sind mit ihren technologischen Entwicklungen in den Bereichen Überwachung, Kontrolle, Internet der Dinge (IoT), Industrie 4.0, Smart City, Smart Home etc. eine treibende Kraft in der Neuorganisation der Herrschaft im kybernetischen Zeitalter.

Mit diesen Taten senden wir Rauchzeichen an alle Gefangenen des sozialen Krieges und an diejenigen, die sich vor dem Zugriff der Schergen auf der Flucht befinden. Spezielle Grüße gehen an Lisa, Thomas, Nero, Isa, UP3 und die G20-Gefangenen.

Mobilfunk und öffentlicher Verkehr im Dienste der Macht

Medien, Politiker*Innen und Lobbyist*Innen schüren seit Jahren eine Stimmung der Angst. Vor dem Fremden, den Geflüchteten, dem Terrorismus. Damit einher geht der Ruf nach Autorität. Ein neues Polizeigesetz jagt das Andere. Die Entwickler von Sicherheitstechnologien freut das, denn mit der Angst lässt sich nicht nur Politik machen, sondern auch einen Haufen Geld verdienen. So verwundert es nicht, dass die etablierten Großkonzerne hier ganz vorne mitmischen und im Sinne der Herrschaft unerbittlich an der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung mitwirken.

Die Telekom ist das größte Telekommunikationsunternehmen Europas und betreibt technische Netze für Telefon, Mobilfunk, Datentransfer und Onlinedienste. Neben Deutschland hat das Unternehmen in vierzehn weiteren europäischen Staaten Tochtergesellschaften oder ist beteiligt an Mobilfunk- und Festnetzanbietern. Mit dem international operierenden Tochterunternehmen T-Systems ist der Konzern einer der weltweit führenden Dienstleister für Informations- und Kommunikationstechnologie und richtet sich an Kunden*Innen der Großindustrie, dem Finanzsektor, der Energiebranche und der öffentlichen Verwaltung und Sicherheit.

Für Polizei, Militär und sonstige Sicherheitsbehörden bietet T-Systems allumfassende Lösungen und Informationstechnologie. Unter dem Titel „PLX“ entwickelt die Telekom unter anderem ein Informations- und Fahndungssystem für die Bullen, in dem alle relevanten Meldeprozesse, wie z.B. erkennungsdienstliche Behandlungen, Haftdaten, Kriminalakten-Nachweise etc. integriert sind. So sollen alle Abläufe in der Vorgangsbearbeitung, von der



Ersterfassung bis zur Abgabe der Vorgänge an die Justiz, unterstützt werden.

Ergänzend dazu bietet T-Systems Technik für einen „Interaktiven Funkstreifenwagen (IfuStw)“. Ein mobiler polizeilicher Arbeitsplatz durch Multifunktions-PC's im Fahrzeug, welcher die volle Integration in die jeweils bestehende polizeiliche Infra- und Kommunikationsstruktur erlaubt. Diese Verknüpfungen sollen die Reaktions- und Interventionszeiten verkürzen und gleichzeitig eine beweissichere Dokumentation durch Videoaufzeichnung erleichtern.

Auch Vodafone, die deutsche Tochtergesellschaft der britischen Vodafone Group und zweitgrößter Mobilfunkanbieter Deutschlands, wirbt für mehr Sicherheit. So liefert Vodafone nicht nur einen Messenger-Dienst für die bayrischen Bullen oder Bodycams für die Bundespolizei, sondern entwickelt auch smarte Drohnen. Diese, mit Bordkamera und SIM-Karte für den LTE-Funk ausgerüsteten Drohnen, liefert und analysiert Videomaterial in Echtzeit. Damit sollen bei Großveranstaltungen z.B. Personen gezählt oder Menschenströme beobachtet und gelenkt werden. Aber auch Verkehrsüberwachung und Kennzeichenerkennung sind Teil der Aufgaben solcher Anwendungen. Das diese Technik beliebig durch weitere Überwachungssoftware, wie z.B. Gesichtserkennung ergänzt werden kann, liegt dabei auf der Hand.

Mit solchen und ähnlichen Produkten sind Telekom und Vodafone, neben vielen anderen Unternehmen aus der Sicherheitsindustrie, seit vielen Jahren als Aussteller auf

Messen wie dem europäischen Polizeikongress vertreten, wo sie um das Interesse ihrer Kunden*Innen aus den Bereichen Militär, Polizei, Geheimdiensten und Grenzschutz konkurrieren.

Die Deutsche Bahn hingegen, als Betreiber von Bahnhöfen und dem deutschen Streckennetz, kommt hier eher die Rolle des Abnehmers solcher Technologien zu. Gleichzeitig bietet die Infrastruktur des Konzerns aber auch ein riesiges Experimentierfeld, um unter realen Bedingungen den Einsatz neuester Überwachungstechnologien zu testen. Der wohl populärste Feldversuch der Deutschen Bahn, in Kooperation mit der Bundespolizei, dem BKA und dem Bundesinnenministerium, läuft zur Zeit am Bahnhof Südkreuz in Berlin. Dort sollen intelligente Videokameras mit eingebauter Gesichtserkennungs-Software automatisiert Personen erkennen, verfolgen und auffälliges Verhalten melden. Mit solchen Projekten legen sie den Grundstein für eine totalitäre Kontrollgesellschaft. Selbstverständlich werden bei positiven Ergebnis für die Betreiber*Innen, solche Technologien auch an anderen Orten zum Einsatz kommen. Bereits jetzt werden 900 Bahnhöfe der Deutschen Bahn mit 6000 Videokameras überwacht, welche aufgerüstet durch intelligente Überwachungssoftware, ganz im Sinne des Innenministers, ein fast lückenloses Netz der personalisierten Verfolgung und Kontrolle im öffentlichen Verkehr ermöglichen würden. So spielt dieser Konzern eine Schlüsselrolle bei der Umsetzung neuer Überwachungs- und Verfolgungsparagraphen, wie sie im neuen bayrischen Polizeiaufgabengesetz (PAG) vorkommen.

Vom Internet der Dinge zur Smart City und zurück

Das Internet der Dinge gilt als größtes Wachstumssegment im Mobilfunk. Experten*Innen rechnen mit bis zu 50 Milliarden miteinander vernetzten Geräten weltweit. Dies setzt leistungsstarke Netze, die schnell große Datenmengen austauschen können, voraus. Deshalb investieren die Mobilfunkanbieter Unmengen an Geld in die Infrastruktur von Glasfaserkabeln, Narrowband und 5G, um den aktuellen und zukünftigen Anforderung gerecht zu werden. Gleichzeitig arbeiten diese aktiv an verschiedensten europäischen Smart City Projekten mit und entwickeln allerlei Dinge, welche die total vernetzte Welt zur Realität werden lassen soll.

Die Telekom betreibt dazu einen sogenannten „Hub:raum“ als Inkubator für Start-ups und führt Programme unter dem Titel „Smart City Lab/T-Labs“, mit denen die digitale Effizienz der Städte vorangetrieben werden soll. Smarte Transportlösungen, Smart Parking, Smart Electric Vehicle Charging, Verkehrs- und Passagiermanagementsysteme, Smart Waste Management, Smart Lighting, Smart Metering und Smart Public Safety sind nur einige Stichworte, die zeigen, wie umfassend die Pläne der Konzerne sind, um Dinge zu schaffen, welche Informationen produzieren und sich so in die Wertschöpfungskette integrieren lassen. Ziel der Telekom ist es führender Anbieter in Europa für Smart City Lösungen zu sein. Dabei gibt man sich umweltbewusst, und verspricht so Probleme wie Klimawandel, Ressourcenknappheit, demographischen Wandel etc. anzugehen, um den Menschen ein langfristiges Überleben auf der Erde zu ermöglichen. Die Tatsache, dass die Zerstörung des Planeten ein Resultat der kapitalistischen Logik ist und den Unternehmen dabei horrendes Profite winken, bleibt unerwähnt.

Auch bei Vodafone stehen die Argumente der Ökologie, neben der Sicherheit und wirtschaftlichen Effizienz im Vordergrund ihrer Smart City Projekte. Gemeinsam mit dem RWE „Öko“- Tochterunternehmen „Innogy“ entwickelt der Konzern Konzepte für die intelligente Stadt. Vernetzte Verkehrsanlagen und -teilnehmer*Innen, ein intelligentes Abfall-Management und smarte Beleuchtungssysteme sind dabei für die Unternehmenskoope-

ration die drei wesentlichen Eckpfeiler auf dem Weg dorthin. Intelligente Multifunktionsmasten unter dem Titel „Innogized Poles“ sollen mit Sensoren und Geräten bestückt eine Allround-Lösung für die urbane Vernetzung bieten. Diese könnten einerseits als Ladestationen für alle möglichen E-Fahrzeuge dienen, die Luftbelastung und Temperatur messen und digitale Werbung auf LED-Screens produzieren. Andererseits aber sollen sie auch die Überwachung durch intelligente Videokameras im öffentlichen Raum vereinfachen. Ein weiteres Produkt von Vodafone ist die smarte Mauer. Sensoren sollen dabei nicht nur Bewegungen erkennen, sondern auch chemische Stoffe und einzelne Sprayfarbpartikel. Wird eine Wand besprüht, alarmiert der Sensor automatisch die Ordnungsmacht. Aber auch Technologien, die direkt als Überwachungs-Instrumente in unseren Alltag integriert werden können, kommen aus dem Hause Vodafone. Mit „Smart Level Glasses“, die in Zusammenarbeit mit dem US-Hersteller VSP entwickelt wurden, bietet der Konzern eine Brille, die voller smarterer Technik ist. Diese soll vor allem als Fitness-Tracker dienen, hält aber auch Ortungsfunktionen und weiteres bereit. Ein Schrittzahl-Ranking, mit dem ab einem gewissen Punktestand soziale Projekte und bedürftige Menschen unterstützt werden, soll für die Nutzer*Innen einen Anreiz sein, die Brille auch dauerhaft einzusetzen. So wird die emotionale Erpressung zum Datenfresser gleich mitgeliefert.

Mit solchen und ähnlichen Anwendungen machen die Konzerne deutlich in welche Richtung sich die Prozesse der Smartifizierung tatsächlich entwickeln. Das was uns als Erleichterungen für den Alltag im Namen der Ökologie verkauft wird, entpuppt sich als grüner Kapitalismus in Reinform. Es geht um Macht und Geld. Und so wird sich die Verwüstung unaufhaltsam ausbreiten und unsere Lebensräume Stück für Stück zu Orten absoluter Kontrolle werden. Was uns bleibt, ist an der Idee eines anderen Lebens und der Möglichkeit der Zerstörung dieser Welt der Herrschaft und Kontrolle festzuhalten und dies in Taten umzusetzen.“

*Die Netzbeschmutzer*Innen*

<http://4sy6ebszykvcv2n6.onion/node/22034>
(nur über Tor)

Angriff auf Smart City

Feuer gegen Amazon Lieferwagen

Dokumentation: Berlin 06.06.2018

„ Die Gedanken sind frei ...

Über den technologischen Angriff auf das Individuum wurde seit der immensen Entwicklung verschiedener Akteure und der zerstörerischen Ausweitung auf dem bisher einzig besiedelten Planeten viel berichtet. Eine Form der glücklichen Versklavung hat unser Zeitalter erreicht, welcher sich die Menschheit hemmungslos hingeben will.

So denken wir an Facebook. Die Vernetzung aller Menschen. Jede kann zu jedem Kontakt aufnehmen. Facebook findet von ganz allein alte Schulfreund*innen und noch besser, Facebook findet mich auch selbstständig auf Fotos, von denen ich nie was wusste. Es bilden sich online-Gruppen zu allen möglichen Themen und jede*r kann Teil davon sein. Wir teilen Nachrichten über den ganzen Planeten und bewerten diese mit gut oder schlecht.

Dann ist da Google. 1, 2, 3, 4 mal genutzt und Google weiß schon beim zweiten Buchstaben, nach was für einem Thema ich suche. Zauberei.

Dann ist da Amazon. Ein Unternehmen zur Erleichterung des ungesättigten Konsums. Jede Preisklasse, jede Kategorie, jedes Land. Wirklich für alle was dabei... könnte schön so weiterlaufen, wären da nicht einige Stimmen, die auf einmal erzählen wie Scheiße und unmenschlich dort gearbeitet werden muss. Arbeiter*innen erzählen von einem regelrechten Drill und Überwachungsmaßnahmen vom feinsten. Von Arbeitsteams die gemeinsam bestraft oder belohnt werden. AnscheiBertum ist eine Tugend bei Amazon.

Und in den USA stellt Amazon bevorzugt ehemalige Angehörige der Mittelschicht, die inzwischen in ihren Autos leben, ein, um sich einer Klasse entrechteter Arbeitsnomaden zu bedienen.

Allerdings ist dieser Konzern in jener Hinsicht natürlich nur ein Paradebeispiel von vielen. Der Zwang zur Arbeit um essentielle Lebensgrundlagen zu haben ist paradox. Die unmenschlichen Bedingungen, denen so viele tagtäglich ausgesetzt sind, sind eigentlich bekannt.

Wenn auch im gegenwärtigen anarchistischen Diskurs der Klassenwiderspruch nach Marx vollkommen überholt scheint und vom Klassenkampf im klassischen Sinne keine Rede sein kann, lässt sich das Herrschaftsgefüge sehr wohl durch Machtverhältnisse, ökonomische Zwänge und soziale Stellungen definieren.

Es formt sich Protest gegen Google. Die Umstrukturierung der Stadt in Form von Start-up Wohn- und Arbeitscommunities, Factories oder einem Google Campus in Kreuzberg.

Und auch Amazon ist nicht mehr das nette Verkaufsportale im Internet. Viele solidarische Menschen haben im letzten Jahr Aktionen gemacht und Analysen verbreitet um auf den Kampf der Arbeiter*innen hinzuweisen und Amazon als einen Player digitaler Herrschaft heraus zu kristallisieren.

Welchen Umfang die Sabotage annimmt, lässt sich kaum sagen; mit brennenden Amazon Trucks wie Anfang Mai in Philadelphia wird versucht, die politische Bedeutung abzuerkennen.

Sicher nicht zufällig ging in der Nähe von Birmingham/UK Anfang November 2017 ein Amazon Lager in Flammen auf und das selbe Warenhaus in Rugeley, Staffords-hire, wurde bereits im November 2016 Ziel einer Brandstiftung, beide Feuer stürten das Weihnachtsgeschäft erheblich.

Ob sich dieser Widerstand als Klassenkampf bezeichnen lässt, spielt dabei weniger eine Rolle als die konkrete Unterdrückung derer die für Amazon arbeiten müssen oder die faktische Überwachung derer die Amazon nutzen.

Genauere Analysen bedürfen weiterer Betrachtungen und müssten auch ausserhalb der engen Szenekreise erforscht werden, auch wenn dafür aus manchen Gebieten, wie Atlanta leider nur Twitter als Quelle vorliegt.

Übrigens wurde bereits im November 2017 in Berlin gegen Amazon gezündelt und in München Paketstationen beschädigt, leider hat die <https://makeamazonpay.org/> Kampagne den militanten Widerstand ignoriert.

...wer kann sie erraten ...

Die schleichende gesellschaftliche Veränderung, hat vor allem für die Jugend mittlerweile an Normalität gewonnen. Der Zugang zu den intimsten Bedürfnissen vieler Menschen hat Konzernen wie Google und Amazon Möglichkeiten geschaffen diese zu kontrollieren und zu steuern. Vereinzelt und die Unfähigkeit sozialer Interaktion mit lebenden Menschen sind die Folgen. Der zwischenmenschliche Austausch hat an Einfluss verloren, dass Internet weiss meist schon viel mehr über dich als deine Freund*innen.

Eine Offenheit in der Gesellschaft über Tabuthemen, wie psychische Probleme, Zwänge oder Armut reden zu können, wäre wünschenswert. Niemand sollte sich selbst krank reden, weil man nicht in die gesellschaftliche Norm passt. Ein kapitalistisches System kann nicht funktionieren, wenn nicht alle mitspielen. Deshalb benötigt es Kontrolle und Sanktionen, die Menschen gefügig zu machen. Der Staat kann Freidenker*innen nur durch Härte zwingen, sich zu unterwerfen.

Die digitale Herrschaft hat sich das Ziel gesteckt, die Menschen gleichzustellen. Überall im Leben präsent zu sein und durch cleveres Vorgehen von Nutzen und dann unabdingbar zu werden. Jede noch so kleine Information ist wichtig unsere Gedanken zu verstehen um sie zu verändern.

Einige Konzerne und Länder haben sich die smarte Technologie in Form von z.B. sozialen Rankings mittlerweile zu nutzen gemacht um repressiv gegen die Bevölkerung vorzugehen. Andere Konzerne wie Amazon haben es geschafft das Kaufverhalten ihrer Kund*innen zu analysieren, zu beeinflussen und die Ware auch noch zum Verkauf anzubieten.

Von uns gab es am 4. Mai auch zwei Päckchen an Amazon beim Kissingenplatz in Berlin-Pankow. Leider konnte nur eines zugestellt werden. Das andere ist in der BigData verschwunden.

Wir haben uns einer im Internet verbreiteten Anleitung bedient https://www.liveleak.com/view?i=f2f_1423574431 die uns sicher erscheint, die selbstverständlich nicht genau genug ist, um jede Zufälligkeit mit obrigkeitshörigen Passantinnen zu vermeiden.“

anonym

Mautpfeiler angezündet

Dokumentation: Bremen, 12. Juni 2018

„Seit der Einführung der Maut auf Bundesstraßen tauchen überall diese blauen Säulen auf. Für die Erfassung mautpflichtiger Fahrzeuge mit Kameras ausgestattet, vernetzt, satellitengestützt und hergestellt von Jenoptik 600 einem Konzern der dazu im Januar 2017 die britische Firma Essa Technology übernommen hat, ein Unternehmen das auf die Herstellung von Software zur Kennzeichenerfassung spezialisiert ist.

Die Überprüfung der Fahrzeuge basiert auf der Erfassung aller Autokennzeichen durch Kameras und dem automatischen Abgleich dieser mit der zentralen Datenbank der Betreiberfirma toll collect. Toll collect selbst legt großen Wert darauf zu versichern, dass die Datenerfassung lediglich dazu dient festzustellen ob Fahrzeuge mautpflichtig sind und wenn ja, ob diese auch ihre Gebühren bezahlt haben.

Das toll-collect-Konsortium bestehend aus verschiedenen (Rüstungs-)Konzernen wie Daimler, Vinchi und Siemens betreibt sogar eigens eine Dauerausstellung am Potsdamer Platz zum Thema Datenschutz und betont:

Lediglich die Daten von Mautprellern werden gespeichert um entsprechende Forderungen geltend zu machen, alle anderen Daten werden sofort gelöscht. Niemand bekommt Zugriff auf diese Daten, auch die Ermittlungsbehörden nicht. Was bedeutet so eine Aussage? Wenn wir die aufgeheizte repressive Stimmung und die Tatsache berücksichtigen, dass mit dem neuen bayrischen Polizeigesetz eine Intensivierung der polizeilichen Befugnisse umgesetzt wurde, die ans absurde grenzt, dann ist auch die Umsetzung der automatisierten Kennzeichenerfassung

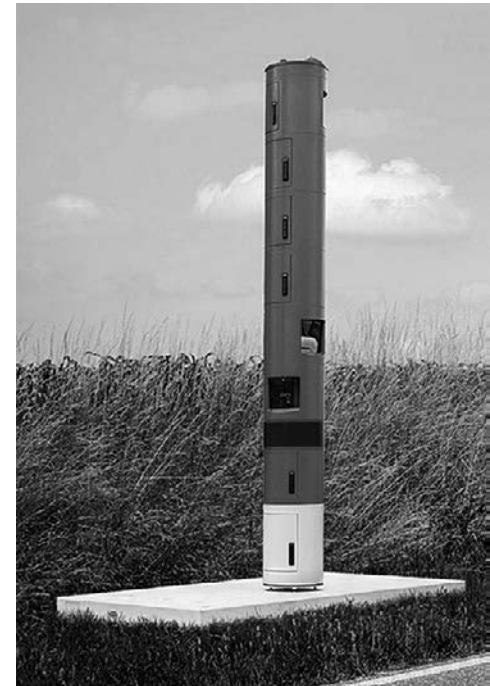
und Weiterleitung der Daten an die Repressionsbehörden ein logischer Schritt. Die Frage ist eher wann dieser Schritt gegangen wird, denn darüber debattiert wurde schon mehrfach und die Bundespolizei darf bereits automatische Lesesysteme für Kennzeichen einsetzen. Alles was es braucht ist ein Softwareupdate bei toll collect und die Daten werden an weitergeleitet, archiviert, zur Erstellung von Bewegungsprofilen benutzt ...

Die Verkehrsüberwachung auf Bundesstraßen ist ein weiterer Schritt, ein Schritt in Richtung einer umfassenden Live-Erfassung und Aufzeichnung der Bewegungen und Aktivitäten aller. Den Ausbau der Überwachung und die Verfeinerung ihrer Methoden zu sabotieren ist wichtig, es gilt noch bestehende Freiheiten zu verteidigen und die Fähigkeit sich unkontrolliert zu bewegen zu erhalten.

In der Nacht von Montag auf Dienstag brannte in Bremen an der Bundesstraße 75 ein Mautpfeiler!

Wir grüßen alle die im Zuge der Internationalen Fahndung im Zuge des G20 Gipfels von Repression betroffen sind!“

anonym



Smart-TVs

Egal, ob Netflix-Serie, Playstation-Spiel oder Nachrichtensendung: Die Software Samba TV hält nach, wofür Besitzer von Smart-TVs ihr Gerät nutzen. Ihr Wissen macht die Firma zu Geld.

Samba TV ist ein Programm, das Millionen Menschen nutzen - bei dem aber vermutlich längst nicht alle Nutzer wissen, wie es eigentlich arbeitet. Allein in den USA zeichnet die Software laut einem Bericht der „New York Times“ auf, was auf mehr als 13 Millionen Smart-TVs geschieht. Die App analysiert dafür im Sekundentakt Pixel. Der Bildschirminhalt verrät so beinahe in Echtzeit, welcher Film gerade läuft und ob der Nutzer eine Netflix-Serie schaut oder Playstation spielt. Offenbar habe Samba TV den Werbekunden sogar Zielgruppen angeboten, die als politisch konservativ und liberal eingestuft wurden, heißt es in der „New York Times“, abhängig davon, ob sich mit einem Gerät die TV-Debatten der Republikaner oder die der Demokraten angesehen wurden.

Werbekunden wiederum bezahlen Samba TV dafür, dass Zuschauer maßgeschneiderte Werbung anhand ihres TV-Konsums zu sehen bekommen - und zwar auf allen Geräten, die mit demselben Internetanschluss wie das TV-Gerät verbunden sind. Wenn ein Nutzer sich beispielsweise eine Reise-Doku im Fernsehen anschaut, kann Samba TV eine Urlaubsanzeige auf dem Smartphone-Browser des Zuschauers ausspielen.

„Spitzel in euren Wohnzimmern“

Bei einer Diskussion im Onlineforum „Hacker News“ beklagen sich Nutzer seit einigen Monaten darüber, dass es sich bei der Software um ein nutzloses Programm handle, von dem lediglich die Werbeindustrie profitiere. Der Software-Entwickler David Kitchen bezeichnet die Software als „Spitzel in euren Wohnzimmern, der alles ausspäht, was ihr euch im Fernsehen anschaut“. Tatsächlich scheint es realistisch, dass Samba TV viele Nutzer hat, die nicht ahnen, was das Programm tut. Die Software ist in vielen Fällen durch die TV-Hersteller auf Fernsehern

vorinstalliert: Da liegt es nahe, die Software zu aktivieren und damit zu akzeptieren, dass sie die eigenen Nutzungsvorlieben aufzeichnet und zu Geld macht. Und wer wissen will, welche Informationen genau sein Fernseher über ihn sammelt, muss sich erst die Nutzungsbedingungen (rund 6500 Wörter) und die Datenschutzbestimmungen (rund 4000 Wörter) zu Samba TV durchlesen.

Mehr als 40 Millionen Dollar investiert

Weltweit ist Samba TV auf mehr als 70 Millionen Fernsehern aktiviert, zudem erreicht das Unternehmen nach eigenen Angaben insgesamt mehr als eine Milliarde Geräte wie Smartphones, Tablets, Macs und PCs.

Seit zwei Jahren scannt der Konzern auch das TV-Verhalten der Deutschen. Wie viele Nutzer die Software hierzulande aktiviert haben, ist jedoch unklar.

Samba TV arbeitet mit rund einem Dutzend Geräteherstellern wie Sony, Sharp und Philips zusammen, die das Programm auf ihren Geräten zur Verfügung stellen. Dafür zahlt Samba TV Gebühren an die Konzerne, doch die Einnahmen aus dem Werbegeschäft übertreffen die Ausgaben offenbar. Investoren wie Time Warner sind überzeugt von der Geschäftsidee und haben bisher rund 40 Millionen Dollar in das Unternehmen investiert.

Um Kunden davon zu überzeugen, die Software per Opt-in zu aktivieren, wirbt Samba TV mit den Vorteilen von Echtzeitdaten: So werden etwa Listen mit den beliebtesten Fernsehshows angezeigt. Außerdem stellt Samba TV individuelle Vorschläge anhand der Sehgewohnheiten zusammen und weist den Nutzer darauf hin, wenn die Lieblingsshow startet. Samba TV zufolge werden die Daten konform mit der EU-Datenschutzgrundverordnung verarbeitet. Es sei der Kern jeder Entscheidung, die Privatsphäre der Nutzer zu schützen, heißt es.

Captain Future

Punkt, Punkt, Komma, Strich – fertig ist das Mondgesicht

Hallo Tom (...)

Es ist nicht so einfach. Man muss aufpassen, wann die Endlosschleife von vorne beginnt. Und sich dann höllisch beeilen, ohne hektisch auszusehen. Updates können dazu führen, dass der Bilddurchlauf plötzlich neu startet. Dann heißt es, ohne Flüche den Einkauf zu beenden. Glücklicherweise achten die Meisten sowieso nicht auf die Monitore. Dafür wurde die GK seit dem G14 auf Helgoland zu oft eingesetzt.

Gut, es ist kein so großer Unterschied zu den alten Fahndungsplakaten. Nur sind es jetzt hunderte, nach denen sie suchen. Oder Tausende. Keine Ahnung. Und die Monitore hängen in jedem scheiß Supermarkt, in jeder Tankstelle, an vielen Plätzen. Seit die Gesichtskonstruktion (GK) erlaubt wurde, ist es echt schwer geworden. Irgendwer erkennt einen immer. David wurde von seiner Mutter erkannt und denunziert, Vanessa von der Nachbarin und Bobs an der Netto-Kasse. Es geht bei denen nur um Gerangel auf Demos. Aber das reicht das ja schon seit Jahren für Knast. Wie willst du auf ne Demo, ohne DNA zu hinterlassen? Vergiss Demos! Angeblich haben sie jetzt Tabos die nichts anderes machen, als heimlich DNA abzunehmen. Seit der Versuch gekippt wurde, die DNA-Daten von Allen auf den Persos zu speichern, müssen sie sich halt was anderes ausdenken.

Die GK hat viel verändert. Früher musstest du nur dafür sorgen, dass sie dir deine DNA nicht zuordnen können. Jetzt basteln sie aus deiner DNA dein Gesicht. Jeder Depp kann dich erkennen. Am Anfang haben wir noch viel gelacht, weil Alle ein bisschen bekloppt aussahen. Jetzt lacht niemand mehr. Die Leute werden erkannt, auch wenn die Nase zu groß, die Ohren zu klein oder die Lippen zu schmal sind. Das ist ja das verrückte: es

klappt trotzdem. „Der sieht ja aus wie...“ - ich kann es nicht mehr hören. Selbst eine Schwarzfahrerin hat es letztes getroffen. Sie war vor den Kontros abgehauen aber die Schweine haben ihr Haare ausgerissen. Es gab zwar zögerlichen Protest, aber die Linkspartei fand's richtig: Schwarzfahren gefährde die Finanzierung des ÖPNV und den nationalen Zusammenhalt. Hä? Naja, Wagenknecht halt.

Besonders krass fand ich es, als sie Alex so massiv gesucht hatten. Die automatische Gesichtserkennung hat ihn im Linienbus erkannt. Nur wegen der GK! Das muss man sich mal vorstellen!

as einzig Gute ist, dass die Leute die Dauerfahndungsschleife nicht mehr soviel beachten, wie am Anfang. Dafür werden es jetzt immer mehr Aktiv-Bürger, die sich die App auf die Datenbrille laden.

Die Leute lassen sich jetzt auch errechnete Bilder ihrer toten Verwandten machen. Zum Glück funktioniert es noch nicht mit Katzenbabys! Aber wer weiß, was noch kommt.



Ihr solltet auf jeden Fall versuchen, die GK-Einführung bei euch zu verhindern.

Das Schlimme ist: auch wir hätten sie verhindern können. Oder wenigstens verzögern. Als dieses Drecks-Institut auf dem Gen-Kongress 2018 zeigte, dass es geht, aus ein bisschen Spucke ein wiedererkennbares Gesicht errechnen zu lassen, wurde das von uns nicht wirklich wahrgenommen. Jeden Monat kam irgendeine neue Scheiße. Nur die Journalist_innen staunten, wie ähnlich sich das vom Algorithmus errechnete Bild und die reale Person waren.

Wir hätten es abfackeln sollen, das ganze Labor, die Rechner. Zu spät. Ich weiß. Wie so oft. Und die politische Durchsetzung haben wir verpasst, weil wir verhindern wollten, dass die DNA auf den Persos gespeichert wird. Gegen die Gesichtserkennung kannst du noch ein bisschen tricksen. Aber was hilft gegen tratschende Mitbewohner_innen, Eltern, Nachbar_innen, Aktiv-Bürger_innen?

Für den Moment auf jeden Fall ein Fläschchen Haselnusslikör. Den ham wa noch. Machet jut, Debbie

Von (linken) Gemütlichkeiten und anderen Wegen

Es ist schwierig, es ist verunsichernd, einen Text zu schreiben, in dem einiges stehen wird, von dem wir wissen, dass es nicht sonderlich auf Gegenliebe stoßen wird. Ein Grund, warum wir diesen Text schreiben ist, dass wir den Konformitätsdruck in der „Szene“ recht hoch finden. Und genau diesen Konformitätsdruck bemerken wir im Diskutieren über diesen Text, im Schreiben dieser Zeilen. „Sicherheit“ im Schreiben gibt es wohl nur dann, wenn die Schreiber_innen sich entweder vollkommen in der Wahrheit sehen oder aber zumindest wissen, dass der Inhalt „durchgehen“ wird.

Beides trifft auf uns nicht zu. Wir wollen hier keine neuen Wahrheiten produzieren, sondern alte zur Debatte stellen. Und wir denken, über einiges muss diskutiert werden. Wir wollen gerne mit all denen in einen Prozess der Debatte des Überdenkens eintreten, die auch sich selbst nicht in der Wahrheit sehen, die oft zweifeln an den Wahrheiten der Szene, die sich manchmal nicht trauen zu widersprechen, die Zweifel haben an dem, was anderen als „normal“, „gesetzt“, „festgeschrieben“ vorkommt. Uns leitet der Wunsch nach antagonistischen Brüchen mit dem Bestehenden, wir stellen uns die Fragen nach politischen Prioritäten und wir interessieren uns für die Frage ob wir in und mit diesem eigenartigen Gebilde der „Szene“ politische und soziale, radikale Kämpfe führen können. Manchmal haben wir den Eindruck, dass diese heutige „Szene“ nicht nur aus radikalen politischen Kämpfen entstanden ist, sondern diese auch irgendwie überlebt hat, dass also das, was wir heute „Szene“ nennen, gar kein Garant mehr dafür ist, dass die Personen, die sich dort bewegen antagonistische Standpunkte haben und diese – wie auch immer – veräußern. Manchmal erscheint es uns so, als hätten wir jede Menge Infrastruktur geschaffen, auch um politischen radikalen Kämpfen mehr Sicherheit zu geben, und diese Infrastruktur funktioniert ziemlich gut, nur die Kämpfe, die finden nur noch selten statt. Also: was braucht es nicht alles, um eine Demo vorzubereiten und durchzuführen? Lautis, Melder_innen, den EA, schick gestaltete Transpis, nicht weniger schick gestaltete Flyer, Redebeiträge, die irgendwie vermittelnd sein sollen, am Ende noch Leute, die anmelden. Das ist schon eine Menge Arbeit und schließlich sind alle so beschäftigt, dass kaum wer aus „der Orga“ zur Demo überhaupt hingehen kann. Und dass alles, statt wenn wir wütend sind, einfach auf die Straße zu gehen ohne unsere Wut irgendwem vorher

anzumelden und uns den Leuten, die nicht wütend sein wollen, mitzuteilen. Und unendlich viele Debatten drehen sich darum, wie wir uns in dieser Szene, in ihren Räumen und Strukturen wohl und sicher fühlen können. Und so wird hin und her überlegt, wie wir in dieser beschissenen Welt Orte schaffen können, in denen die Strukturen dieser beschissenen Welt weniger wirksam sind. Versteht uns nicht falsch, auch wir wollen nicht mit einem Haufen ignoranter Machtmenschen politische Kämpfe führen aber wir sind fest davon überzeugt, dass wir alle uns selbst erst in der Praxis, in den politischen Kämpfen verändern. Und wir glauben nicht daran, dass nach den „richtigen“ Codes zu handeln irgendjemanden davor schützt, sich wie ein ignoranter Machtmensch zu verhalten.

Das Elend der Sicherheit

Die Sicherheit des Wissens um Konsens, die Sicherheit, etwas zu sagen, für das es Zustimmung gibt, Anerkennung, sich in der Wahrheit zu befinden zumindest im kleinen Kreis und sich über die zu empören, die Dinge sagen, deren Begriffe oder Inhalte uns falsch vorkommen, klar, das ist schon ein gutes Gefühl. Nicht umsonst steht der Begriff der Sicherheit hier wie da so hoch im Kurs. Alle reden von Sicherheit, Linke, Rechte, Bürgerliche, Feministinnen, Liberale. Sicherheit ist das, was dieser Staat uns verspricht, jeder Staat, je autoritärer, desto größer das Versprechen, das bürgerliche Versprechen, das die Faschisten ins unendliche steigern wollen. Die eigene Sehnsucht nach Sicherheit spüren wir doch alle – geht es um den Arbeitsplatz, die Wohnung, die Beziehung, andere Freundschaften oder die Frage, was mal ist, wenn wir älter werden. Diese Sehnsucht lässt uns viele Wege nicht gehen, viele Debatten nicht führen, viele Dinge nicht ausprobieren. Und so wird dieses Bedürfnis nach Sicherheiten auch zu einem Gefängnis in uns selbst. Wir stecken einfach alle bis zum Hals drin im bürgerlichen Denken. Es sind unsere eigenen Komfortzonen, die uns in diesem Denken und Handeln halten. Stellen wir uns tatsächlich die Frage nach antagonistischen Brüchen, wird das wohl einer der ersten sein müssen. Raus aus dieser Zone, raus ins unwägbara Gelände, raus aus den Fragen nach Sicherheiten, rein in die Verunsicherung, das Unsichere, Wilde, Unbekannte. Am besten zusammen! Wir glauben, dass genau diese Verunsicherung, das Aufgeben des Wunsches nach dieser Sicherheit notwendig ist für radi-

kale Kämpfe. Dass es notwendig ist, Dinge zu sagen und zu fragen, die niemand hören mag, dass es lohnt, auch die zahlreichen Konsense der eigenen Szene zu hinterfragen, anzuzweifeln. Dabei ist es nicht notwendig, alles schon zu wissen, es geht darum, in der Praxis zu lernen, zusammen zu lernen, auszusteigen aus dem bürgerlichen Denken. Dissens ist da schonmal ein Anfang.

Häufig begegnet uns der Wunsch nach Sicherheit in Fragen nach Aktionsformen. Diese sollen so gewählt sein, dass beispielsweise alle Teilnehmer_innen einer Demonstration sicher sind vor Angriffen der Bullen. Was – nebenbei – auch immer mitvermittelt, die Angriffe der Bullen seien berechenbar und würden aufs Konto von Militanten gehen. Oder ein Camp, auf dem durch die Abwesenheit von wilden Aktionen die Sicherheit der Teilnehmenden garantiert werden soll. Selbst in Autonomen Zentren, in denen eine ortsnahe Auseinandersetzung mit Nazis die Sicherheit gefährden könnte. Die, die durch Reglementierungen Sicherheit garantieren wollen, laufen so auch immer Gefahr, sich damit in die Position der Macht zu versetzen, weil sich über die Sicherheitsfrage auch Deutungshoheit über Situationen erlangen lässt. Klar sehen wir auch, dass es verschiedene Formen politischer Aktion gibt und nicht alle alles können oder wollen. Allerdings darf dieser Umstand nicht dazu führen, dass offensive politische Maßnahmen nicht mehr möglich sind. Mal ehrlich: Sicherheit kann niemand garantieren, erst recht nicht vor Repression. Klar scheint doch irgendwie zu sein, dass der Staat seine Schergen dann angreifen lässt, wenn er entweder politischen Profit daraus schlagen kann oder aber wenn wir ihm gefährlich werden. Und wollen wir tatsächlich die antagonistische Position, den Bruch, dann müssen wir ihm gefährlich werden. Diese Entscheidung ist aber auch eine Entscheidung gegen diese Art der Sicherheit.

Szeneräume

Wohl noch häufiger und viel offensichtlicher begegnet uns das Bedürfnis nach Sicherheit wenn es um Räume geht. In eigenen Räumen solle man sicher(er) sein vor Unterdrückungsverhältnissen, blödem Verhalten und am liebsten generell vor Herrschaft, welche am besten an der Eingangstür an der Garderobe abgelegt wird.

Wir können den Wunsch danach verstehen, nachempfinden, selbst empfinden, aber in Anbetracht des Zustands der Welt fragen wir uns, was dann daraus folgt. Werden so antagonistische Brüche erzeugt, indem wir uns ganz viel in Räumen bewegen, in denen wir vermeintlich gar nicht mehr um gewisse Positionen und Umgangsweisen streiten müssen? Werden diese Räume geschaffen, um davon ausgehend nach außen zu gehen und radikale Kämpfe zu führen? Oder drehen sich die Diskurse um Sicherheit in eigenen Räumen nur um diese Räume und schaffen sich so ein eigenes Paralleluniversum, was uns nicht unbedingt fähiger macht, in dieser beschissenen Gesellschaft gegen Herrschaftsmechanismen, auch in uns selbst, ankämpfen zu können? Die heutige Szene stellt doch irgendwie auch nur eine Subkultur der bür-

gerlichen Gesellschaft dar und ist somit in ihrer Selbstbeschäftigung auch integrierbar. Weiterhin müssen wir uns fragen ob der Wunsch nach dieser Sicherheit nicht auch ein Wunsch nach Privilegierung ist, erst recht wenn ein Angriff aus dieser vermeintlichen Sicherheit heraus ausbleibt.

Sprachpolitiken oder der akademische Diskurs

Bleiben wir bei den Räumen, in den Räumen. Was uns hier oft begegnet und scheinbar für Zusammenhalt sorgt, sind Codes, die uns als szenezugehörig markieren. In erster Linie Sprachcodes. Das sind beispielsweise Bezeichnungen für Personengruppen, die ausgegeben werden als Selbstbezeichnungen und doch keine sind, sondern Vorschläge selbsternannter Repräsentant_innen identitär gefasster Gruppen sozial benachteiligter Personen. Uns ist Repräsentation so verhasst, erst recht, wenn sie sich als Befreiung und Selbstermächtigung ausgibt. Das ist ein etwas anderer Gebrauch von Personalpronomen, die Art des Genderns, die Vermeidung bestimmter Begriffe, die diskriminieren können. Am besten spricht man leise und mit Menschen, die mensch noch nicht kennt am besten gar nicht. Ja, wir beherrschen all diese Codes. Und doch fragen wir uns so oft, warum soviel Energie in die vermeintlich korrekte Form des Sprechens gelegt wird. Sprachpolitik ist wohl das Feld, auf dem wir tatsächlich noch Kämpfe gewinnen können, sogar ohne uns zu riskieren. Aber sagt uns das nicht etwas über diese Kämpfe? Diese Kämpfe um gesellschaftliche Anerkennung einer Gesellschaft, die wir doch eigentlich mal zerschlagen wollten. Wir denken, dass Kämpfe gegen Diskriminierung, gerade wenn sie auf sprachlicher Ebene geführt werden, zwar zur Folge haben können, dass sich die ganze Scheiße netter anhört, aber eben weiter Scheiße bleibt. Zu gendern tut niemandem weh, dem Macker genausowenig wie der Kriegsministerin. Und in dem durchaus integeren Wunsch, niemanden zu verletzen oder auszuschließen, kommen all die nicht mehr mit oder erst gar nicht rein in unsere Räume, die keinen bildungsbürgerlichen Zugang zur Sprache hatten. Es ist eben auch ein akademischer Diskurs, der in unseren Räumen vorausgesetzt wird. Kritik wird nur dann ernstgenommen, wenn sie aus sozialen Positionen formuliert wird, die Diskriminierungserfahrungen aufweisen, und zwar solche, die von uns auch anerkannt werden. Die Anerkennungswürdigkeit politischer Kritik hängt so oft davon ab, welche Privilegierungen und Benachteiligungen du entlang ein paar ausgewählter sozialer Kategorien erfahren haben könntest. Soweit, so schlecht. Klar gibt's auch inhaltliche Codes in diesen Räumen. Wie oft haben wir gehört, man dürfe den Kapitalismus nicht verkürzt kritisieren und wie oft haben wir nachgefragt, wie diese Kritik denn unverkürzt aussehen könnte. Antwort darauf gab's dann eher selten, es sei halt so. Wie oft haben wir nachgefragt, ob der Idee der kulturellen Aneignung nicht ein doch eher abzulehnender Kulturbegriff zu Grunde liegt und wie selten war es möglich, politisch zu diskutieren. Wie oft hörten wir Genoss_innen sagen, die mit der anderen politischen Position hätten nur „noch nicht“ verstanden. Selbst Leselisten wurden ausgegeben, damit die anderen „es verstehen“

mögen. Natürlich nur solche, die das eigene Denken erklären. Die, die sich in der Wahrheit glauben, gibt's wohl überall, mit ihnen kann es wohl keinen politischen gemeinsamen, solidarischen Austausch geben. Uns betrübt es zu hören, dass Genoss_innen nicht widersprechen, wenn sie widersprechen wollen, das Freund_innen sich nicht trauen, zu sprechen, wenn sie sprechen wollen, dass Gefährten lieber schweigen als genau dort den nötigen Dissens zu erzeugen, in unseren eigenen Räumen gegen die falsche Konsenskultur. Dieser scheinbare Konsens, der sich immer wieder über sozialen Druck herstellt, zeigt sich wohl am besten im Moment geteilter Empörung. Wir kennen es irgendwie alle, dieses kollektive Augenrollen, wenn etwas gesagt wird, was den Konsens stört. Hier nachzufragen, was als problematisch empfunden wurde, wird mit Sicherheit die gleiche Reaktion ein zweites Mal provozieren.

Rausschmisspolitik

Konformitätsdruck kommt nicht ohne Repressionsandrohung aus. So ist das ja auch in der restlichen Welt. Der politische Ausschluss, der Rausschmiss aus Räumen oder gar ganzen Städten ist wohl eines der letzten Mittel, die wir haben. Und es ist ein schwieriges Mittel, in jederlei Hinsicht. Zu groß ist die Ähnlichkeit zur Logik des Staates, und an der Kritik der Praxis, also: „Soll er doch wo anders, also zu anderen Scheiße sein“ ist wohl nicht so leicht vorbei zu kommen. Klar, wir können uns etliche drastische Vorkommnisse vorstellen, zu deren Anlass wir eine Verbannung aus unseren politischen Zusammenhängen durchziehen würden und mitunter auch schon haben. Das Problem haben wir dort, wo das letzte Mittel zur ersten Wahl wird und es sich eben nicht um drastische Vorkommnisse handelt. Davon wollen wir hier nicht sprechen, sondern von solchen Vorkommnissen, bei denen etwas gesagt wurde, was verletzt hat oder etwas, was politisch fragwürdig erscheint. Wir meinen hier nicht Ausschlüsse von Personen, die uns auf die ein oder andere Weise gefährlich geworden sind, sondern solche, die mit unliebsamen politischen Positionen, mit Kritik oder einem vermeintlich falschen Gebrauch von Sprache verbunden sind. Und auch die moralische Aufladung der Debatten finden wir miserabel, etwa wenn verbale persönliche oder politische Differenzen mit moralischen Täter/Opfer Kategorien aufgeladen werden und entlang dieser Kategorien Maßnahmen getroffen werden, die mit Kraft dieser Kategorien unhinterfragbar und indiskutabel werden. Will dennoch wer solche Maßnahmen diskutieren, ist der Vorwurf des Täterschutzes schnell ausgesprochen, eine weitere solcher Kategorien. Unsere Welt teilt sich ziemlich oft auf in Täter und Betroffene, Täterschützer_innen und Supporter_innen. Das ist uns zu einfach, ehrlich gesagt. Die Viktimisierung, die mit solchen Debatten auftritt, überträgt sich dabei oft, sie liegt als ein gängiges Bewertungskriterium für Konflikte quasi auf der Hand. Da muss wer Täter und da muss wer Opfer sein.

Wie es zu all dem kam, wissen wir nicht genau. Ein Moment war sicherlich das notwendige Wehren derer, denen selten eine Stimme zukommt, aufgrund sozialer Benachteiligung, die auch in unseren Zusammenhängen Einzug

hat. Dass vielen Regelungen und Reglementierungen in unseren Szene-Zusammenhängen etwas zugrunde liegt, was wir alle durchaus ernstnehmen müssen, wenn wir respektvoll miteinander umgehen wollen, ist irgendwie klar. Gleichzeitig denken wir, dass die Wege raus aus patriarchalen, rassistischen, homophoben, transphoben und und und Praktiken verhandelbar sein müssen. Und wir denken, dass es gute und schlechte Wege raus gibt. Autoritäre Politik bleibt scheiße, auch wenn sie antisexistischen oder antirassistischen Prinzipien folgt.

Dissens!

Statt supermoralische Debatten zu führen um Schuld und Moral würden wir uns freuen, mit euch zusammen zu lernen, wie wir Konflikte solidarisch angehen, austragen, wie wir uns gegenseitig ernst nehmen können und wie wir aufeinander aufpassen können. Und all das ohne eine hegemoniale Redekultur, die so viel reglementiert, dass am Ende niemand mehr spricht. Uns scheint es wichtig, auch im Denken und Sprechen experimentierfreudig zu bleiben. Wenn wir selbst daran zurückdenken, was wir vor etlichen Jahren gedacht und gesagt haben, ist uns das schon manchmal peinlich. Es sagt uns aber auch etwas, nämlich, dass wir uns selbst weiterentwickeln, immer lernen, ausprobieren, verwerfen, neu denken. Dafür braucht's aber Austausch und zwar solchen, der nicht schon vorher festlegt, was gedacht und gesagt werden darf und was nicht. Wir selbst schätzen die Debatte, die kontrovers ist, prozesshaft, die das eigene Denken in Frage stellt, herausfordert, in der Dinge gesagt werden, die wir nicht erwartet hätten. Klar wollen wir uns mit unseren verinnerlichten Herrschaftsstrukturen auseinandersetzen und sie gemeinsam bekämpfen aber nicht als Selbstzweck, also dort nicht stehenbleiben, sondern dadurch gestärkt gegen die gesamte Zurichtung der Welt kämpfen. Wenn wir dies gemeinsam schaffen, dann können wir dem Bestehenden gefährlich werden, womit auch der Status Quo der Szene in Frage stehen würde.

Politik der ersten Person

Wir mögen es, wenn sich unser politisches Handeln aus uns selbst heraus erklärt, also nicht für irgendwen anders zu kämpfen, sondern die eigenen Feindschaften zu entdecken. Das Subjektive, Spontane, Emotionale. Nicht weil eine Analyse stimmt, nicht „in Unterstützung anderer“, nicht für irgendwas, sondern für uns selbst, wegen des eigenen Begehrens, nicht in einer so beschissenen Welt leben zu wollen. Es geht uns darum, Politik nicht als etwas Abstraktes zu sehen, was man macht wie die Lohnarbeit, sondern das eigene Leben als politisch zu begreifen und aus einem eigenen Wollen heraus zu handeln. Wir wollen keine Stellvertreter_innenpolitik „machen“ und das eigene politische Handeln nicht mit anderen, den Betroffenen, begründen, sondern aus unserer eigenen Feindschaft dem Bestehenden gegenüber heraus agieren. Aus dieser Position können klar andere Kämpfe unterstützt werden. Und so kann es dann zu einem Zusammenfinden der verschiedenen Einzelnen kommen und ihrer unterschiedlichen Feindschaften und daraus entstehenden im besten Fall

gemeinsame Kämpfe. Für uns ist es wichtig, mit anderen zusammenzukommen jenseits von sozialen Kategorien. Uns interessiert es, ob du wütend bist.

Ob du aber schwarz bist oder weiß oder Mann oder Frau oder cis oder trans, sagt uns wenig darüber, ob du für dich selbst beschlossen hast, gegen das Bestehende zu kämpfen, gegen jede Form von Herrschaft, Repression, Inwertsetzung, Ausbeutung, weil du selbst nicht in einer Welt der Herrschaft leben willst, egal wer von ihr unterdrückt wird.

...oder lieber Party?

Sich seiner Feindschaften bewusst zu werden und zu sein und daraus auch Taten entspringen zu lassen, bedeutet jedoch unserer Ansicht nach auch sich aus der eigenen Wohlfühlzone auch mal heraus zu bewegen. Es wird häufig lieber auf die „Sicherheit“ von gängigen Handlungsoptionen gesetzt, statt auf wildes Experimentieren, was auch immer Fehler beinhalten kann. Bei vielen, häufig ritualisiert anmutenden Aktionsformen bewegen wir uns nicht nur allzuoft in alten Bahnen, sondern auch häufig zwingend innerhalb des legalen Rahmens.

Wir haben den Eindruck, dass linke, linksradikale Politik an vielen Stellen immer einen spaßigen, hedonistischen Aspekt beinhalten muss, welcher manchmal sogar im Vordergrund steht. Darin geht es dann um leicht konsumierbaren Aktivismus, bei dem mensch seinen Spaß haben kann und der hervorragend als Freizeitbeschäftigung geeignet ist und somit auch nicht weh tut.

Damit meinen wir nicht, dass es eine Unvereinbarkeit gibt zwischen einer subversiven Verortung und dem gemeinsamen Vergnügen mit Freund_innen und Mitstreitenden. Jedoch setzen radikale Kämpfe eine gewisse Ernsthaftigkeit und zuerst mal auch einfach den Willen dazu, also eine Entscheidung voraus. Denn sich selbst in Feindschaft gegen das Bestehende zu begreifen und zu kämpfen bedeutet mit bürgerlichen Sicherheiten zu brechen und auch Konsequenzen aus der eigenen Haltung für das eigene

Leben in Kauf zu nehmen. Eine so gedachte Ernsthaftigkeit vermissen wir häufiger. Wir würden uns eine kollektive Auseinandersetzung mit den Fragen nach möglichen Konsequenzen aus einem unversöhnlichen Leben wünschen um einen gemeinsamen Umgang zu finden, egal ob es um den Verlust eines Jobs und damit der finanziellen Sicherheit geht oder um Knast oder Untertauchen. An anderen Orten sind und zu anderen Zeiten waren Kämpfende mit viel mehr Risiken für sich selbst konfrontiert. Auch in Anbetracht der autoritären Formierungen, finden wir es sinnvoll, die Komfortzonen des Wohlfühlaktivismus zu verlassen. Gerade auch, wenn wir uns und unsere viel propagierte Verbundenheit mit unseren kämpfenden Gefährtinnen an anderen Orten, zu anderen Zeiten ernst nehmen, sind wir es uns nicht dann auch schuldig, hier mal mehr zu riskieren?

... oder was ganz anderes?!

In dem uns umgebenden Szene-Milieu begegnen wir mitunter Genoss_innen, die zufrieden scheinen, sich in einem „radikalen“ Umfeld zu verorten, in entsprechenden Räumen aufzuhalten und Szene-Diskussionen zu führen, bzw. sich innerhalb der Szene gegenseitig anzugreifen. Wir bemerken ganz oft gar keinen Drang diese vermeintlich sicheren Orte zu verlassen und sich mit eigenen Ideen, Hoffnungen, Wut und Feindschaft ins Außen zu begeben und somit auch die Gefahr einzugehen das dies ungemütlich sein könnte. Wir wollen aber raus aus der Wohlfühlzeneblase, wir wollen die Tür zur bürgerlichen Gesellschaft nicht offen halten, statt dessen immer wieder rein in ungewisse Situation und an unbekannte Orte um die Gesamtscheiße ungefiltert selber wahrzunehmen, um uns mit anderen dagegen zu verbünden, um dagegen mit verschiedensten Mitteln zu kämpfen.

Wir fragen uns ob wir mit diesem Wunsch nach Ungemütlichkeit nur sehr wenige sind und wollen darüber ins Gespräch kommen um zu schauen mit wem wir die ausgetretenen Pfade verlassen können, um uns gemeinsam zu bestärken und auszutauschen. Um neue, vielleicht unbequemere Wege zu finden.

Rebellion und Schmerz

eine Buchempfehlung

Kairo! Was für ein Versprechen, was für eine Hoffnung lag im Namen dieser Stadt und in dem Enthusiasmus der Rebellierenden. Und doch beginnt dieses Buch im Moment größter Hoffnung mit dem Satz: „Vor einer Stunde hat sie aufgehört die Toten zu zählen“.

Sie wird nicht aufhören, die Toten zu zählen. Das Buch Stadt der Rebellion von Omar Robert Hamilton ist ein Buch über die Rebellion, ihre Toten und den Niedergang der Hoffnung im Kairo der Jahre 2011 bis 2013. Dieser Roman, der autobiographische Elemente nicht verbirgt, begleitet eine Aktivist_innen-Gruppe nach dem Sturz Mubaraks bei dem Bemühen, die Revolution weiter zu treiben, sie lebendig zu halten. Gegen die Muslimbrüder

um Mursi, gegen die Armee, gegen die Polizei, gegen die konservative Gesellschaft Ägyptens. Wir wissen, dass sie scheitern werden. Mursi wird gegen den Widerstand Tausender gewählt und versucht ein islamistisches Regime durchzusetzen. Er wird von der Armee gestürzt und durch General Al-Sisi ersetzt, der bis heute und in alle Ewigkeit mit aggressivem Nationalismus die Herrschaft des Militärs brutal durchsetzt – Zehntausende sitzen heute im Knast und Tausende sind während all der Kämpfe getötet worden; von der Polizei, der Armee, den Muslimbrüdern. Wir wissen, dass Mariam, Khalid und ihre Gruppe scheitern werden, weil wir den heutigen Zustand Ägyptens kennen. Aber Hamilton hat sein Buch wohlweislich nicht Die Stadt des Scheiterns genannt. Sein Buch handelt trotz

des Scheiterns von der Rebellion als einzig lebenswertem Zustand in einer Welt menschenverachtender Brutalität. Jeder Stein der geschmissen wird bewahrt die Hoffnung auf ein anderes Leben.

Dabei besteht die Gruppe nicht aus heroischen Anarchist_innen, sondern aus recht bürgerlichen Medienaktivist_innen die zunächst jeden Klick auf ihre Internetpräsenzen euphorisch feiern (womit sie am Anfang etwas nerven). Stück für Stück rückt der Kampf auf den Straßen und Plätzen in den Vordergrund. Obwohl die Medienarbeit immer Teil ihrer politischen Arbeit bleibt, verlagern sich die Schwerpunkte ihres Handelns zunehmend. Die Betreuung der Familien der Märtyrer wird immer wichtiger, der Kampf auf der Straße ist das Herz der Rebellion.

Wir erträgt man die Brutalität der Repression? Die vielen Toten, Gefolterten, Verschleppten, Verhafteten? Die Toten Freund_innen, gefolterten Freund_innen, verschleppten Freund_innen, verhafteten... Wie erträgt man das Scheitern der Rebellion? Darum geht es in diesem sehr lesenswerten Buch, das am Ende einen depressiven Khalid zutiefst verzweifeln lässt, nachdem er zuvor vergeblich versucht hatte, den Sieg Sisis mit Sarkasmus zu ertragen.

Aber kann man schlussendlich aufgeben, wenn die Verhafteten es nicht tun? Wie kann man aus Ägypten fliehen, wenn hier doch die Familien und Freund_innen sind – die nicht fliehen können?

Am Ende entlässt einen dieses Buch, das mich mehr als einmal hat weinen lassen, mit der Klarheit, das Aufgeben keine Option ist. Trotz allen Schmerzes.

Daneben entwickelt sich die Liebesbeziehung zwischen Mariam und Khalid, parallel zum Scheitern der Rebellion,

zur einer Geschichte der Entfremdung. Mit dem Schwinden der Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen schwindet die Liebe Mariams. Der gemeinsame Kampf hat sie sich lieben lassen und das Ende der Kämpfe lässt sie ohne einander zurück. Die Kämpfenden finden keine Strategie gegen die Regime und die Liebenden keine dagegen, dass die Härte der Kämpfe sie mehr und mehr sprachlos werden lässt.

Die Stadt der Rebellion verarbeitet das bittere Scheitern der Aufstände in Kairo. Aber ähnliche Geschichten ließen sich auch aus Städten Syriens und Marokkos, aus Kiew oder Teheran schreiben. Überall wo Menschen ernsthaft um Freiheiten und Verbesserungen kämpfen. Und immer wieder scheitern sie, trotz allen Willens und allen Schmerzes. Dieser Schmerz des Scheiterns darf nicht unter den Teppich gekehrt werden. Er muss ausgesprochen werden, damit wir einander umarmen und voneinander lernen können. In diesem Sinne ist Stadt der Rebellion ein sehr lohnenswertes Buch – auch wenn es spannend gewesen wäre, die Geschehnisse aus anarchistischer



Perspektive zu lesen. Denn es kämpften in den Jahren der Rebellion Viele Anarchist_innen in den Straßen Kairo und Alexandrias. Viele von ihnen sitzen immer noch im Knast oder sind bis heute verschwunden.

Ein Leser

*Stadt der Rebellion v. Omar Robert Hamilton
erschienen bei Wagenbach*

Machtwechsel in Armenien

kippt Russlands „letzter Verbündeter“?

Gerade mal elf Tage hat es gedauert, dann nahm der ehemalige armenische Präsident Sersch Sargsjan, Anführer der Republikanischen Partei (RPA), von seinen Plänen Abstand, nun als Premierminister weiter zu regieren. Kurz vor Ende seiner zehnjährigen Präsidentschaft hatte Sargsjan die Verfassung durch eine Volksabstimmung ändern lassen – Armenien wurde von einer präsidentialen zu einer parlamentarischen Republik. Im Gegensatz zum Präsidenten ist die Ausübung des Amtes des Regierungschefs nicht auf eine bestimmte Anzahl von Legislaturperioden begrenzt. Als Sargsjan entgegen seiner bisherigen Versprechungen sich doch noch zum Premierminister nominieren ließ, wurde das von seinen Gegnern als Absicht gedeutet, er wolle bis an sein Lebensende regieren. Die gewaltlosen Demonstrationen in der Hauptstadt Jerewan griffen schnell auf den Rest des Landes über. Fast die gesamte Verkehr wurde lahmgelegt. Schon bald sah man unbewaffnete Soldaten in den ersten Reihen der oppositionellen Demonstranten marschieren. Bald streikten nicht nur die Jerewaner Studenten, sondern auch die Arbei-

terinnen der Nähfabrik im Provinzzentrum Wanadsor. Hauptstraßen, Flughäfen und teilweise auch Grenzübergänge wurden blockiert. Am 23. April erklärte Sargsjan seinen Rücktritt und übergab die Macht an seine Parteigenossin Karen Karapetjan.

Doch der Anführer der Proteste, Nikol Paschinjan, vom liberalen Parteibündnis „Jelk“ („Ausweg“) gab sich damit nicht zufrieden – sein erklärtes Ziel sei es, die regierenden Republikaner von der Macht zur verdrängen. Obwohl seine eigene Partei nur neun von 105 Parlamentssitzen bei der letzten Wahl gewann, steht sein Ultimatum fest: Paschinjan möchte selber zum Regierungsoberhaupt gewählt werden, sonst wurden die die Proteste weitergehen. Angesichts dessen, dass Karpetjan als sehr russlandfreundlich gilt, erschien diese Forderung aus Sicht der westlichen Beobachter keineswegs vermessen oder schlicht Größenwahnsinnig, sondern ganz und gar legitim. Schon bald wählte das Parlament mir den Stimmen einiger RPA-Abgeordneten Paschinjan zum neuen

Regierungschef. Wer sich die Frage stellt, wie es soweit kommen konnte, kommt nicht umhin, sich die Geschichte des transkaukasischen Staates seit seiner Unabhängigkeit 1991 anzuschauen.

Blut, Boden, Brandy die armenische Unabhängigkeit seit 1991

Manchmal wird Armeniens Rolle im Südkaukasus mit der Israels im Nahost vergleichen: Die Staatsgründung, die als Konsequenz aus dem zurückliegenden Genozid gedeutet wird, erfolgreiche Krieg gegen zahlenmäßig weit überlegenden Nachbarn, massive Gebietserweiterung und darauf folgende Isolation und schließlich Anlehnung an eine geographisch weit entfernte, aber an der Region stets interessierte Weltmacht (in einem Fall – die USA, in der anderen – Russland).

Als die Sowjetunion zerfiel, gehörte Armenien zu jenen Republiken, die sich am schnellsten von der zerfallenden Weltmacht loslösen wollten. Heute ist das Land auf Gedieh und Verderb von Russland abhängig. Kein Wunder: Das Projekt der armenischen Unabhängigkeit besaß kaum eine ökonomische Grundlage. Die Industrie der damaligen sowjetischen Republik war völlig auf die gesamtsovietische Arbeitsteilung angewiesen gewesen. Nun musste aber der neu gegründete Staat einen Krieg mit dem ebenfalls unabhängig gewordenen Nachbarn Aserbaidschan führen, von dessen Gebiet zur Sowjetzeit die Stromversorgung des halben Südkaukasus organisierte wurde.

Der (wortwörtliche) Stein des Anstoßes war das zum sowjetischen Aserbaidschan gehörende, aber mehrheitlich von Armeniern bevölkerte Autonome Gebiet Berg-Karabach. Als während der Perestroika die Anhänger diverser Nationalismen sich über die ungerechte Behandlung ihrer völkisch-kulturellen Besonderheiten durch den sowjetischen Staat beschwerten, verlangten die Azeris die Abschaffung der Karabach-Autonomie, während die Armenier die „Wiedervereinigung“ des auf einem Felsen gelegenen historischen Gebiets mit Armenien forderten. Beide Seiten hielten die sowjetischen Grenzen für skandalös gemessen an historischen Großreichen, denen sie hinterhernostalgieren. Beide Seiten erklärten die jeweils andere a) zu keinem richtigen Volk, b) zu Eindringlingen in die Region und stützten ihre Thesen auf Verschwörungs- und Rasetheorien aller Art. Auf der armenischen Seite gab es Stimmen, die sich auf das „historische Armenien“ bezogen, samt der heutigen Osttürkei (von den kurdischen Nationalisten als Teil des noch zu gründenden Kurdistan ebenfalls beansprucht), Teile von Georgien und ca. die Hälfte des heutigen Aserbaidschan. Auf der anderen Seite wurde die pantürkistische Solidarität entdeckt, wobei Armenien als ärgerliches Hindernis für die Vereinigung mit dem „Brudervolk“ gesehen wurde. Die „Grauen Wölfe“ aus der Türkei und linksnationalistische armenische „Befreiungskämpfer“ aus dem Nahen Osten ließen nicht lange auf sich warten und betrieben regen Tour- und Terrorismus in den umkämpften Gebieten.

1994 endete der Krieg mit einer Niederlage Aserbaidschans. Mit Hilfe der weltweiten armenischen Diaspora (die zahlenmäßig die Bevölkerung der heutigen Armeniens bei weitem übersteigt) und später auch russischen Waffenlieferungen konnte sich der neue Staat behaupten. Insgesamt ein Fünftel des aserbaidischen Staatsgebietes, darunter der Großteil Karabachs, blieb unter armenischer Kontrolle. Eine Annexion hätte für das ohnehin isolierte Armenien das Ende der internationalen Anerkennung bedeutet, offiziell bestand Armenien deswegen darauf, gar keine Kriegspartei zu sein, da gegen Azeris nur die Aufständischen aus Karabach kämpfen würden. Auf den von Armeniern kontrollierten Gebieten, wo keine azerische Bevölkerung mehr übrig blieb, wurde die international nicht anerkannte „Republik Bergkarabach (Arzach)“ gegründet. Nicht einmal von Armenien diplomatisch anerkannt bleibt sie jedoch ein von den regulären armenischen Truppen gesicherter und an Armenien angrenzender, nur formell unabhängiger Staat.

Der Rüstungswettlauf mit dem erdötreichen Aserbaidschan, die ökonomische Blockade durch die Nachbarn, der Zusammenbruch von Industrie und Logistik sowie der Flüchtlingsstrom der Armenier aus Aserbaidschan brachte den neuen Staat in einen permanenten wirtschaftlichen Notzustand. Touristen wollten nicht in ein Krisengebiet reisen, der Export vom berühmten armenischen Brandy reichte nicht als Einnahmequelle und die Türkei und Aserbaidschan appellierten an die islamische Solidarität, was die internationale Isolation noch weiter verstärkte. Außer Russland unterhält lediglich der Iran, der Probleme mit der eigenen azerischen Minderheit hatte, mit Armenien gute Beziehungen. Die USA baute zwar kontinuierlich die Kontakte mit Aserbaidschan aus, aber um Armenien nicht komplett dem russischen und iranischen Einfluss zu überlassen, spendete sie auch etwas humanitäre Hilfe für das faktisch am Rande des Kollapses stehende Armenien. Zum Arbeiten reisten die Bürger des siegreichen armenischen Staates nach Russland und später sogar in die Türkei, ihr im Niedriglohnssektor dieser Staaten verdientes Geld wurde für das Überleben Armeniens als Deviseneinnahmequelle wichtig.

Helden von Arzach an der Macht

Wenn im Baltikum oder in der Ukraine mal wieder die Kollaborateure aus dem Zweiten Weltkrieg als Nationalhelden geehrt werden, dann ist die Empörung in den russischen Medien groß. Wenig beachtet bleibt in Russland dagegen die Tatsache, dass im befreundeten Armenien das Institut des Verteidigungsministeriums nach Drastamat Kanajan, dem Befehlshaber des armenischen Legion der Wehrmacht, benannt ist. Dabei ist es wenig verwunderlich, da die regierende RPA sich ganz offiziell auf die Ideen eines weiteren Nazi-Kollaborateurs, Garagin Nschde, beruft. Nach Nschde ist eine Medaille der armenischen Streitkräfte benannt.

Die Hardliner, die sich heute in der RPA gesammelt haben, kamen 1998 an die Regierung, nachdem der erste Präsident des Landes, Lewon Ter-Petrosjan, seine

Bereitschaft zu territorialen Zugeständnissen gegenüber Aserbaidschan demonstrierte. Er ging damit auch auf die Forderungen von westlichen Staaten ein. Die Notwendigkeit, eine Friedensregelung für Berg-Karabach zu erreichen, sahen die Regierungen von Aserbaidschan und Armenien im Prinzip ein – bloß ging es bei dem aus Sicht der Weltmächte störenden Regionalkonflikt für die Beteiligten um nicht weniger als um ein Stück „Vaterland“ und „Identität“. Für Armenien wäre ein solcher Friedensschluss der politische Preis für die Möglichkeit, der Wirtschaftsblockade zu entkommen, die von Aserbaidschan, der Türkei und teilweise auch von Georgien aufrechterhalten wird. Um überhaupt wieder irgendwie am Weltmarkt teilnehmen und die dafür nötigen Weltwährungen verdienen zu können, sollte der partielle Verzicht auf die im Karabachkrieg eroberte Gebiete in Betracht gezogen und darüber verhandelt werden, wie weit das gerade erst von einer „Fremdherrschaft“ befreite Volk und Gebiet wieder aserbaidschanischer Staatsautorität unterstellt werden soll.

Mit dem zweiten Präsidenten Armeniens, Robert Kotscharjan, kamen Politiker aus Karabach an die Macht, die dem engen Verhältnis zu Russland eine Garantie für den Erhalt der gewonnenen Gebiete sahen. Kotscharjans Nachfolger Sersch Sargsjan gehört zu dieser Kohorte genauso wie der „Übergangsregierungschef“ Karen Karapetjan. Die RPA wurde zur „Partei der Macht“, vergleichbar mit Putins „Einiges Russland“. Während Aserbaidschan mit US-amerikanischer Unterstützung die Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline baute, um Russland vom Geschäft mit den Energieträgern der kaspischen Region, und sei es nur als Durchleitungsland, auszuschließen, gab Armenien der russischen Militärbasis in Gjumri eine langfristige Perspektive und ließ seine Grenze zur Türkei von russischen Grenztruppen schützen – ohne sich gleichzeitig völlig vom Westen abzuwenden.

Um den „Friedensprozess“ kam Armenien dennoch nicht drumherum. Doch nun wurde vor allem mit der Türkei verhandelt, während die Verhandlungen mit Aserbaidschan stagnierten. 2009 haben sich Armenien und die Türkei immerhin auf die Öffnung der Grenze geeint, was viele armenische Gastarbeiter in die Tourismusbranche des verhassten, aber reicheren Nachbarlandes spülte. Weiter kam die „Entspannungspolitik“ nicht. Es war auch kein Geheimnis, dass die Vermittler, nämlich Russland, die USA und Frankreich (stellvertretend für die EU) sich ausschließende Ziele verfolgen und die Hauptkonfliktparteien den gegenseitigen Hass in den Rang der jeweils offiziellen Staatsideologie hoben.

Ähnlich wie die Ukraine verhandelte Armenien mit der EU über ein Assoziierungsabkommen, doch unter Sersch Sargsjan trat der Staat 2015 der Eurasischen Wirtschaftsunion bei, obwohl eine Mitgliedschaft in beiden Unionen schlicht unmöglich ist. Die EU setzte ihre Kooperation mit Armenien jedoch fort und war auch bereit, weiterhin finanzielle Unterstützung für die „dringend benötigten Reformen“ nach Armenien fließen zu lassen.

Dennoch wurde Armenien von allen Seiten als Russlands treuester Verbündeter in Transkaukasien wahrgenommen.

Russlands Engagement: Verteidigung oder Imperialismus? Falsche Frage!

Russlands Politik sorgt bei den Linken weltweit für lange Debatten. Verteidigt sich Putin nur gegen einen aggressiven Expansionsdrang der NATO oder ist seine Politik dieselbe, wie sie seine Konkurrenten weltweit auch praktizieren, oder sogar gar schlimmer, wenn man bedenkt, dass er ja gar kein „lupenreiner Demokrat“, sondern ein „Autokrat“ und „Diktator“ sei, der Minderheiten nicht mit Quoten, sondern mit Repressionen begegnet und der Opposition keine Chance lässt?

Mit dem Ende der Sowjetunion deklarierte Russland seinen Willen, Demokratie und Marktwirtschaft wie im Westen aufzubauen, aber auch weiterhin eine Weltmacht zu bleiben, deren Interessen Rechnung zu tragen sei. Dieser Anspruch wurde zwar durch die bescheidenen Reste der militärischen Macht, die das neue Russland vom „bösen“ Vorgängerstaat geerbt hat, aber keineswegs von ökonomischer Stärke, die der Konkurrenz der Sieger des Kalten Krieges nicht standhalten konnte, gestützt.

Russland ist kein Staat, den die USA – so wie Kasachstan oder Aserbaidschan – auf die Dienstbarkeit am westlichen Rohstoffebedarf festlegen konnte. Wo dieser Staat am Energiegeschäft der postsowjetischen Länder mitwirkt, droht er politisch zu „dominieren“, was im Westen sofort als „Großmachtgebühren“ und „Sehnsucht nach Rückkehr der Sowjetunion“ ausgelegt wird.

Das betrifft nicht bloß den ökonomischen Nutzen, sondern die politische Orientierung der beteiligten Länder: Russland stand und steht im Verdacht des „Neoimperialismus“, soweit und so lange es mit seinen Pipelines etc. ähnliches zu bewirken versucht, wie die USA und die EU es mit ihren Projekten tun. Aus der Sicht der bereits etablierten kapitalistischen Mächte steht Russland – nicht viel anders als früher die UdSSR – quer zu Weltmarktssystem, konkurrieren und Einflussnehmen, was die Westmächte betreiben.

Anders als durch alle ihre konkurrierenden Verbündeten finden die USA daher durch jeden Einfluss, den Russland im post-sowjetischen Raum, Osteuropa, Nahost oder Afrika noch hat bzw. neu entfalten könnte, ihr Monopol auf das Management des globalen Energiegeschäfts und den Status der erfolgreichsten Weltmacht, mit der es sich kein Staat der Welt verscherzen darf, in Frage gestellt.

Dass die russische Führung – ob unter Jelzin oder unter Putin – samt großen Teilen der Bevölkerung über so eine Behandlung nicht glücklich ist, liegt auf der Hand. Russland will eine kapitalistische Weltmacht sein und die Nostalgie nach den Zeiten, wo man mit einem anderen Wirtschaftssystem eine Weltmacht war, ist keine Absage an den Kapitalismus. Russland verfolgt keine „friedlicheren“ Zwecke als der Westen. Jetzt ließe sich sagen,

damit wäre die Frage geklärt, Russland sei genauso imperialistisch wie der Westen.

Wer allerdings mehr an Analyse als an einer ethischen Beurteilung interessiert ist, könnte einen Blick auf die Russland zur Verfügung stehenden Mitteln werfen. Dann wird deutlich, dass auch 30 Jahre Kapitalismusaufbau immer noch nicht genügen, um der westlichen Konkurrenz ökonomisch das Wasser zu reichen. Für die liberale Opposition in Russland und ihren westlichen Betreuer ist es stets ein Grund zu Häme, für die russischen Staatsmedien hingegen für wilde Verschwörungstheorien. Es bleibt aber dabei – Russland möchte Einfluss mit seiner Wirtschaft ausüben, ist aber mangels wirtschaftlicher Potenz immer wieder alleine auf den Gewaltapparat zurückgeworfen.

Russland verfügte zwar in den neunziger Jahren über das größte ökonomische Potential auf dem Gebiet der sogenannten „Gemeinschaft unabhängiger Staaten“. Aber dass dort nicht gleich das gesamte ökonomische Leben kollabierte, wie in vielen ehemaligen Sowjetrepubliken z.B. in Armenien, sagt noch nicht viel. Armenien war für Russland zwar wichtig als letztes Bollwerk gegen einen NATO-Vorstoß, aber weniger als ein Absatzmarkt: Armenien hat keine zahlungskräftige Nachfrage zu bieten für irgendwas, was in Russland produziert wird.

Eine funktionelle Erpressung, eine nützliche und ausnutzbare „Abhängigkeit“, die westliche Führungsmächte herstellen und pflegen, ist es jedenfalls nicht, was Moskau mit seinen Energielieferungen bzw. mit deren – angebotener oder kurzfristig wirklich stattfindender – Unterbindung im postsowjetischen Raum zuwege bringt: Damit wenigstens noch die letzten, auch für Russland unverzichtbaren Reste eines grenzüberschreitenden Verkehrs stattfinden können, ist die Ablieferung von Energie an die Nachbarn unbedingt nötig – auch wenn auf unabsehbare Zeit feststeht, dass die Bezahlung nur in dem Anwachsen des schon laufenden Schuldenkontos des Empfängers besteht. Der selbst wiederum sieht darin für sich eine einzige Veranlassung, auf Abhilfe zu sinnen und möglichst auch noch diese, jeder kapitalistischen Berechnung spottenden „wirtschaftlichen Beziehungen“ zu kappen, weil sie ihm wie eine unerträgliche Einschnürung seiner „Selbstständigkeit“ vorkommen. Russland pocht auf die Anerkennung als Weltmacht, aber das Ticket in den Klub bleiben die Atomwaffen, wirtschaftlich dreht sich immer noch alles um den Export von Rohstoffen und die dafür nötigen Transferwege. Da können Staaten, in deren Bankensystem die Eliten von Russland und Armenien ihr Vermögen aufbewahren und mit deren Währung Russland und Armenien ihre Geschäfte auf dem Weltmarkt bezahlen, mit ganz anderen Druckmitteln aufwarten. Die Freundschaft von Belarus oder Armenien, Kasachstan oder Kirgisien zu Russland ist ein ziemlich fragiles und kostspieliges Modell. So bezieht Armenien bis heute den russischen Gas zu einem „politischen“ Preis und als erstes muss der neue Regierungschef darum verhandeln, dass es dabei bleibt.

Die Ökonomien von Russland und Armenien sind sich ähnlicher, als denen erfolgreicher kapitalistischer Länder. Kapitalisten in beiden Staaten sind dann erfolgreich, wenn sie über Kontakte in den Staatsapparat verfügen, häufiger sind sie mit seinen Vertretern direkt verwandt oder verschwägert und kommen so an attraktiven Staatsaufträgen. Aus der Sicht der USA und der EU ist das ein Skandal, weil solche Geschäftsmodelle verhindern, dass sich ihre eigenen Kapitalisten diese neuen Märkte erschließen, Land und Leute nutzen und ihre Waren absetzen können. Russland stemmt sich dagegen u.a. mittels des Projekts einer eigenen Zollunion und träumt davon, damit ein ansatzweise ähnlich erfolgreiches imperialistisches Projekt wie EU aufzubauen. Ein antikapitalistisches Vorhaben ist das entgegen manch linkem Vorstellungen also ganz und gar nicht.

Ende einer großartigen Freundschaft?

Während der letzten Amtszeit von Sargsjan (2013-2018) nahm die Unzufriedenheit der Bevölkerung zu. Zwischen Juli und September 2015 rollte eine Protestwelle gegen die Erhöhung des Stromtarife durch die wichtigsten Städte des Landes. Die Ursache für die geplante drastische Erhöhungen war, laut Protestbewegung, Korruption und „Missmanagement“ bei einer hundertprozentigen Tochtergesellschaft von „Inter RAO“, einem russischen halbstaatlichen Unternehmen, wo ausgerechnet der enge Putin-Vertraute Igor Setchin dem Direktorenrat vorsteht. In Russland solidarisierte sich die Opposition mit den s.g. „#ElectricYerevan“-Protesten. Am Ende waren die Proteste erfolgreich – die Stromtarife wurden eingefroren.

Im April des nächsten Jahres kam es an der Grenze zu Karabach zu einem „Viertagekrieg“ mit Aserbaidschan, der für die armenische Seite mit Gebietsverlusten endete. Besonders empörend fand die armenische Öffentlichkeit die Tatsache, dass die aserbaidshische Armee massiv nachgerüstet hat und zwar mit Waffen aus Russland. Die Einnahmen aus dem Öllexport steckte die Regierung in Baku in die Armee, die sowieso zahlenmäßig der armenischen bei weitem überlegen ist. Um das Abdriften des strategisch wichtigen Nachbarn am Kaspischen Meer in Richtung der NATO zumindest zu bremsen, geht Russland seitdem verstärkt eine Kooperation mit Aserbaidschan ein. Aus der Sicht der armenischen Opposition ist es ein Beweis dafür, dass der Beitritt zu der Eurasischen Wirtschaftsunion voreilig war und die RPA gegenüber Russland eine servile Haltung einnimmt.

Nichts passiert?

Auffällig war die offizielle Reaktion Russlands auf die neuesten Ereignisse in Armenien. Vergleiche zur der „orangenen Revolutionen“ in anderen postsowjetischen Republiken werden vehement abgewiesen. Alles sei nur eine „innere Angelegenheiten des armenischen Volkes“, der seine „Weisheit“ unter Beweis gestellt hat. Anstatt Theorien über die lange Hand von der CIA und State Department zu verbreiten, überbieten sich die staatli-

chen Medien mit Komplimenten an die „Freunde“ und das „Brudervolk“. Armenier hätten lediglich für ein völlig legitimes Anliegen gewaltlos demonstriert, von anti-russischen Slogans sei weit und breit nichts zu hören, so der Grundton der Berichterstattung.

Doch die russische Opposition sieht darin ein Anzeichen dafür, dass so eine schwere außenpolitische Niederlage kaschiert werden soll. Alexei Nawalny und andere bekannte Personen des Anti-Putin-Lagers rufen dazu auf, von der Erfahrungen der armenischen Proteste zu lernen. Es sind also sich diametral widersprechende Deutungen der Ereignisse, die der russischen Öffentlichkeit präsentiert werden.

Am Anfang stellten die russischen Medien die Proteste als lediglich gegen die Personalie von Sargsjan gerichtet dar und suggerierten, die RPA würde an die Macht bleiben. Doch binnen Wochen baute Paschinjan den Druck auf der Straße aus und erzwang am 8. Mai seine Wahl zum Regierungschef. Für ihn stimmte nicht nur seine eigene Partei „Jelk“, die Fraktion des Oligarchen Gagik Zarakjan und die linksnationalistische Daschnakutzjun („Armenische Revolutionäre Föderation“), die zuvor mit der RPA verbündet war. Elf Abgeordneten der RPA-Fraktion stimmten ebenfalls für Paschinjan und verschafften ihm dadurch erst die nötige Mehrheit. Paschinjan kündigt an, lediglich bis zur Wahl eines neuen Parlaments zu regieren.

Alexander Amethystow

Wer hat an der Uhr gedreht

ist es wirklich schon JETZT?

„Jetzt“ hieß das neueste Buch des Unsichtbaren Komitees. Schon auf dem Umschlag war zu lesen, dass die Zeit zu handeln jetzt sei. Ein weiteres Warten sei weder zielführend, noch notwendig. Alles, was notwendig sei, um zu handeln, läge vor. Angesichts der aktuellen Weltlage, gibt es einen Grund die Dringlichkeit zu bestreiten? Eher nicht.

Gleich sahen das wohl auch schon Marx und Engels, als sie das kommunistische Manifest schrieben und ähnlich sahen dies wohl auch zahlreiche andere Menschen in der Geschichte, die sich nichts sehnlicher wünschten, als dem gegenwärtigen Zustand die Stirn zu bieten und für die Gemeinschaft der freien Menschen zu kämpfen. Hatten sie weniger recht, dass die Zeit zu handeln auch in ihrem gegenwärtigen Leben dafür gekommen sei? War ihr Jetzt ein weniger zutreffendes, als das Jetzt des Unsichtbaren Komitees? Wurde ihr Jetzt tatsächlich unterbrochen und in ein „erst später“ umgewandelt, welches nun unser heute ist?

Es gibt keinen objektiven Zeitpunkt Jetzt. Keinen Moment innerhalb der Geschichte, an dem wir erkennen können, dass jetzt der Zeitpunkt für eine Revolution ist, dass es jetzt und auf keinen Fall später sein darf, nur um sich dann erneut im Später wiederzufinden, ohne Revolution, mit der einzigen Option, erneut auf den Moment des Jetzt zu warten, möge er doch endlich kommen.

Überhaupt können wir so nichts aussagen über Sinn und Notwendigkeit einer Revolution. Für diejenigen, deren einzige Option die Gemeinschaft der freien Menschen ist, ist die Zeit der Revolution immer jetzt, und auch auf analytischer Ebene ist die Revolution immer notwendig, so lange wie die Menschen untereinander noch Feinde sind und ihre Interessen und Notwendigkeiten nicht gemeinsam gestalten können.

Die Frage, ob die Zeit jetzt oder später ist, ergibt sich auch nicht aus der faktischen Gesamtlage. Notwendig,

richtig und von höchster Dringlichkeit war die Revolution auch schon vor 10, 20, 30, 500 Jahren. Sie ist nicht erst jetzt zustande gekommen und lässt sich auch nicht daraus ableiten, wie katastrophal gerade alles ist.

Das jetzt ignoriert die soziale Wirklichkeit. Zwar ist es nachvollziehbar, dass ein Blick auf die Gesamtlage der Welt das Gefühl vermittelt, besser jetzt, als nur einen Moment später, etwas zu verändern, aber das alleine reicht nicht: Es gehört ja auch ein Blick in die soziale Wirklichkeit dazu. Wenn wir in die Gesellschaft schauen, dann ist diese jetzt eben noch nicht bereit, sich ihrer Rolle bewusst zu werden und sich gegen den Staat zu erheben. Und diese Bereitschaft ergibt sich auch nicht aus der Dringlichkeit dafür, dass sie diese Bereitschaft entwickeln sollte.

Die Notwendigkeit dafür, dass die Gesellschaft sich gegen den Staat erhebt, besteht auf der objektiven Seite und ist zweifach bestimmt. Zum einen durch das generelle Verhältnis von Staat und Gesellschaft, in welcher der Staat seine Grundlage darin hat, die Gesellschaft auszubuten. Zum anderen dadurch, dass wir sehen können, dass dieses Verhältnis ein generell destruktives Verhältnis ist, welches derzeit auf die Verdichtung der Destruktion in der gegenwärtigen Lage hinausläuft. Auf der subjek-



tiven Seite steht der Mensch innerhalb der Gesellschaft. Vom Staat wurde er so zugerichtet, dass er zum einen seine objektive Lage nicht erkennt und auch die objektive Bedrohung für sich nicht sehen kann, wodurch er zum anderen auch subjektiv nicht in der Lage ist, etwas gegen den destruktiven Zustand, in welchem er, wie auch wir, sich mit den anderen Menschen befinden, zu unternehmen. Deswegen ist es nicht die Frage, ob es jetzt notwendig ist, etwas zu unternehmen. Die Frage ist, was gerade möglich ist. Und diese Frage ist eine Frage bezüglich der gegenwärtigen Bedingungen, wie auch eine Frage an uns selbst und unsere faktischen Möglichkeiten.

Für eine substantielle gesellschaftliche Veränderung ist es nötig, dass nicht nur ein kleiner, sondern ein relevanter Teil der Gesellschaft die objektiven Interessen der Gesellschaft erfasst und sich für diese einsetzt. Der abstrakt benennbare relevante Teil der Gesellschaft muss sich dafür im Konkreten aus konkreten Menschen zusammensetzen. Diese sind zwar in ihrer Notwendigkeit abstrakt zu bestimmen, nicht aber im Konkreten. Dort müssen sie

faktisch vorhanden sein, was bedeutet, dass sie sich auch faktisch der Lage der Gesellschaft bewusst sein und darüber hinaus sich auch für diese Interessen einsetzen müssen. Es nützt nichts, sich hierüber in revolutionärer Schwärmerei hinweg zu täuschen. Wir wissen unmittelbar, ob dies der Fall ist oder nicht. Was wir heutzutage beobachten können ist:

Es gibt eine nicht geringe Zahl von Menschen, die sich in einzelnen Bereichen, wie etwa Umweltschutz und Menschenrechte in NGOs und ähnlichen Vereinen für die Verbesserung der Lage einsetzen. Daneben gibt es eine gewisse Anzahl von Menschen, die sich erhoffen, in Parteistrukturen progressiven Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können (was natürlich keineswegs für alle gilt, die einer Partei beitreten). Häufig

jedoch ist zu beobachten, dass die Probleme der Gesellschaft von diesen Menschen isoliert betrachtet werden, sie also nicht erkennen können, dass es nicht das eine wichtige Problem gibt, sondern eine Vielzahl von Problemen, die sich gegenseitig beeinflussen und durchdringen. Zudem wird nicht verstanden, dass die Lösung dieser Probleme nicht durch den Staat erfolgen kann, sondern dass die Probleme hier ihren Ausgangspunkt haben. Desweiteren gibt es eine wachsende Zahl von Menschen, die von Verelendung betroffen sind, die also die negative Seite des

Verhältnisses zwischen gesellschaftlichen und staatlichen Interessen unmittelbar zu spüren bekommen.

Im besten Fall können wir sagen, dass es ein wachsendes Misstrauen gegenüber dem Staat gibt, jedoch ist die Staatshörigkeit immer noch der Standard und nicht eine kleine Restausnahme. Selbst da, wo sich gegen die aktuelle Regierung gewendet wird, besteht noch die Hoffnung, eine andere Regierung könne die Sache wieder ins Lot bringen. Wenn es einen Erkenntnisprozess innerhalb der Gesellschaft gibt, welcher darauf abzielt, dass die Gesellschaft nur selbst im fortschrittlichen Zusammenwirken der Menschen die Probleme lösen kann, dann ist es ein sehr verhaltener und langsamer Prozess.

Wenn wir uns eine Reihe von Aufständen in aller Welt anschauen, finden wir auch solche dabei, in welchen eine Massenzusammenkunft sich nach und nach in eine revolutionäre Masse verwandelte. Es ist sicherlich so, dass auch jene Menschen, die derzeit kein oder nur ein geringes Verständnis vom Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft haben, sich in solchen widerständigen Momenten gegen die Macht des Staates radikalieren können und in ihrer Praxis über das hinausgehen können, was ihnen ihre eigene Analyse der Verhältnisse bisher ermöglichte. Doch müssen wir ja zugleich feststellen, dass diese Arten von Revolution keine dauerhafte Veränderung mit sich bringen konnte. Die Menschen wehren sich gegen die konkrete Staatsmacht, jedoch nicht grundsätzlich gegen den Staat. Das Problem ist aber, dass, so lange der Staat die dominante Machtposition innehat, keine wirkliche und dauerhafte Verbesserung der Lage einsetzen kann. Vor allem die substantielle Stärkung der Gesellschaft gegenüber dem Staat kann dies erwirken, wie auch das Bewusstwerden der Gesellschaft darüber, welche Wege zur Verwirklichung eines friedlichen Lebens führen und welche Wege den Zustand von Feindseligkeit und Destruktion noch verschlimmert. Und zu behaupten, dass sich die Gesellschaft derzeit in einer starken und zugleich sich ihrer selbst bewussten Lage befindet, ist nichts als eine romantische Verklärung der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Der Aufstand, selbst da, wo er sich hin zu einer revolutionären Situation entwickelt, beinhaltet zwar selbst eine Stärkung derjenigen, die sich an ihm beteiligen, aber diese Stärkung ist keine dauerhafte Stärkung in der Weise, dass sie einen dauerhaft starken Zustand erzeugt, der mit der Stärke im Moment des Aufstandes vergleichbar ist.

Aufstände entfalten ihre Wirkung in dem Maße, in welchem der Aufstand mit einer Selbstkräftigung der Gesellschaft einhergeht. Eine Selbstkräftigung der Gesellschaft bedeutet, dass sie beginnt, ihre eigenen Strukturen jenseits der Strukturen des Staates aufzubauen, in welchen sie die gesellschaftlichen Interessen beginnt, umsetzen zu können, also das zu tun, wozu der Staat nicht in der Lage ist. Wenn der Aufstand bestimmt wird durch fokussierte Dynamik in einer zeitlich begrenzten Situation, so ist die Selbstkräftigung ein lang anhaltender Prozess. Beide bedingen sich gegenseitig. Werden sie voneinander getrennt, so geht ihr Potenzial verloren. Ob die Prozesse

sich gegenseitig beflügeln oder nicht, ist dabei weniger durch Interpretation der gesellschaftlichen Verhältnisse als durch deren Beobachtung zu erfassen. Wir sehen, ob der Aufstand isoliert stattfindet, oder in Verbindung der gesellschaftlichen Kräfte. Wir sehen, ob Demonstrationen ein Zusammenschluss autonomer Gruppen sind, oder ein gesellschaftlicher Zusammenschluss. Wir sehen, ob die radikalen und gemäßigten Kräfte zusammenarbeiten und sich aufeinander beziehen oder nicht.

Dabei ist die Frage, ob dies der Fall ist oder eben nicht, keineswegs abstrakt. Sie ist leicht zu beantworten dadurch, ob man selbst in einem Austausch nur mit seinen eigenen Strukturen und weitestgehend auf Freundschaft basierenden Zusammenhängen im Austausch steht, oder darüber hinaus auch vom gesellschaftlichen Rand Verbindungen Richtung gesellschaftlicher Mitte unterhält, also ob man sich nur im autonomen Kreis verbunden fühlt, oder auch hinein in die nichtautonome Restgesellschaft. Solche Verbindungen scheinen derzeit eher selten zu sein, oder jenseits der Wahrnehmbarkeit stattzufinden. Zwar gibt es eine Reihe von Versuchen, die zwischen dem „wir müssen in die gesellschaftlichen Kämpfe hinein“ der IL und den autonomen Stadtteilinitiativen hin- und herpendeln und häufig am selben Problem krankt, dass zwar auf einer abstrakten Ebene ermittelt wird, dass ein gemeinsamer Kampf nur im Zusammenwirken zu gewinnen sein kann, zugleich aber ein deutliches Missverhältnis vorliegt bezüglich der linksradikaliserten und restlichen Gesellschaft. Es herrscht ein beiderseitiges Misstrauen, was dazu führt, dass wechselseitige Kontaktangebote kaum vorkommen und kaum genutzt werden.

Es gibt also Schranken zwischen der autonomen Bewegung der Gesellschaft und der Gesellschaft im Allgemeinen und diese Schranken sind nicht per Wunsch zu überwinden, auch nicht durch eine abstrakte Planung oder eine bestimmte Vorstellung einer allgemein solidarischen Praxis. Ebenso wenig dadurch, dass es in der Vorstellung gut wäre, wenn diese Schranken verschwänden. Zugleich beginnt jedoch der revolutionäre Prozess jenseits des akuten aufständischen Momentes, in welchem diese Schranken zeitweise aufgehen können, genau da, wo diese Schranken abgebaut werden. Nicht das Ergebnis, also das solidarische Zusammenwirken der Menschen, markiert den Beginn des revolutionären Prozesses, sondern der revolutionäre Prozess beginnt da, wo Menschen beginnen, sich für den Abbau der Schranken einzusetzen.

Es ist zu beobachten, dass im Interesse, Schranken abzubauen, sich häufig gefragt wird, wie dies zu bewerkstelligen sei, im Glauben, dies sei eine Frage der richtigen Praxis, welche durch Überlegung zu ermitteln wäre. Dabei wird häufig vernachlässigt, sich zugleich mit der Art und Weise der Schranken zwischen den Menschen zu beschäftigen und dabei auch auf sich selbst zu schauen, also zu erforschen, welche Hemmnisse es sind, die verhindern, dass die Menschen zusammenkommen. Falls dies doch passiert, so wird häufig das Problem individualisiert, oder am Verhalten der anderen Menschen

festgemacht. Ihnen wird es vorgeworfen, es einem zu verunmöglichen, auf sie zuzugehen.

Welche der beiden Erklärungen auch gewählt wird, sie verharrt doch an der Oberfläche und ist damit nicht Ansatz einer Problemlösung, sondern Ausdruck des Problems selbst. Denn die Unfähigkeit der Menschen, aufeinander zuzugehen und eine gemeinsame Perspektive zur Verwirklichung gemeinsamer Interessen zu entwickeln, ist nicht eine Folge der Unfähigkeit und/oder Schlechtigkeit einzelner Individuen, sondern die Folge der Verdinglichung der Menschen durch den Staat. Mit der Verdinglichung formt der Staat die Menschen so, dass er sie zum einen ausbeuten kann, zum anderen ihre Fähigkeit zum Widerstand beziehungsweise zur Verwirklichung ihrer eigenen Interessen gebrochen und damit gesenkt wird. Die Unfähigkeit, dass wir freimütig aufeinander zu gehen und uns gegenseitig kennenlernen und unterstützen, jenseits von Freundschaften und sozialen Zusammenhängen, ist unmittelbarer Ausdruck dieser Verdinglichung. Im Grad der Verdinglichung unterscheidet sich auch die radikale Linke nur unwesentlich vom Rest der Gesellschaft, was bedeutet, dass der Zugriff des Staates auf die radikale Linke bei dieser nahezu das gleiche Ausmaß erreicht hat, wie bei allen anderen auch. Ein Umstand, der in weiten Teilen der radikalen Linken gerne verklärt wird. Graduelle Unterschiede werden zu bedeutsamen Unterschieden, sowie die eigenen freundschaftlichen und sozialen Bezüge zum Ausdruck eindrucksvoller solidarischer Strukturen überhöht, dabei völlig übersehend, dass solcherlei Bezüge auch anderswo in der Gesellschaft zustande kommen.

Der tatsächliche Unterschied wird dabei verkannt: Er ist ein Zusammenspiel aus tieferer Einsicht in das Ausmaß der Probleme, in welcher sich die Gesellschaften der Welt befinden, wie auch die Bereitschaft, sich nicht an die Begrenzungen zur Behebung dieser Probleme zu halten, die der Staat einem setzt, sowie das mangelnde Vertrauen und die Ablehnung des Staates überhaupt. Einzelnen mögen diese Aspekte auch innerhalb der Restgesellschaft auftauchen und in ihrer Vereinzelung sogar stärker ausgeprägt sein, das Zusammenspiel jedoch findet seinen Ausdruck als linksradikale Bewegung.

So lange, wie es dem Staat gelingt, ein grundsätzliches Misstrauen zwischen den Menschen zu säen, und so lange, wie es uns nicht gelingt, dieses Misstrauen als Herrschaftsinstrument des Staates zu erkennen und damit die Grundlage für die Überwindung dieses Misstrauens zu schaffen, wird es keine substantielle Veränderung geben können. Dass Misstrauen mag in einzelnen aufständischen Momenten zwar verschwinden und an Bedeutung verlieren. Doch da, wo es nicht erkannt und verstanden wird, wird es schon bald zurückkehren. Das liegt unter anderem daran, dass der Staat einiges an Aufwand betreibt, um den Zustand gesellschaftlichen Grundmisstrauens zu erhalten und zu fördern. Damit hört er nach einem Aufstand nicht auf, sondern setzt mit doppelter Intensität alles daran, eine temporäre Abschwächung des Misstrauens, nicht zu einem dauerhaften Prozess werden zu lassen.

Wer sich ein revolutionäres jetzt wünscht, wird in Betrachtung und Analyse des Misstrauens innerhalb der Gesellschaft wichtige Anhaltspunkte finden. Anhaltspunkte zum einen dafür, was es braucht, damit es überhaupt

zu Momenten des Rückgangs des Misstrauens kommen kann, und Anhaltspunkte dafür, was es braucht, dass nach einem aufständischen Moment, die Wirkung dieses Momentes nicht wieder verloren geht.

Verschärfung der Polizeigesetze:

Militärische und nachrichtendienstliche Technologien gegen Zivilist*innen

Dokumentation eines Artikels, welcher von der Informationsstelle Militarisation e.V. veröffentlicht wurde:

Während das neue bereits in Kraft getretene Polizeiaufgabengesetz in Bayern medial sehr hohe Wellen schlug und Zehntausende gegen das Gesetz auf die Straße gingen, bleibt weitgehend unbeachtet, dass zahlreiche weitere Bundesländer ihre Polizeigesetze ebenfalls verschärft haben oder dies in naher Zukunft anstreben. Der folgende Text soll eine Übersicht bieten über geplante und durchgeführte Gesetzesverschärfungen und die Rolle der Forschung, insbesondere der Fraunhofer-Gesellschaft, bei der Implementierung militärischer Dual-Use-Technologien für den Einsatz gegen Zivilist*innen.

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern verschärfte sein Polizeigesetz im März 2018. Seitdem sind Fußfesseln und Aufenthaltsanordnungen (max. drei Monate) für sogenannte Gefährder*innen möglich. Zudem darf die Polizei in einem Pilotprojekt bei Einsätzen und in Fahrzeugen Bodycams einsetzen, die dauerhaft am Körper getragen werden.

Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg wurde das Polizeigesetz bereits im November 2017 verschärft.ⁱⁱ Dabei wurde u.a. der Einsatz von „Staatstrojanern“ zum Auslesen von laufender Kommunikation, die Ermöglichung des Einsatzes von Handgranaten, Granatwerfern und Sprengstoff, die Einführung von intelligenter Videoüberwachung zum automatisierten Erkennen von Mustern, die auf eine Straftat hindeuten, und Aufenthalts- und Kontaktverbote für sogenannte Gefährder*innen sowie der Einsatz elektronischer Fußfesseln zur Überwachung dieser Maßnahmen beschlossen.

Bei der Entwicklung von intelligenter Videoüberwachung arbeitet das Land Baden-Württemberg eng mit dem rüstungs- und militärnahen Fraunhofer Institut für Optronik, Systemtechnik und Bildauswertung (IOSB) zusammen. Es ist explizit Teil der Strategie des Fraunhofer IOSB,ⁱⁱⁱ nicht nur zu militärisch relevanten Themenfeldern zu forschen, sondern auch durch vermeintlich zivile Dual-Use-Forschung „wissenschaftliche Erkenntnisse zu generieren und zu identifizieren, die wehrtechnisch relevant sind, diese aufzugreifen und auf mögliche militärische Nutzungen zu prüfen.“^{iv} Gleichzeitig war und ist es umgekehrt explizites Ziel der Dual-Use-Strategie des Fraunhofer IOSB, „zivile“ Märkte für militärische Technologien zu erschließen.“^v Diese Strategie wurde unter der Federführung des Verteidigungsministeriums bei der Fusion

des wehrtechnischen FGAN-Instituts FOM und des sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich forschenden Fraunhofer Institut für Informations- und Datenverarbeitung (IITB), aus der dann das Fraunhofer IOSB entstand, erarbeitet.^{vi} Militärische Technologien halten dadurch Einzug in die alltägliche Überwachung. Von der Entwicklung der Technik zur intelligenten Videoüberwachung in Baden-Württemberg profitiert umgekehrt auch das Militär. Vor allem an der Zielerkennung und -erfassung von Drohnen forscht das Fraunhofer IOSB intensiv. Vom baden-württembergischen Modellprojekt profitieren dann wiederum andere Bundesländer, die ähnliche Technologien einsetzen möchten, z.B. Bayern.

Durch die Legalisierung des Einsatzes von sogenannten Staatstrojanern werden nachrichtendienstliche Methoden in das Repertoire der Polizei aufgenommen. Die Ausforschung von Chats soll nicht durch eine Brechung der Verschlüsselung der einzelnen Nachrichten erreicht werden, sondern durch sogenannte Quellen-Telekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ). Das heißt, dass die Nachrichten nicht unterwegs abgefangen und entschlüsselt werden, sondern dass sie durch den Einsatz eines „Staatstrojaners“, der den Betroffenen ohne ihr Wissen auf ihr Gerät gespielt wird, bereits auf dem Smartphone oder Computer selbst mitgelesen werden können. Um die Staatstrojaner auf die jeweiligen Geräte zu spielen, werden jedoch unbedingt mittlere bis schwere Sicherheitslücken benötigt. Der Chaos Computer Club schreibt hierzu:

„Für jeden Einsatz von Schadsoftware im Rahmen der Quellen-TKÜ oder Online-Durchsuchung wird [...] ein Angriffspunkt auf diesem System benötigt, der zur Infektion genutzt werden kann. [...] Eine Infektion durch Dritte ist grundsätzlich nur [...] durch Ausnutzung einer Software-Schwachstelle möglich. [...] Um eine fortwährende Ausnutzung der Schwachstelle sicherzustellen, muss diese geheim gehalten werden, da sonst mit ihrer Beseitigung zu rechnen wäre. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass die Schwachstelle ausnahmslos auf allen betroffenen Geräten weltweit vorhanden sein muss. Damit geht zwingend das Risiko einher, dass die Schwachstelle von anderen interessierten Gruppen, insbesondere von Kriminellen oder anderen staatlichen Akteuren ebenfalls entdeckt und ausgenutzt wird.“



#noPAG

Das Ausnutzen von Software-Schwachstellen ist eine bisher vor allem bei Geheimdiensten und militärischen Cyber-Kommandos vieler Staaten gängige Praxis. Dieses Vorgehen führt keineswegs zu mehr Sicherheit, sondern verhindert vielmehr die Schließung von Sicherheitslücken.

Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz wurde das Polizeigesetz bereits im vergangenen Jahr verschärft. Damit ist es jetzt möglich, dass bei Verkehrskontrollen alle Insass*innen eines Fahrzeugs auf Waffen oder Bomben kontrolliert werden können. Zudem wurde die Möglichkeit einer automatisierten Erfassung von Kfz-Kennzeichen eingeführt, wodurch Bewegungsprofile erstellt werden können und neue Möglichkeiten im Sinne der Rasterfahndung geschaffen werden.

Anbieter für diese Überwachungstechnologie ist z.B. die Firma Messtechnik Mehl aus Hessen, die die das automatische Kennzeichen-Lese-System Signum II anbietet. Das Fundament für diese Innovation seien „Kontakte mit dem Fraunhofer Institut für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik (IPK)“^{viii} in Berlin, das ebenfalls an Möglichkeiten zur Überwachung von Kfz-Kennzeichen forscht. Auch das Fraunhofer-Informationszentrum Raum und Bau (IRB) forscht bereits seit 1996 zur Erfassung von Kennzeichen. Damals diente die Erstellung eines Parkraumkonzepts der Fraunhofer-Gesellschaft als willkommenes Feigenblatt, um die Forschung in diesem Bereich voranzutreiben.^{ix}

Nordrhein-Westfalen

Auch Nordrhein-Westfalen plant die Verschärfung seines Polizeigesetzes. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll das Gesetz ohne große Diskussion verabschiedet werden. Danach wäre es möglich, Personen ohne konkreten Verdacht anzuhalten und zu durchsuchen. Zudem soll ähnlich wie in Bayern eine Regelung geschaffen werden, die es ermöglicht, sogenannte Gefährder*innen bis zu einem Monat (in Bayern: drei Monate) in Unterbindungsgewahrsam zu nehmen. Falls Menschen Angaben zur ihrer Identität verweigern, sollen sie nach richterlichen Beschluss bis zu sieben Tagen in Gewahrsam genommen werden können. Auf richterliche Anordnung sollen zudem künftig Telefongespräche und (auch verschlüsselte) Kommunikationsdaten, z.B. von Messenger-Diensten, abgehört und überwacht werden, wobei die Eingriffsschwelle relativ niedrig gehalten wird. Kern des neuen Polizeigesetzes ist ähnlich wie in Bayern die Einführung des Rechtsbegriffes der „drohenden Gefahr“. Durch die „drohende Gefahr“, also die bloße Vermutung einer Gefahr, wird die Polizeitätigkeit vorverlagert in einen Bereich, in dem noch gar keine konkrete Straftat abzusehen ist. Dies kann alltägliches, grundrechtlich geschütztes Handeln in den Bereich des Verdächtigen heben und die Unschuldsvermutung bedrohen. Zudem sollen Gefährder*innen auch in Nordrhein-Westfalen mit Fußfesseln überwacht werden. Außerdem sollen Distanzelektroimpulsgeräte, sogenannte Elektro-Taser, in den Waffenkatalog der Landespolizei aufgenommen werden – eine enorme Aufrüstung mit schwer absehbaren Folgen.

Niedersachsen

Die schwarz-rote Koalition in Niedersachsen hat im Mai 2018 ebenfalls Eckpunkte für ein neues Polizeigesetz vorgestellt. Beim Verdacht auf Anschlagpläne sollen Gefährder*innen unter Richtervorbehalt bis zu 74 Tage in Gewahrsam genommen werden. Außerdem könnte Gefährder*innen, wie in den meisten anderen Bundesländern ebenfalls geplant, eine elektronische Fußfessel angelegt werden. Zudem dürfen Wohnungen von Gefährder*innen überwacht werden. Außerdem ist der Einsatz eines sogenannten Staatstrojaners geplant, der nicht nur – wie z.B. in Baden-Württemberg die laufende Kommunikation – sondern auch sämtliche auf den betreffenden Geräten gespeicherten Daten auslesen darf. Auch hierbei ist die Eingriffsschwelle sehr niedrig. Außerdem ist eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum geplant.

Sachsen

Die sächsische CDU/SPD-Landesregierung hat Ende April den Entwurf eines neuen Polizeigesetzes vorgestellt. Das Gesetz soll nach der Sommerpause in den Landtag eingebracht werden. Spezialeinheiten der Polizei sollen dann mit Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüstet werden. Dies ist besonders pikant, angesichts der Tatsache, dass die sächsische Polizei bereits jetzt äußerst militarisiert auftritt, Granatwerfer gegen Demonstrierende einsetzt und über zwei Panzer Survior R von Rheinmetall verfügt, die z.B. auch beim G20-Gipfel im Demonstrationsgeschehen eingesetzt wurden.^x Auch Gummigeschosse und Schrotgewehre mit Spezialmunition zum Öffnen von Türen setzt die sächsische Polizei bereits zur Aufstandsbekämpfung ein. Die beiden Panzer sollen nun im Zuge des neuen Polizeigesetzes mit Maschinengewehren aufgerüstet werden. Bisher verfügte der Gefechtsturm des Panzers „nur“ über eine Vorrichtung für den Abschuss von Tränengas. Zusätzlich sollen, wie in vielen anderen Bundesländern, sogenannte Gefährder*innen mit Aufenthalts- und Kontaktverboten und einer Fußfessel belegt werden können, ohne jemals eine Straftat begangen zu haben. Außerdem ist das Abhören und Unterbrechen von Handyverbindungen geplant.

Besonders eingreifend wäre die folgende Neuerung: Innerhalb eines 30-Kilometer-Korridors entlang der Grenze zu Tschechien und Polen soll es möglich sein, Schwerverbrecher*innen mittels Gesichtserkennung über stationäre Anlagen zu ermitteln. Die Einrichtung stationärer Systeme zur Kennzeichenerfassung ist ebenfalls Teil des Entwurfs.

An der Forschung zur automatisierten biometrischen Erfassung ist ebenfalls maßgeblich die Fraunhofer-Gesellschaft beteiligt. Neben mehreren anderen Forschungsprojekten stehen in diesem Zusammenhang vor allem drei hervor:

1. Das Projekt GES-3D (Multi-Biometrische Gesichtserkennung), das von 2012-2014 lief, wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert.

Beteiligt waren L1 Identity Solutions, ein Rüstungsunternehmen aus den USA, das auf biometrische Technologien und Grenzüberwachung spezialisiert ist, die auf Gesichtserkennungssoftware spezialisierte Cognitec Systems GmbH aus Dresden, das Fraunhofer-Institut für Graphische Datenverarbeitung (IGD), die Hochschule Darmstadt, das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz Schleswig-Holstein, die Polygon Technology GmbH und von polizeilicher Seite das BKA Wiesbaden. Ziel des Projektes GES-3D war es, ein leicht zu nutzendes multi-biometrisches System für die Identifizierung von Personen aus Foto- bzw. Videodaten durch dreidimensionale Gesichtsbilddaten zu erarbeiten.

2. Das von 2012-2015 durchgeführte MisPel-Projekt (Multi-Biometrisierte Forensische Personensuche in Lichtbild- und Videomassendaten) stand unter der Leitung von L1 Identity Solutions. Aus der Wissenschaft beteiligten sich das Fraunhofer IOSB, die Universität Passau, die Universität der Künste Berlin und das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) an dem Projekt. Auch die Polizei war in Form des Bundespolizeipräsidiums, der Polizei Hamburg und dem Regierungspräsidium Karlsruhe beteiligt. Die Ziele von MisPel waren die Suche nach einer Person in Videomassendaten auf Grundlage eines vorgegebenen Fahndungsfotos, Extraktion eines Gesichts aus Videodaten zwecks Abgleich mit Lichtbilddatenbanken, Vergleich von Personendaten aus unterschiedlichen Videoquellen und die Nutzung sogenannter softbiometrischer Beschreibungen wie Kleidung, Gang etc. für die Personensuche. Auch dieses wurde vom BMBF gefördert.xi

3. Aktuell läuft noch das Projekt PERFORMANCE (Kooperative Systemplattform für Videoupload, Bewertung, teilautomatisierte Analyse und Archivierung), das im Mai 2016 startete und bis April 2019 abgeschlossen sein soll. Geleitet wird das Projekt vom Fraunhofer IOSB. Es wird mit 2 Millionen Euro vom BMBF bezuschusst. Beteiligt ist erneut das KIT und mehrere Polizeistellen aus Bund und Ländern, u.a. aus Hamburg, zudem die Universität Kassel, die private Hochschule Fresenius für Management, Wirtschaft und Medien GmbH in Berlin, die digivod GmbH in Meerbusch, die Sopra Steria GmbH in Hamburg und die Videmo Intelligente Videoanalyse GmbH & Co. KG in Karlsruhe.xixiii Hervor sticht die Einbindung der Sonderkommission „Schwarzer Block“ der Hamburger Polizei, welche für die Strafverfolgung und Repression nach dem G20-Gipfel zuständig ist. Hierbei ist der Antwort des Hamburger Senats auf eine Kleine Anfrage der Linkspartei zufolge „eine technische Unterstützung der SoKo ‚Schwarzer Block‘ bei der Auswertung ausgewählter Bild- und Videomaterialien hinsichtlich der Ähnlichkeit von Merkmalen beabsichtigt“. Es sei derzeit jedoch nicht vorgesehen, die Fotos mit Datenbanken abzugleichen, so der Hamburger Senat.xiv

Brandenburg

Im rot-rot regierten Brandenburg ist noch schwer absehbar, welche Formen das neue Polizeigesetz annehmen könnte, da sich die Koalitionspartner uneinig sind. Im Gespräch ist eine Ausweitung der Videoüberwachung, den

Einsatz von Bodycams durch die Polizei und elektronische Fußfesseln für Gefährder*innen. Umstritten, aber keineswegs ausgeschlossen, ist der Einsatz eines Staatstrojaners für Onlinedurchsuchungen oder die Überwachung laufender Kommunikation. Ähnlich verhält es sich mit dem Wunsch der Polizei, wie in Sachsen Gesichtserkennungssoftware einsetzen zu dürfen.

Schleswig-Holstein

Hier verhält es sich ähnlich wie in Brandenburg. Die „Jamaika-Koalition“ hat im Koalitionsvertrag eine Überprüfung des Polizeigesetzes beschlossen. Das Innenministerium wird von der CDU geleitet und wird voraussichtlich sehr repressive, militarisierende Forderungen aufstellen, die dann von den Grünen und der FDP eventuell wiederum etwas entschärft werden. Dass es sich lohnen kann, Druck auf die Fraktionen von Linkspartei und Grünen in Regierungsverantwortung auszuüben, zeigen die letzten beiden Fälle.

Bremen

In Bremen war die Einbringung eines neuen Polizeigesetzes, das eine Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung und der Videoüberwachung sowie elektronische Fußfesseln für Gefährder*innen vorsah, ursprünglich noch vor der parlamentarischen Sommerpause geplant. Die Grünen hatten das Gesetz jedoch nach heftigem Druck zunächst gestoppt, da es (berechtigterweise) grundsätzliche Bedenken gab.

Hessen

Das schwarz-grün regierte Hessen plant, das Polizeigesetz zu aktualisieren und die EU-Datenschutzrichtlinie, die viele Bundesländer als Legitimation zur Änderung des Polizeirechts benutzen, einzuarbeiten – allerdings ohne die polizeilichen Befugnisse zu erweitern. Allerdings soll dem hessischen Verfassungsschutz der Einsatz eines Trojaners gestattet werden.

Fazit

Im Großteil der Bundesländer ist somit momentan ein Prozess im Gange, im Zuge dessen individuelle Freiheitsrechte abgebaut werden, die Polizei enorm militarisiert wird und nachrichtendienstliche Methoden für die Polizei legalisiert werden. Dieser Prozess ist Ausdruck einer autoritären Formierung der Gesellschaft und des Staates, der plötzlich alle als potenzielle Feinde im Inneren betrachtet. Der Staat ist auch bereit, gegen diese inneren Feinde Methoden anzuwenden, die bisher nur gegen „äußere“ Feinde angewandt wurden.

Begründet werden die Gesetzesverschärfungen auf der pragmatischen Ebene zynischerweise mit Datenschutz, genauer gesagt der Aktualisierung der Polizeigesetze, um diese an eine neue EU-Datenschutzverordnung anzupassen. Dass massive Einschränkungen von Datenschutz und Privatsphäre ausgerechnet damit begründet wird, ist ein schlechter Witz. Inhaltlich begründet werden die neuen Polizeigesetze mit der Abwehr terroristischer Bedrohungen. Doch Polizei und Staat haben schon mehr-

mals bewiesen dass sie bereit sind, Anti-Terror-Methoden auch gegen politische Gegner*innen einzusetzen; man denke an den SEK-Einsatz beim G20-Gipfel in Hamburg oder die Repression gegen die kurdische Solidaritätsbewegung, die bereits seit Jahren ohne jegliche Differenzierung wie ein Sammelbecken von Terrorist*innen behandelt wird.

Eine bedeutende Rolle bei der autoritären Formierung spielt auch die größtenteils staatlich geförderte Forschung, welche Überwachungsmethoden, die vor wenigen Jahren noch schwer vorstellbar waren, langsam zur Realität werden lässt. Eine bedeutende Rolle nimmt hierbei neben der Fraunhofer-Gesellschaft und dem KIT zukünftig vermutlich auch das gerade entstehende „Cyber Valley“ im Raum Tübingen/Stuttgart ein. Die zugrundeliegende Kooperation wurde am 16. Dezember 2016 von Ministerpräsident Winfried Kretschmann und dem Präsidenten der Max-Planck-Gesellschaft feierlich begründet: Neben den Universitäten Stuttgart und Tübingen beteiligen sich die Unternehmen Bosch, Daimler, Porsche, BMW, ZF Friedrichshafen und Facebook, später ist noch Amazon hinzugekommen. Ziel ist es, „die Forschungsaktivitäten von internationalen Key-Playern aus Wissenschaft und Industrie auf dem Gebiet der Künstlichen Intelligenz“

zu bündeln: „Gefördert durch das Land Baden-Württemberg werden die Cyber Valley-Partner neue Forschungsgruppen und Lehrstühle auf den Gebieten Maschinelles Lernen, Robotik und Computer Vision schaffen und in einem neuen Zentrum in der Region Stuttgart-Tübingen zusammenführen [...] Erklärtes Ziel von Cyber Valley ist es, die Ergebnisse der Grundlagenforschung rasch zur Anwendung zu bringen“.

Ausgangspunkt der Gesetzesverschärfungen war die Verschärfung des BKA-Gesetzes im Sommer 2017, in der bereits zahlreiche vergleichbare Maßnahmen vorgesehen waren. Dieses sollte dann als Muster für die Landespolizeigesetze dienen. Manche Länder, z.B. Bayern, schießen jedoch noch über die im neuen BKA-Gesetz verankerten Maßnahmen hinaus. Dass nun – ginge es nach dem Heimat- und Innenminister Seehofer – ausgerechnet das bayerische Polizeiaufgabengesetz (PAG) wiederum als Muster für andere Bundesländer dienen soll, illustriert eindrücklich, wie momentan eine autoritäre Spirale in Gang gesetzt wird. Im Zuge dieses Prozesses werden permanent zunehmend autoritäre Gesetze verabschiedet, die dann wiederum als Muster für andere Bundesländer dienen sollen.

Knastinterview mit Lisa

(Dieses Interview hat Lisa mit einer libertären Publikation aus Dresden gemacht)

Wie hast du den Prozess empfunden?

Es war mein erster Prozess, den ich als Angeklagte erlebt habe und dann noch so ein großer, bei dem so einige Jahre auf dem Spiel standen. Ich hatte somit wenig Erwartungen und Vorstellungen, was vielleicht auch besser so war. Ich habe es eigentlich ziemlich stark und locker erlebt, der erste und vor allem der letzte Prozesstag waren nur etwas härter und aufreibender. Anstrengend waren die ganzen Transporte aus Köln und, dass sie und in Aachen fast nichts zu essen gegeben haben und ich mich dort fast nur von Nüssen und Rosinen ernährte, dank den Anwälten. Ausserdem konnte ich mich ja mit meinen Gefährt*innen und Freund*innen nicht austauschen und musste alle wichtigen Entscheidungen für mich alleine treffen. Ich hatte aber jederzeit vollstes Vertrauen in meine Leute, und fühlte mich auch 100% unterstützt von ihnen und vielen weiteren Gefährt*innen. Das gab mir natürlich eine riesen Stärke und viel Stolz auf uns, unsere Ideen und unsere Kämpfe.

Wie hat es sich angefühlt dieses Urteil zu bekommen?

Ich wusste ja, dass die Chancen verurteilt zu werden viel höher waren, auch wenn der Prozess positiv verlief und alles juristisch zu einem Freispruch führen müsste. Deshalb war ich auf eine Verurteilung vorbereitet und somit schockte es mich nicht. Aber natürlich war es trotzdem

knallhart mir die nächsten Jahre im Knast vorzustellen, es geht ja schließlich um mein eigenes Leben und das ist emotional schon krass, v.a. zu wissen manche geliebten Menschen in Freiheit nicht wieder sehen zu werden. Im Gerichtssaal packte mich nach einigen Minuten eine absolute Wut auf diese Scheiss-Justiz, den Staat, die Bullen, dass sie uns die Freiheit, die Selbstbestimmung und unser Leben rauben, uns wegsperren. Es wundert mich zwar nicht, dass sie wie immer die Stärke, die Entschlossenheit und die Solidarität bestrafen, wie in dem Fall mich und mein Umfeld, aber es macht mich trotzdem so wütend, dem so wenig entgegengesetzten zu können, außer natürlich noch mehr Stärke, Stolz, Würde... und ganz viel Wut

Aber ich fühlte mich mit dieser Wut immerhin nicht alleine, sondern fühlte, dass der ganze Prozesssaal fast am explodieren war.

Jetzt im Nachhinein hat sich das auch nicht geändert, bloss das ich noch so einige, weitere Erfahrungen im Knast gemacht habe, die mich natürlich auch sehr geprägt haben. Ein Urteil ist ja nicht einfach nur eine Klatsche für den Moment, sondern eine Realität, die du jeden Tag aufs neue spürst... und zwar ganz besonderes hier im Knast, in dem alle verurteilt wurden und auch viele sehr viel Ungerechtigkeit und Schikane in ihren Prozessen erfahren haben.

Du hast erst in U-Haft gesessen, in der JVA Köln und nun in Willich. Wie können wir uns diese verschiedenen Knäste vorstellen?

In Spanien saß ich in Isohaft (in Soto del Real in Brieva), da mein Pandora-Verfahren noch offen war (inzwischen eingestellt). Isohaft ist natürlich im Vollzug viel schärfer, und trotzdem gibt es auch so manche Vorteile im Knast in Spanien verglichen mit Deutschland. Köln ist ein alter großer Knast mit mehr als 1000 Gefangenen, in dem sich Männer und Frauen ständig auf dem Gang und in teilweise gemischten Aktivitätsgruppen begegnen. Fast alle sind in U-Haft, es gibt somit eine riesige Fluktuation. Die Zustände sind teilweise miserabel, es gibt sehr viel Armut, Misere und Kommunikationsprobleme. Der Nicht-Deutschsprachige- und Analphabet*innenteil ist sehr groß... aber viele bekommen nur kurze oder Bewährungsstrafen. Willich II ist ein abgetrennter Frauen-Langzeitstrafenknast, etwa 200 Gefangene. Die meisten saßen schon vorher in anderen U-Haft-Knästen und haben schon Monate oder Jahre hinter sich. Die Atmosphäre ist somit ruhiger, aber die typischen Knastdynamiken sind stärker ausgeprägt. Dadurch, dass schon mehr Erfahrungen zusammen gemacht wurden, weiß jede, wie die andere drauf ist, wer aggressiv oder stressig ist, wer zinkt, wer lügt oder link ist, wem mensch trauen kann... Der Alltag vor allem in Willich ist von der Arbeit geprägt, da fast alle arbeiten und in Strafhaft ja Arbeitszwang herrscht. Ausserdem gibt es den täglichen Umschluss und die Freistunde, und zu dem wöchentliche Gruppen und ab und zu Sport. Letztendlich sind alle Knäste ähnlich in ihrer Bestrafungskonzeption, Willich ist wohl noch strenger und konservativer als der Knast in Köln, und der Vollzug ähnelt auf vielen Ebenen einer Forensik mit all den erzieherischen Massnahmen, dem Druck und den Erpressungen gegenüber Gefangenen.

Wie sieht dein Alltag dort aus? Deine Lebenssituation?

Ich arbeite, hab einen vollen Alltag mit Aktivitäten und sozialen Kontakten und mache ziemlich viel Sport, auch im Hof oder auf der Zelle. Ausserdem lese und schreibe ich, vor allem am Wochenende, wenn ich mehr Zeit dafür habe. Der Kontakt nach draußen ist sehr gering hier, ich bekomme zwar regelmäßig Besuch und Briefe, aber wir dürfen hier nur einmal im Monat telefonieren. Die Arbeit ist sehr beschissen bezahlt, mein Glück ist, dass ich nicht rauche und keine Abhängigkeiten habe, aber Geld von draußen können wir in Strafhaft sowieso nicht beziehen und die Preise im Einkaufsladen, wo wir einmal im Monat einkaufen können, sind scheiss teuer, teilweise doppelt so teuer wie in Supermärkten draußen, deshalb leben wir hier im Minimum, selbst wenn wir 40 Stunden wöchentlich teilweise sehr hart und körperlich arbeiten.

Gehst du arbeiten? Freiwillig? Konntest du aussuchen was du tust?

Ja, ich arbeite in Montage, natürlich unfreiwillig, wie alles im Knast unfreiwillig ist. Ich habe es dennoch vorgezogen mich der Arbeit nicht zu verweigern, um mehr Zeit ausserhalb der Zelle in Gemeinschaft zu sein und nicht in absoluter Armut zu leben, da wir ja hier in Deutschland in Strafhaft kein Geld mehr von draußen beziehen dürfen.

Wie sind die Arbeitsbedingungen?

Wie in normalen Betrieben auch, bloß mit mehr Kontrolle der Arbeitswerkzeuge, -Materialien und natürlich der Gefangenen... und richtig beschissener Bezahlung. Der Rest ist aber sehr ähnlich zur Arbeit in ganz normalen Betrieben in der unqualifizierte, stupide Arbeit verrichtet wird.

Was fehlt die am meisten?

Die Freiheit. Die Selbstbestimmung. Die Unabhängigkeit. Und meine Familie, Freund*innen und Gefährt*innen, auch für sie da sein zu können, ganz besonders dann, wenn sie mich bräuchten. Ausserdem fehlt mir das Meer und die Berge...

Was ärgert dich am meisten?

Die größte Wut hab ich gegen all die täglichen Ungerechtigkeiten, die Schikane, die Unterdrückung und die Ausbeutung gegen uns Gefangene von Seiten des Knastes, der Schließer, des Staates, der Justiz, der Firmen, des Systems... das wir so Machtlos sind, oft wie Scheisse behandelt werden, unsere Körper und unsere Zeit nichts Wert sind, wir in Armut und Zwang gehalten werden, um uns besser ausbeuten zu können, wir auf Grund unserer Herkunft, unserer Geschichte oder unserer Gruppen oder „Banden“ diskriminiert und härter bestraft werden - beziehungsweise hier im Knast niemals „gelockert“ werden; wie versucht wird uns unter Druck, unter Stress oder in Abhängigkeiten zu halten, damit wir gefügig sind und an uns die ganze Pharma-Industrie verdienen kann... und noch so vieles mehr. Das ist zwar alles nichts neues, aber hier ist es in jedem Moment spürbar, und somit verschärft sich die schon immer vorhandene Wut gegen den Staat und das System.

Knäste sind mit ihren Haken, monotonen Routinen und Bestrafungssystemen dazu gemacht Menschen zu isolieren und zu brechen. Nimmst du das so wahr?

Ja. Nicht alle Routinen sind negativ, aber es ist ja etwas anderes eine feste, starre Routine vorgegeben zu bekommen, als sich selbst eine zu schaffen, um stark zu bleiben. Von der Zwangsroutine des Knastes gibt es ja keinen Ausbruch im Alltag. Das Bestrafungssystem ist natürlich die Wurzel des Knastsystems und genau dazu konzipiert um freie, rebellische oder einfach nicht anpassungsfähige Menschen zu brechen.

Wie versuchst du dagegen Widerstand zu leisten bzw. ist das überhaupt möglich?

Widerstand auf individueller Ebene ist schon möglich, wenn mensch sich nicht entwürdigen oder kaputt machen lässt, das Knastsystem und die Schließer niemals legitimiert, ihnen gegenüber nicht unterwürfig ist, sich für die eigenen Rechte und die der Gefangenen einsetzt, solidarisch bleibt, sich nicht erpressen lässt und keine Angst vor Bestrafung hat... und möglicherweise neue

Komplizenschaften auch für die Haftzeit hinaus bildet. Ein einzelner, starker und entschlossener Mensch kann auch hier im Knast sehr viel bewegen, ganz besonders dann, wenn es um sehr bewusste Entscheidungen und Wege geht. Das große Problem ist aber, dass der Großteil der Gefangenen so unterwürfig, schwach und egoistisch ist, und Organisation und kollektiver Widerstand hier deshalb ziemlich unmöglich ist, weil es kein Vertrauen untereinander gibt. Kleinere Protestformen könnten möglich sein, aber nur dann wenn die Situation hier drinnen wirklich existenziell wird und die Gefangenen nichts mehr zu verlieren hätten, doch so lange sie mit Lockerungen und Strafen zu kaufen sind, werden sie so ziemlich jede Ausbeutung und Schikane einfach hinnehmen, zu mindest so weit es hart auf hart kommt. Und trotzdem gibt es immer wieder kleinste, widerständige Momente, die doch bei so einigen Gefangenen (und auch Schließern auf der anderen Seite) tiefe Spuren hinterlassen und zeigen, dass doch so einiges möglich ist, vorallem weil im Knast jede Art von Solidarität und Widerstand besonders intensiv gelebt wird.

Persönlich versuche ich immer stark und würdevoll durch den Knast zu gehen und mich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren, oft hab ich auch Diskussionen und Probleme, manchmal bekomm ich auch „Diszis“ (Disziplinarstrafen). Ich hab aber immer versucht auch dabei auf mich selbst aufzupassen, nicht angreifbar zu sein und mich clever zu verhalten, um nicht kalt gemacht zu werden. Manchmal musste ich deshalb auch einen Schritt zurück gehen, was natürlich nicht leicht ist, aber insgesamt habe ich schon in allen wichtigen Momenten reagiert. Solidarität habe ich mit einzelnen Gefangenen erfahren.

Hast du Menschen im Knast mit denen du dich austauschen kannst?

Ja, es gibt einzelne würdevolle und rebellische Gefangene, aber der Großteil ist das absolute Gegenteil... genauso wie draußen in der Gesellschaft auch. Ich hatte aber immer Glück in meiner ganzen Knastzeit zumindest ein zwei Bezugspersonen zu haben, mit denen ich mich persönlich und teilweise politisch gut oder sehr gut austauschen konnte.

Wie ist das soziale Verhältnis der Menschen innerhalb der Knäste?

Es ist genauso wie draußen auch, die meisten sozialen Kontakte sind oberflächlich und Interessenbezogen, aber es gibt auch tiefere, enge Bindungen, die mensch hier evtl. finden kann. Das Problem ist, dass der Knast an sich eine Zwangsgemeinschaft ist, in dem mensch sich die Gemeinschaft und die Mitgefangenen eben nicht aussuchen kann. Wenn es Konflikte gibt, kann mensch sich nur schwer aus dem Weg gehen und muss sich irgendwie arrangieren, und das führt oft zu sehr viel Stress und Spannungen und artet manchmal dann auch in Gewalt aus.

Wie ist die Gesundheitsversorgung?

Sehr schlecht. Ich selbst hatte bisher immer Glück und noch keine gesundheitlichen Probleme, aber ich habe viel von anderen Mitgefangenen mitbekommen wie schlecht die Versorgung, gerade in ernstesten Angelegenheiten, ist.

Wie sieht deine persönliche Perspektive im Knast aus?

Ich warte weiter auf meine Überstellung nach Spanien, die irgendwann vollzogen werden soll, wie bei allem im Knast braucht mensch immer viel Geduld, da es sehr langsam läuft. Wie dann mein weitere Weg durch den Knast in Spanien sein wird, werde ich noch sehen. Ich habe aber auf jeden Fall vor immer stark und würdevoll meinen Weg weiter zu gehen und für Gerechtigkeit, Freiheit und Anarchie immer weiter zu kämpfen, egal wie und wo auch immer.

Möchtest du denn Leser*innen noch etwas sagen?

Es ist wichtig keine Angst vor dem Knast und der Repression zu haben, da es zum Kampf dazu gehört. Klar ist es wichtig nicht zu leichtsinnig mit der eigenen Freiheit zu spielen, aber Knast ist niemals das Ende, sondern verschärft viel mehr die Entschlossenheit in sogar der beschissensten Situation - und dort erst recht - immer weiter zu kämpfen. Es gibt viele knallharte, krasse und ungerichte / unmenschliche Erfahrungen, aber auch einige unglaublich schöne und starke Erfahrungen und Begegnungen hier drinnen. Das wichtigste ist sich selbst immer ehrlich und treu zu bleiben - dann kann der Knast dich niemals brechen.

Lisa
JVA Willich II
Mai/Juni 2018

Über das Urteil gegen 23 Gefährt*innen aufgrund deren angeblicher Teilnahme an den Krawallen in Rio de Janeiro 2013 – 2014

Von der Soligruppe für Gefangene aus dem spanischen übersetzt

Die Freiheit anderer erweitert meine ins unendliche
– M. Bakunin

23 Personen wurden in Rio de Janeiro durch die „Operation Firewall“, wegen gewalttätiger Taten, Bildung von Banden, verursachen von erheblichen Schaden, Widerstand, Körperverletzungen und dem Besitz von Sprengätzen zu Haftstrafen zwischen 5 und 13 Jahren durch den Richter Flavio Itabaiana des 27. Strafgerichtes von Rio de Janeiro verurteilt.

Sie alle wurden von der „Delegacia de Repressão a Crimes de Informática“ verfolgt, welche die politische Bulleneinheit für die Fußball-Weltmeisterschaft und der Olympischen Spiele war, dieselben überwachten die Proteste in Porto Alegre und Sao Paolo.

Es ist kein Zufall dass diese repressive Operation diesen Namen erhielt: Firewall, womit eine Vorrichtung innerhalb eines Computernetzwerkes gemeint ist, welches das Ziel hat ein Sicherheitsprotokoll an einem Punkt dieses Netzwerkes zu errichten. Diese Firewall soll das Eindringen schädlicher Elemente innerhalb eines Computernetzwerkes verhindern. Die Medien und Kommunikationstechnologien werden als Werkzeuge zur Kontrolle und Repression verwendet (dies wissen wir seit langem), aber dieses Mal war es ein klares Beispiel der Verstärkung dieser Ressourcen für repressive Ziele.

So hat der Richter (in einem Akt des Wohlwollens) keine U-Haft verkündet, damit die Verurteilten unter Vorsichtsmaßnahmen/Auflagen, Beschwerde gegen das Urteil einlegen können. Aber dieses Urteil ist, auch mit der Möglichkeit in „Freiheit“ Beschwerde einlegen zu können, für uns der Präzedenzfall, um zu wissen wo sie uns haben wollen (eingesperrt). Und dieses Urteil, braucht jetzt diesen Präzedenzfall für uns die Agitation gegen die Knastgesellschaft und die Agitation für die Solidarität, um Sie zu verändern.

Da wir vor kurzem auch von der Operation Érebo betroffen waren, ist die minimale Geste die wir dem Urteil gegenüber bringen können, unsere schlagkräftige Solidarität mittels der kämpferischen und solidarischen Agitation gegen dieses Urteil zu manifestieren.

Aber nicht um unter der Fahne gegen die Kriminalisierung der Proteste zu sein. Der Protest kann nicht unter den Regeln des legalen oder illegalen gehalten werden, des kriminellen oder unschuldigen, des erlaubten oder verbotenen. Der Protest überschreitet diese Logik, genau weil sie entgegengesetzt dieser verläuft. Wir sind gegen die Repression weil das ganze herrschende System eine andauernde Repression ist und jedeR der diese wahrnimmt und dagegen reagiert, protestiert und auf die Straße geht, materiell und individuell mit dieser Herrschaft bricht. Wer gegen die herrschende Ordnung rebelliert wird immer als „kriminell“ betrachtet, weil das „Verbrechen“ der Proteste das Symptom ist, dass wir uns nicht gänzlich der Herrschaft unterjocht haben. Wenn wir unter der Fahne, „Protest ist kein Verbrechen“, kämpfen würden, würden wir die Existenz der Knäste akzeptieren und sie legitimieren und als Anarchist*innen, die wir sind, lieben wir die Freiheit und sind unversöhnliche Feinde dieser Käfige.

Wie könnten wir denn nicht auf die Straße gehen, um gegen dieses Spektakel die die sozialen Säuberungen rechtfertigen, vorzugehen? Wie könnten wir gleichgültig gegenüber der Umstrukturierung, Militarisierung und Verschönerung der Straßen für die bourgeoisen Spaziergänge und dem Tourismus der Bourgeoisie sein, die zur

Weltmeisterschaft und den Olympischen Spielen gingen? Mit großer Traurigkeit wissen wir, das mit dem Ruf nach „TOR!“ oder mit dem Enthusiasmus einer Goldmedaille, es Jene gibt die die Unfälle, die die Toten und die Genozidpolitik vergessen lässt, die durch dieses Spektakel verursacht wurden. Und wir haben eine unendliche Freude, weil wir wissen, dass die Unverbesserlichen rausgingen und alles zerschlugen, bis hin zu der angeblichen Kontrolle der „Autoritäten“, die Millionen in Sicherheit investierten.

Der gewalttätigen Protest sind die minimale Geste der Sensibilität, die wir gegen die herrschende Unterdrückung haben, die versucht sich als „normales“ Leben zu verbreiten. Es ist das Zeichen das wir immer noch die Gräueltat der Verwüstung, der nicht erklärten Kriege, spüren. Und wie die Tiere vor dem Dompteur... reagieren wir gegen die Peitsche.

Biblioteca Anarquista Kaos (Anarchistische Bibliothek Kaos)

Gegen die Urteile, unsere permanente Agitation. Solidarität für die Kämpfenden!

Die 23 Verurteilten wegen Protesten im Jahr 2013 in Rio de Janeiro:

- Elisa Quadros Pinto Sanzi, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Luiz Carlos Rendeiro Júnior, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Gabriel da Silva Marinho, verurteilt zu 5 Jahre und 10 Monate Knast
- Karlayne Moraes da Silva Pinheiro, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Eloisa Samy Santiago, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Igor Mendes da Silva, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Camila Aparecida Rodrigues Jordan, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Igor Pereira D'Icarahy, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Drean Moraes de Moura, verurteilt zu 5 Jahren und 10 Monaten Knast
- Shirlene Feitoza da Fonseca, verurteilt zu 5 Jahren und 10 Monaten Knast
- Leonardo Fortini Baroni, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Emerson Raphael Oliveira da Fonseca, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Rafael Rêgo Barros Caruso, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Filipe Proença de Carvalho Moraes, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Pedro Guilherme Mascarenhas Freire, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Felipe Frieb de Carvalho, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Pedro Brandão Maia, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Bruno de Sousa Vieira Machado, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- André de Castro Sanchez Basseres, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Joseane Maria Araújo de Freitas, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Rebeca Martins de Souza, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Fábio Raposo Barbosa, verurteilt zu 7 Jahre Knast
- Caio Silva de Souza, verurteilt zu 7 Jahre Knast

Solidarität nach Nantes!

SPIE angezündet

Dokumentation:

„Die Welle des überschäumenden Hasses auf die Willkür uniformierter Individuen schwappt wieder einmal über die Grenzen Frankreichs bis zu uns. Die letzten zwei Nächte brannten Autos in Nantes, hunderte Jugendliche zerstörten Läden und griffen die CRS mit Molotovs an.

Aboubakar wurde Dienstag Abend in einem Banlieu von Nantes in seinem Auto von einem Polizisten hingerichtet, nachdem er für eine Fahrzeugkontrolle angehalten wurde...

Die Polizei verbreitet die Version der Gefahrenabwehr. Es ist offenbar, dass die „Rechtmäßigkeit“ des Mordes, nach der in der Öffentlichkeit gefragt wird, allein in der selbstgeschaffenen Legitimation und Gesetzmäßigkeit eines Polizeiapparates zu finden ist. Da wir die Anerkennung jener Gesetzmäßigkeit verweigern, kann es niemals eine Legitimation für eine Hinrichtung durch einen Bullen geben.

Erst vor wenigen Monaten erreichte uns bereits eine traurige Nachricht aus dieser Region. Ein Gefährte hatte in den Kämpfen um die ZAD seine Hand verloren und sein gesamter Oberkörper ist bis heute großflächig verletzt. Eine Sprengstoffgranate hatte ihn getroffen, abgefeuert von den Riot Cops der CRS.

Diese Momente, in denen es offenbar wird auf welcher Seite wir stehen und auf welcher Seite all jene stehen, die Uniformen tragen, fühlen sich oft an wie ein Zustand

der Machtlosigkeit. Die Zeit wird angehalten und alles in einem selbst bäumt sich auf voller Hass und Frustration. Entweder erscheint alles zum Scheitern verurteilt, man frustriert an der Allmacht des Staates, ein Leben zu jedem Zeitpunkt durch einen Polizisten beenden zu können. Oder man platzt heraus aus diesem Gefühl und macht das einzig Sichtbare, man entlädt die eigene Wut, die Gefühle zu diesen Nachrichten und solidarisiert sich mit all jenen, die auf der gleichen Seite stehen.

Wir wollen unsere Solidarität mit den Widerständigen der Vororte ausdrücken und brannten letzte Nacht (05.07.2018) ein Auto des Knast-Dienstleisters SPIE ab.

Die Nachrichten über Waffengebrauch oder Hinrichtungen von Polizist*innen aufgrund ihrer Loyalität mit dem Staat, ihres Ordnungswahns, ihres Rassismus oder ihrer zugekokosten Nasen, häufen sich auch in Berlin in letzter Zeit. Es sind permanente Skandal-Nachrichten, die im Medienrausch drohen unterzugehen.

Lassen wir unseren Feinden keinen Moment um Luft zu schnappen! Nur ein Leben im Angriff kann uns davor bewahren an diesen Machtverhältnissen zu resignieren.

- In Gedenken an all die von Polizeigewalt Betroffenen!
- Liebe und Kraft für alle Gefangenen in den Kerkern des Staates! Haltet durch!“

anonym

Feindliche Nachschublinie angegriffen

Dokumentation:

„In der Nacht zum 8. August haben wir in Berlin Wedding einen Lastwagen von DB Schenker angezündet. Wenn Erdogan am 28. / 29. September nach Berlin kommt, wird er auch hier auf unsere Feindschaft stoßen. Wer für den Faschisten Erdogan den roten Teppich ausrollt – Tag X – soll die Asche der brennenden City in der Nase spüren.

In der Nacht zum 8. August haben wir in Berlin Wedding einen Lastwagen von DB Schenker angezündet. Bereits seit dem Jahr 2000 bewirtschaftet die ESG Elektroniksystem- und Logistik-GmbH gemeinsam mit ihrem Partnerunternehmen Schenker Deutschland AG (DB Schenker, Güterverkehrstochter der DB AG) in Kassel-Kaufungen für die Bundeswehr ein großes Zentrallager. Das Zentrale Bundeseigene Lager – kurz ZEBEL – hat eine Gesamtfläche von rund 17.000 Quadratmetern. Von dieser „Dreh-scheibe“ aus erfolgt die Versorgung von zivilen Firmen und militärischen Instandsetzungseinrichtungen, die für die Bundeswehr Verteidigungssysteme und Fahrzeuge repa-

rieren. Den Kriegsgütertransporten räumt DB Schenker höchste Priorität ein.

Das Tochterunternehmen der Deutschen Bahn ist damit für die Logistik der deutschen Kriegseinsätze und auch für den Nachschub von NATO Material an die türkische Armee bei ihrem Krieg in den kurdischen Gebieten verantwortlich.

Wir schließen uns in so weit auch den Begründungen für Angriffe auf die Deutsche Bahn in Frankfurt und Berlin an. Kapitalistische Warenströme müssen nicht nur mit dem Durchtrennen von Kabeln und Funkverbindungen unterbrochen werden, sondern auch mit der Zerstörung der Hardware.

Die Verhaftungen in Frankfurt am 27. Juni, die Razzien wegen einer Aktion bei der Bundespressekonferenz am 5. Juni und die zahlreichen Angriffe auf kurdische Strukturen stellen sich zum einen in den Kontext steigender Aktivität der Repressionsbehörden in der BRD, zum ande-

ren ist es der Versuch, internationalistische Verbindungen durch massive Repression zu erschweren. Es ist klar, dass diese Verbindungen das Interesse der Herrschenden angreifen, durch Individualisierung und Atomisierung die Stabilität der Ordnung aufrechtzuerhalten. Die anarchistischen und autonomen Zusammenhänge, die im Bereich der Festung Europa und im Nahen Osten, den asymmetrischen Widerstand aufgenommen haben, müssen die Teilbereichskämpfe überwinden und, aufeinander Bezug nehmend, die Säulen der Herrschaft angreifen.

So wenig wie die Kampagne fight4Afrin zu Ende ist, nur weil dieser Konflikt nicht mehr auf den Titelseiten ist, werden auch die Soliaktionen für die Gefangenen des G20 erst enden, wenn niemand mehr verfolgt wird. Auch für

diese Menschen brannte der LKW in Wedding. Genauso wie wir damit alle Gefangenen des sozialen Krieges in den Haftanstalten des Systems supporten wollen.

Wenn Erdogan am 28. / 29. September nach Berlin kommen wird, wird er auch hier auf unsere Feindschaft stoßen. Wer für den Faschisten Erdogan den roten Teppich ausrollt – Tag X – soll die Asche der brennenden City in der Nase spüren. Intensivieren wir die Angriffe auf Kriegsstrukturen. DB Schenker mit seiner Präsenz in 140 Ländern kann ein geeignetes Ziel für unsere pyromanischen Freund*innen überall darstellen.“

Autonome Gruppen

Brand von Militärfahrzeugen in Roveré della Luna

Dokumentation: Trentino, Italien

„In der Nacht vom 26. bis 27. Mai wurden in Roveré della Luna, an der Grenze zwischen dem Trentino und Südtirol, auf dem Kasernen-, Übungs- und Schiessübungsareal des 2. Regiments der Pionier- und Störtruppe einige Militärfahrzeuge angezündet. Mit schwerem Schaden: es brauchte 30 Mann um die Flammen zu löschen. Das wäre die Nachricht: die für sich spricht. Und doch möchten wir uns über das äussern, was die Medien, Lokalpolitiker und das Polizeipräsidium von Trient von sich gegeben haben. Bekenntnisse? Seit einiger Zeit nennt die Lokalpresse „Bekenntnisse“ was auf Bewegungsseiten und -blättern von dem erscheint, was in Italien und anderswo geschieht. Uns scheint, dass diese Geistesblitze dem Staat dazu dienen, ein bestimmtes Klima gegenüber gewissen Aktionen zu schüren. Wer Aktionen kommentiert oder über Tatsachen berichtet, kann auf die Liste derjenigen geraten, gegen die ermittelt wird. Acht verbrannte Militärfahrzeuge sind eine Tatsache.

Zur Gewalt

Auch diese Aktion wird mit üblichen Sätzen kommentiert wie «zum Glück gab es keine Verletzten». Nach den Sabotagen der Bahnlinien während der Versammlung der Alpini definierten Politiker, die „Ungehorsamen“ des Sozialzentrums Bruno (siehe deren Text Schizophrenie), das Polizeipräsidium und Zeitungen diese Aktionen als Gefahr für die Bevölkerung, während die Eisenbahntechniker hingegen sofort erklärten, dass diese Art von Sabotage Passagiere in keiner Art und Weise gefährden könne. Wenn dutzende von Aktionen keine Personen getroffen haben, ist das wohl kaum ein Zufall. Und falls Samstags Nacht ein Soldat verletzt worden wäre? Was würden die Herren Journalisten sagen? Sobald er zum ersten Mal seine Uniform anzieht, hat sich ein Soldat entschieden auf welcher Seite er stehen will und steht, ganz im Gegenteil zu



den Hunderttausenden von Zivilisten, die in den Kriegen der Welt ermordet werden und nicht wählen können ob sie nun getötet werden oder leben möchten, und unsere Tränen und Wut sind ihnen vorbehalten. Acht verbrannte Militärfahrzeuge werden nicht mehr der beliebigen Gewalt des Staates dienen. Zivile Fahrzeuge? Die Medien definieren die verbrannten Fahrzeuge als „zum zivilen Gebrauch“ bestimmt. Anscheinend wurden eine Betonmischmaschine, einige Lastkraftwagen, ein Schaufelbagger und zwei „Leopard“ verbrannt. Es genügt, die Liste der Fahrzeuge der italienischen Armee zu konsultieren um festzustellen, dass die einzigen „Leopard“ genannten Fahrzeuge mit Kanonen, Maschinengewehren und anderen Waffensystemen ausgerüstete Panzer sind. Als deutsches Produkt wurden sie z.B. vom türkischen Staat zur Invasion von Afrin Anfangs 2018 eingesetzt. Panzer haben nur einen Zweck: töten. In den mehr als zwanzig aktuellen Einsätzen der italienischen Armee wird das umgepflügt, demoliert und aufgebaut, was den militärischen Interventionen dient. Ist das nicht etwa Krieg? Dazu sprachen einige Zeitungen 2014 von einem regional-parlamentarischen Vorstoss zur Reduzierung der Übungen in den Kasernenarealen, und das sind auch nicht schlicht „zivile“ Schiessübungen auf Tontauben. («Es geht hier – besagt der Artikel – um Maschinenpistolensalven, Handgranatexplosionen und Gewehrschüsse: alles laute Geräusche, die neben der objektiven Lärmbelastung auch ein starkes Unbehagen mit sich bringen»). Was sie aber „mit sich bringen“ ist wohl viel mehr; nämlich Krieg!

Zum Terrorismus

Nach dem anonymen Angriff von Roveré hat die Staatsanwaltschaft von Trient eine Akte wegen „Handlung mit terroristischer Zielsetzung“ eröffnet. Die Tatsache, dass jemand das angezündet hat, was Terror verursacht, kann das „Terrorismus“ sein? Wir werden wohl altmodisch und auch eintönig sein, aber für uns sind die Herrschenden und der Staat die wirklichen Terroristen. In einer Gegenwart, in der die Bilder der ermordeten Palästinenser unsere Herzen mit Schrecken erfüllen, solltet ihr euch nicht

wundern, dass uns Aktionen wie diese erfreuen. Der italienische Staat hat 120 Leopard Panzer? Gut also, wenn zwei davon nicht mehr funktionieren. Wie in Deutschland zu direkten Aktionen internationalistisch gesagt wird, «ein verbranntes Militärfahrzeug = Leute, die in Afghanistan, im Irak, im Libanon, in Libyen nicht sterben...». Einfache Worte. Für Intelligenzen und Herzen ohne Stahlhelm.“

romperelerighe.noblogs.org
üb. aus it. von mc

Krieg dem Krieg! Feuer für die DGAP

Dokumentation: Berlin

„Hiermit übernehmen wir die Verantwortung für den in der Nacht vom 21.08.2018 am Gebäude der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in der Drake-/ Rauchstraße (Tiergarten) gezündeten Brandsatz. 13 Liter Benzin-Öl-Gemisch sollen der Anfang sein, die unbehelligte und angstfreie Existenz der DGAP als Politikberaterin der deutschen Kriegsgesellschaft zu beenden.“

Seit Anfang diesen Jahres fanden und finden überall in dem deutsch kontrollierten Territorium vermehrte Angriffe auf die Kriegsindustrie, ihre Profiteure und Finanziere statt. Wir schließen uns diesen Attacken an und lassen unsererseits das Feuer sprechen. Krieg beginnt hier! Krieg dem Krieg!

Krieg beginnt hier, in den Sälen der Politik. Krieg beginnt überall dort, wo Personen ihre Empathie wegwerfen, um vom globalisierten Leid zu profitieren. In der Rüstungsindustrie, in den Denkfabriken der Wissenschaft, in der gesichtslosen Verwaltung der Bürokratie, in Form der uniformierten Hüllen, die in Reih und Glied Befehle empfangen und gehorchen. Krieg beginnt zwischen Menschen, wenn Konkurrenz und Machtstreben über der Solidarität und der freien Entfaltung jedes Individuums herrscht.

Deutsche Sicherheit – Profit durch Krieg

Mit der Auswahl der DGAP als Ziel unseres Brandsatzes erklären wir die ideologischen Architekten deutsch-europäischer Hegemonialpolitik, die Wissenschaftler_innen und Wegbereiter_innen eines nach innen und außen wirkenden Sicherheitsparadigmas zu Kriegstreibern und damit zu unseren Feinden. Was sie zur Sicherheit erklären, ist nicht die unsere. Ihre Außenpolitik ist Ordnungspolitik. Und ihre Ordnung braucht Panzer gegen Aufstände und Fregatten gegen Schlauchboote, baut Zäune gegen die Abgehängten und arbeitet stetig an deren weiterer Verelendung.

Und so sind es genau diese Denkfabriken im Netz der Herrschaft mit ihrer mehr oder minder unsichtbar ablaufenden „Diskursarbeit“, die neben den materiell kriegsführenden Staatsorganen und Waffenproduzenten zur Verantwortung zu ziehen sind.

Think-Tanks, Stiftungen und Institute als Schnittstelle von Industrie, Wissenschaft und Politik erfüllen mit ihrer Bedeutung für die Abstimmung, Ausgestaltung und Implementierung von Strategien und Zielsetzungen eine

elementare Funktion für die Durchsetzung des Herrschaftsapparates. In ihnen kommen die Vorstands- und Aufsichtsratsvorsitzenden deutscher Rüstungsfirmen, Politiker_innen und die wirtschaftlichen Eliten des Landes zusammen.

Unter dem Mantel von Wissenschaft und Gemeinnützigkeit arbeitet so auch die DGAP daran, aktuelle und zukünftige Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Militär fit zu machen für die Anforderungen deutscher Interessendurchsetzung in internationalisierten Märkten und Sicherheitsräumen. Die Tatsache, dass in der Außenpolitik wirtschaftliche, politische und militärische Interessen und Strategien keine abgetrennten Sphären bilden, sondern notwendigerweise zusammenfallen, zeigt sich auch an der Liste der Geldgeber dieses Think-Tanks: Airbus, Rheinmetall und ThyssenKrupp bilden dabei nur die namhaftesten Finanziere.

Damit es uns zukünftig gelingt, die Sicherheit kriegsführender Nationen in Unsicherheit der Verantwortlichen, die Regierbarkeit der Menschen in Unregierbarkeit ihrer Gedanken und Taten zu verwandeln, wird es jedoch mehr als eines vereinzelt Brandsatzes bedürfen. Der unsere kann daher auch nur als weiterer Anknüpfungspunkt einer militanten Organisation verstanden werden, die für sich selbst den Anspruch hat, eine Kontinuität zu entwickeln, die die eigene Sichtbarkeit und dann irgendwann auch Wirksamkeit sicherstellen kann.

Ein Jahr nach dem G20-Gipfel in Hamburg und fast zwei Jahre nachdem die ersten Angriffe sich zu einer militanten europaweiten Vorfeldkampagne bekannten, finden wir, dass wir das Ziel einer kontinuierlichen inhaltlichen Auseinandersetzung und Bezugnahme auf zahlreichen Wegen ausbauen können. Hier und da blitzt es zwar auf, aber das reicht nicht.

Militante Praxis, Afrin und Solidarität

Ein Aufschwung militanter Praxis nach G20 fand vor allem im Zusammenhang mit dem faschistischen Angriff des türkischen Regimes auf Afrin statt. Übergreifende Aufrufe wie fight4afirin aktivierten die autonomen Zellen und Rachekommandos zu erneuten Angriffen, um abseits der großen Demonstrationen die Verteidigung Afrins mit militanten Aktionen in den Metropolen Europas zu unterstützen. Auch wir haben uns daran beteiligt, weil der Angriffskrieg der Türkei und islamistischer Gruppierungen wie dem IS, Al-Nusra oder den Überbleibseln der FSA die mörderische Konsequenz der Sicherheitspolitik

& -industrie der modernen Herrschaftsformierung zeigt; allzeit bereit, jegliches Streben der Menschen nach einem Leben in Freiheit und Würde zu zerstören. Wir haben uns daran beteiligt, weil das Projekt Rojava aufgrund seiner Analyse der kapitalistischen Gesellschaft und einer Entwicklung emanzipatorischer Ansätze vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Organisierung unsere grundsätzliche Sympathie und Unterstützung hat.

Wir fühlen uns verbunden mit den Kämpfer_innen der kurdischen Guerilla. Aber ... wir wollen nicht darin verfallen, unsere Hoffnungen und Ziele zu projizieren und dadurch Gefahr laufen, in eine rein passive oder unterstützende Rolle zu verfallen. Solidarität bedeutet miteinander zu kämpfen, aber nicht die eigenen Bedingungen zu vergessen und kritiklos in der Rolle des Anderen aufzugehen. Das würde Solidarität vereinfachen, bedingen, dass wir uns nicht mit der Komplexität auseinandersetzen, dass wir nicht Gefahren erkennen, sondern einfach handeln, um zu unterstützen. Diese vereinfachte Bezugnahme führt dann dazu, dass wir unsere eigene Position teils aufgeben, die eigenen Projekte, Motivationen und Ziele vollständig im Standpunkt etwa des kurdischen Autonomieprojektes aufgehen lassen (Ein Eindruck den wir unter anderem im mit „Autonome Gruppen“ unterzeichneten Aufruf „Afrin ist Überall“ hatten) und Erfolg oder Misserfolg des eigenen Handelns an den Entwicklungen der dortigen Verhältnisse messen.

Dennoch, die militanten Aktionen im Zusammenhang mit Afrin waren und sind unerlässlich. Kein Handeln freiheitsliebender Menschen gegen faschistische Regime können wir unbeachtet lassen; keine Hierarchien und Autoritäten, die nicht unseren Angriff verdienen. So werden wir auch kämpfen, wenn Erdogan Ende September nach Berlin kommt, denn die Herrscher, die Mörder und Technokraten haben ihr Recht zu existieren in dem Moment aufgegeben, in dem sie einen Befehl über das Leben eines anderen Menschen gegeben haben. Und natürlich werden sie alle ihre Kräfte bündeln, ihre Sicherheit durchzusetzen. Was wir aber von den Momenten in Hamburg während des G20-Gipfels mitnehmen, ist, dass der Versuch der totalen Kontrolle immer an uns scheitern wird.

Perspektive

Im Unterschied zu den offensichtlichen Kriegen, die an vielen Orten dieser Welt stattfinden, befinden wir uns hier, im Hinterland, in der BRD, im sozialen Krieg. Es ist ein Krieg niedriger Intensität, der sich in dem Zwang zu Lohnarbeit und Konsum und gelegentlichen Häppchen abschweifender Beschäftigung äußert. Immer überwacht, von Kameras, von Bullenstreifen, von dem hörigen Bürger von nebenan, der deine Schritte kontrolliert und ein Abweichen den Oberen meldet. Jeder gegen jeden, denn nur die ausgefahrenen Ellenbogen verschaffen dir einen Platz an der Sonne. Diese tägliche Unterdrückung scheint für viele unsichtbar. Das offenbart sich darin, wenn von

Friedens- und Kriegszeiten geredet wird. Apathie und Gleichgültigkeit sind gleichzeitig Grund und Folge.

Um auf diesem Terrain zu agieren, müssen wir die Strategien des sozialen Krieges verstehen. Es bedeutet, die hiesige Situation und Gesellschaft zu analysieren, um Punkte des Angriffs zu finden, wo wir die Apathie aufbrechen können und die Sicherheit stören. Die Sabotage, der militante Angriff ist das Mittel, mit dem wir vermeintliche Ohnmacht abschütteln und zu Taten schreiten und sie propagieren. Mit anderen kämpfenden Menschen über konstruierte Grenzen hinweg, können wir darüber kommunizieren und uns inhaltlich weiterentwickeln.

Verfallen wir dabei nicht in Kampagnenpolitik. Kampagnen mit einem Anfang und Ende können zwar Gradmesser der Mobilisierungsfähigkeit einer Bewegung sein, können aber nicht deren Stärke messen. In ihnen unterliegen wir dem Trugschluss, zeitlich abgegrenzt unser Ziel erreichen zu können, gleich der Aufstellung konkreter Forderungen, die wenn sie erfüllt werden, dies nur unter dem Aspekt der Einhegung der Unruhen geschehen lassen. Der Konflikt mit dem Bestehenden kann nur permanent sein.

Insofern verstehen wir unsere Aktion auch als Aufruf, die Zerstörung der Herrschaft nicht als Anhängsel der Kämpfe anderer zu verfolgen, sondern wieder vermehrt aus der eigenen Position heraus eine organisierte Stärke zu entwickeln, die eine ernsthafte solidarische Bezugnahme auf die Kämpfe unserer bewaffneten Freund*innen und Gefährt*innen erst möglich macht.

Jede Aktion macht eine gründliche Vorbereitung notwendig. Dazu gehört, neben Maßnahmen zur Eigensicherung und der Klärung technischer Einzelheiten, die Ausforschung des Ziels. Da wir nicht ausschließen konnten, dass sich unter den Büroräumen im Quergebäude eine Wohnung befindet, die nachts bewohnt wird, haben wir uns entgegen anfänglicher Überlegungen dazu entschlossen, den Brandsatz zunächst auf den repräsentativen Eingangsbereich des als Hauptgebäude fungierenden Nazibaus zu beschränken. Diese Entscheidung reduziert den materiellen Schaden erheblich, verhindert jedoch aufgrund von Distanz und baulicher Gegebenheiten ein Übergreifen der Flammen auf den Nebentrakt und eine Gefährdung dort eventuell befindlicher Personen.

Dass Bullen und Presse sich allerdings die Gelegenheit nicht entgehen lassen werden, das Gegenteil zu behaupten, muss dabei natürlich dennoch klar sein und mit bedacht werden.“

autonome gruppen



Als die Welt sich abwandte

Die Flüchtlingskonferenz von Évian 1938

Verfolgte Juden aufnehmen? Nicht bei uns. Am Genfer See versagte vor 80 Jahren die westliche Welt: 32 Staaten hielten ihre Grenzen geschlossen, als Hunderttausende Menschen um ihr Leben bangten.

Die Zahl der Flüchtlinge steigt von Tag zu Tag. Viele Staaten haben ihre Grenzen geschlossen, es kommt zu Einreisestopps und Zurückweisungen. Die Szenen im Niemandsland zwischen den Schlagbäumen sind Ausdruck hoffnungslosen Elends. Derweil bilden sich vor den ausländischen Botschaften und Konsulaten lange Schlangen, Menschen hoffen auf die begehrten Visa. Aufgrund rigoroser Bestimmungen warten indes fast alle vergebens auf rettende, gültige Ausreisepapiere.

Das klingt wie Nachrichten von heute. Es handelt sich jedoch um beschämende historische Momentaufnahmen aus dem Jahr 1938: Die von den Nationalsozialisten verfolgten jüdischen Deutschen und Österreicher - niemand wollte sie aufnehmen. Als sich die alarmierenden Meldungen über Repressalien und Schikanen der Nazis häuften, ergriff US-Präsident Franklin D. Roosevelt die politische Initiative. Im Frühjahr 1938 lud er zu einer Konferenz der westlichen Staatenwelt, um die Bereitschaft zur Aufnahme jüdischer Flüchtlinge auszuloten.

Beschleunigt hatten Roosevelts Vorstoß zweifellos die abstoßenden Bilder vom zügellosen Wüten der Nazis in Wien, nach dem sogenannten Anschluss Österreichs an das „Dritte Reich“ am 13. März 1938. Diskriminierung und Boykott, Berufsverbote und Arisierungen, Rassegesetze und Entrechtung von Juden - ab 1933 vollzog sich das in Deutschland über Jahre, in Wien 1938 binnen wenigen Tagen.

Bloß keinen Ärger mit Nazideutschland

„Stadt ohne Seele“ nennt der Historiker Werner Flügge seinen Report über diesen Zeitabschnitt: „Hitlers Parteigänger in Wien bewiesen, dass sie sein Programm sehr wohl verstanden hatten: als Lizenz zum Stehlen und Quälen. Menschen knieten am Boden und säuberten Straßen, Plätze, Trottoirs. Sie wurden öffentlich gedemütigt und verhöhnt.“ Der Mob jagte Juden unerbittlich und ungestraft, überfiel Wohnungen und plünderte Geschäfte.

Roosevelts Appell, diesen verfolgten Deutschen und Österreichern bei der Ausreise zu helfen, fand breite Zustimmung. Vertreter von 32 Staaten erschienen am 6. Juli 1938 zur Konferenz im Nobelhotel „Royal“ des französischen Badeorts Évian-les-Bains am Genfer See. Delegationen entsandten neun europäische Staaten, fast alle nord- und südamerikanischen Länder sowie Australien und Neuseeland. Polen und Rumänien schickten nur Beobachter. Es fehlten die Sowjetunion, Japan, Ungarn und die Tschechoslowakei; Deutschland und das faschistische Italien waren nicht eingeladen.

Zusätzlich kamen Sprecher von fast 40 jüdischen und nicht jüdischen Hilfsorganisationen. Auch gut 200 Journalisten ließen sich akkreditieren - viel Auftrieb für den sonst so beschaulichen mondänen Kurort. Ursprünglich sollte die Konferenz am Sitz des Völkerbunds in Genf stattfinden. Die Schweiz drängte jedoch auf Verlegung zur französischen Seeseite, um das immer bedrohlicher auftretende Nazideutschland, den direkten Nachbarn, nicht zu verärgern. Dieser Ortswechsel sollte sich als ein frühes, untrügliches Menetekel für die diplomatischen Beratungen im luxuriösen Hotel erweisen.

Es ging um die Rettung von etwa 550.000 Menschen, von rund 350.000 deutschen und 200.000 österreichischen Juden. Die großen drei unter den Verhandlungsführern waren der amerikanische Konferenzpräsident Myron Charles Taylor, erfolgreicher Industrieller und Roosevelt-Freund; der französische Botschafter Henry Victor Bérenger, Politiker mit literarischen Ambitionen; der britische Emissär Edward Turnour Earl of Winterton, konservativer Parlamentarier mit mäßiger Fortune.

Gemimte Empathie, lange Lamentos

Schon ihre ersten Redebeiträge offenbarten die ganze Fadenscheinigkeit ihrer Argumentation, die fortan das Konferenzklima bestimmen sollte: Ja, das Schicksal der deutschen und österreichischen Juden sei erbärmlich, ihnen müsse angesichts unmenschlicher Verfolgungen geholfen werden. Und stets schloss sich gleich das große ABER an. Es waren lange Lamentos über die eigene komplizierte Lage, die kriselnde Ökonomie, Arbeitslosigkeit, Inflation, Demografie. Zuweilen ist mindestens sublim auch ein antisemitischer Zungenschlag herauszuhören.

Die USA, so Taylor, spürten noch immer die Folgen der Depression aufgrund der Weltwirtschaftskrise; daher bleibe es beim festgeschriebenen Kontingent von jährlich 27.370 Emigranten aus Deutschland und Österreich. „Großbritannien ist kein Einwanderungsland“, sagte Lord Winterton glatt heraus. Unerwähnt ließ er das Mandatsgebiet Palästina, in den Dreißigerjahren Ziel und Sehnsuchtsort vieler jüdischer Auswanderer. Doch angesichts der Konflikte dort wollten die Briten es sich mit den Arabern nicht verderben; auch kam keine der zahlreichen Kolonien des Empire vor - ja, vielleicht ein paar in Kenia. Derweil jammerte Bérenger, Frankreich sei mit den schon beherbergten Fremden jenseits der Kapazitätsgrenze.

So fand die Évian-Konferenz jene stereotype Spur, auf der sich dann bequem auch die anderen Delegationen mit ihren restriktiven Einlassungen bewegen konnten, ob Australien, Kanada oder die Staaten Süd- und Mittelamerikas. Allein Rafael Trujillo Molena, skrupelloser Diktator der Dominikanischen Republik, ließ scheinbar großzügig eine (am Ende nur zu einem kleinen Teil eingelöste)

Offerte für 10.000 Emigranten unterbreiten - ausgerechnet ein Rassist und glühender Hitler-Fan.

Aufschlussreich sind die Auslassungen bei den zehntägigen Beratungen im großen Salon des über dem Städtchen thronenden Royal. Das Wort Jude wurde zumeist ängstlich vermieden, die gängige Formel hieß Flüchtlinge. Nie fiel der Name Hitler, Nazideutschland wurde mit der harmlos klingenden Bezeichnung „Herkunftsland“ überspielt. Mit diesem bewusst kaschierenden Sprachgebrauch übten sich die Vertreter der 32 Staaten zöglingshaft im „Appeasement“-Modus. Diese Politik der Beschwichtigung brachte Hitler nur wenige Wochen später mit dem Münchner Abkommen die brutale Annexion des Sudetengebiets in der Tschechoslowakei ein.

So war das Konferenzergebnis, verkündet am 15. Juli 1938, mehr als schmal: vage Absichtserklärungen, ansonsten nur die Gründung eines Flüchtlingsrats in London. Das Intergovernmental Committee of Refugees sollte mit Deutschland die Modalitäten eines geordneten Exodus der Juden aushandeln, einschließlich der Erlaubnis, ihre Güter mitnehmen zu können.

„Niemand will sie haben“, jubelten die Nazis

Das aber lehnte die Reichsregierung sofort kategorisch ab, wäre damit doch der gierige Zugriff der Nazis auf jüdische Vermögen beschränkt worden. Die Delegationen jedoch müssen vom Évian-Erfolg überzeugt gewesen sein: Zum Abschluss gönnten sie sich ein Festbankett samt Feuerwerk vor dem Seepanorama.

Jubeln konnten allein die Nazis - und taten es überschwänglich. „Niemand will sie haben“, kommentierte das NSDAP-Sprachrohr „Völkischer Beobachter“ das läppische Resultat und fügte hämisch hinzu, dass die Konferenz Vorsorge getroffen habe, „sich vor einem Zustrom jüdischer Einwanderer zu schützen, weil man die Nachteile einer Verjudung klar erkannt hat“. Fast wie ein höhnisches Echo klingt auch der Satz, den 1939 ein hochrangiger kanadischer Einwanderungsbeamter zur Aufnahme von Juden in Kanada äußerte: „None is too many“ - keiner ist schon zu viel.

Nur vier Monate nach Évian brachen die Novemberpogrome los, die grausigen Gewaltexzesse der „Kristallnacht“ überall im „Deutschen Reich“. De facto waren alle Grenzen nahezu geschlossen. Verzweifelte Juden sahen sich gezwungen, andere Fluchtwege zu suchen, wie die ausweglose Odyssee des Dampfers „St. Louis“ 1939 zeigte: Die USA wie auch Kuba wiesen die 937 Flüchtlinge an Bord wie Aussätzige ab, viele von ihnen starben im KZ. Hunderttausende scheiterten mit ihren Bemühungen um Asyl durch rettende Papiere, darunter der Vater von Anne Frank, der den Visa-Wettlauf 1941 verlor und seine Familie nicht in Sicherheit bringen konnte.

Evian bedeutete eine verpasste Chance. Noch konnte zwar niemand ahnen, dass die Attacken auf Juden im Zivilisationsbruch der „Endlösung“ münden würde, im industriell betriebenen Massenmord an Europas Juden. Die Konferenz historisch allein aus dem Wissen um die spätere Schoa zu beurteilen, wäre wohlfeil. Aber die Weigerung, den bedrohten jüdischen Deutschen und Österreichern Zuflucht zu gewähren, hatte katastrophale Folgen.

So geriet das plüschige Treffen am See zu einer politischen Bankrotterklärung der westlichen Demokratien, zu einem moralischen Desaster, das lange Schatten wirft. „Als die Welt die Juden verriet“, betitelte der Publizist Jochen Thies seine Studie über Évian. Die Bitterkeit in dieser Feststellung lenkt den Blick fast zwangsläufig auf die vielen gegenwärtigen Gipfeltreffen zu den weltweiten Flüchtlingsbewegungen - allzu oft enden sie ebenfalls in unverbindlicher Phraseologie, in Hartleibigkeit und Abschottung. „Der Blick zurück lehrt eines: Wenn wir Flüchtlinge nicht mehr als Menschen betrachten, sondern nur mehr als Bedrohung“, warnt die Münchner Historikerin Mirjam Zadoff „zahlen wir einen hohen Preis und büßen unsere Menschlichkeit ein.“





Ende Gelände wagen

